Tech-Voodoo

Chem-Direktor René Metz will das Ëmweltklinik-Projekt torpedieren. Hat er vernünftige Gründe?

Kosten-Nutzen

Drei Jahre nach der Vorstellung des Umnutzungskonzepts beginnt auf der Brache Esch-Schifflingen ein Tauziehen um den Erhalt von industriekulturellen Bauwerken

Participatif pluriel

Rencontre avec deux collectifs actifs sur la scène artistique eschoise à une semaine de l'ouverture officielle de l'année culturelle

« Les grands gagnants »

Interview avec le directeur de la SNHBM, Guy Entringer, sur les réserves foncières publiques et les plus-values privées

„Tabaktourismus ist das nicht"

Der Zoll beschlagnahmte fast zwei Millionen Schmuggel-Zigaretten mit Ziel Großbritannien. Derweil bestehen in der EU ganz legale graue Märkte. Luxemburg verdient am Tabak mittlerweile mehr als am Diesel

Photo : Sven Becker

land Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur #07 69. Jahrgang 18.02.2022

5 453000 174663 22007 4,50 €

„Tabaktourismus ist das nicht“

Peter Feist

Der Zoll beschlagnahmte fast zwei Millionen Schmuggel-Zigaretten mit Ziel Großbritannien. Derweil bestehen in der EU ganz legale graue Märkte. Luxemburg verdient am Tabak mittlerweile mehr als am Diesel

Sven Becker

Vergangenen Mittwoch im Cargozentrum: Finanzministerin und Zollbeamte vor Zigarettenpaletten

Fototermin am Mittwoch vergangener Woche im Cargozentrum am Flughafen: Die Zollverwaltung und ihre politische Chefin, DP-Finanzministerin Yuriko Backes, präsentieren einen großen Schmuggel-Fund: 1,9 Millionen Zigaretten aus China. Teils handelt es sich um chinesische Marken, teils um Imitate von Marken aus dem Westen. Die zwischen Textilien, Schuhen, Lebensmitteln und Elektronikgeräten versteckte Ware sollte im Transit über die Frachtdrehscheibe Findel weiter nach Großbritannien gehen. Jetzt ist sie auf 14 Holzpaletten gestapelt. Um sie aufzuspüren, nachdem der Zollverwaltung ein Tipp aus dem Vereinigten Königreich zugegangen war, hätten 24 Zollbeamte drei Monate lang in drei Schichten insgesamt 17 Tonnen Luftfracht kontrolliert, verteilt auf 2 400 Luftpost-Pakete.

Ein Riesenaufwand. Doch mit der Aktion empfiehlt der Luxemburger Zoll sich als professionell und verantwortungsvoll agierendes Organ. Zumal an einem Frachtflughafen, an dem das Güteraufkommen vergangenes Jahr zum ersten Mal die Grenze von einer Million Tonnen überschritt und mit 1,125 Millionen Tonnen fast ein Fünftel höher lag als 2020. Die Finanzministerin unterstreicht, wie eng und wie wichtig die Zusammenarbeit der Zöllner innerhalb der EU sei. Auch mit den Briten nach dem Brexit. Luxemburg spiele da „seine Rolle“. Bei der Zollverwaltung bestehe seit vergangenem Herbst eine „Taskforce Zigarettenschmuggel“.

Zwiespältige Rolle Die der Presse stolz präsentierte Beschlagnahme kann aber auch einen Moment davon ablenken, dass die „Rolle“ Luxemburgs im komplexen europäischen Tabakmarkt eine zwiespältige ist. Seine gezielte Niedrigakzisen-Politik auf Benzin, Diesel, Alkohol und Tabak hält ein ganzes Paket an Waren preislich attraktiv, das Kundschaft aus dem Ausland in großen Mengen einkauft, vor allem an Tankstellen. Zwar machen die Einnahmen aus den Akzisen (ein anderes Wort für spezifische Verbrauchssteuern) keine 20 Prozent der Staatseinnahmen mehr aus wie in den Neunzigerjahren. Doch das liegt vor allem daran, dass die Staatskasse aus anderen Steuerquellen mehr schöpft: 2020 nahm sie 1,614 Milliarden Euro aus Akzisen ein, 9,7 Prozent der laufenden Einnahmen. Im Jahr 2000 war es über eine halbe Milliarde weniger, trug aber 19 Prozent zu den Gesamteinnahmen bei.

Und während mit dem Amtsantritt der zweiten DP-LSAP-Grüne-Regierung auch DP-Finanzminister Pierre Gramegna öffentlich zu erzählen begann, um die CO_2-Bilanz des Großherzogtums zu verbessern, müssten die Spritverkäufe gesenkt werden, vor allem die von Diesel, gilt dergleichen beim Tabak nicht. Das zeigt ein Blick in die Mehrjahres-Haushaltsplanung des Staates: Sie geht davon aus, dass die Akziseneinnahmen auf Petrolprodukte zwischen 2021 und 2025 um drei Prozent sinken oder zumindest nicht steigen werden. Dagegen wird bei den Einnahmen allein auf Zigaretten mit 22 Prozent mehr gerechnet.

Mehr als auf Diesel In Euro ausgedrückt, ergeben sich daraus ansehnliche Beträge: Allein zwischen Januar und September 2021 kassierte der Staat 347,8 Millionen Euro an Akzisen auf Zigaretten, weitere 196,9 Millionen Euro auf Feinschnitt-Tabak zum Selberdrehen. Zusammengenommen waren das 544,7 Millionen Euro – 36,1 Millionen mehr, als im selben Zeitraum an Akzisen auf dem in Klimaschutz-Ungnade gefallenen Diesel flossen. Dass zu dieser Tabakakzisen-Bilanz, um genau zu sein, noch 1,6 Millionen Euro auf Zigarren hinzuaddiert werden müssen, fällt da kaum ins Gewicht.

Lungenkrebs-Export Politisch ist die Luxemburger Tabaknische viel weniger umstritten als die Spritnische. Während schon vor 20 Jahren unter der CSV-DP-Koalition manche DP-Abgeordnete dem „Tanktourismus“ an den Kragen gehen wollten, weil der damalige Umweltstaatssekretär Eugène Berger sich von EU-Kollegen anhören musste, mit seiner Dieselakzisenpolitik sei Luxemburg ein „Parasit“, kümmert das Tabakgeschäft traditionell allenfalls ein paar Grüne. Und außerhalb des Parlaments die Fondation Cancer, die zum Weltnichtrauchertag am 31. Mai gelegentlich den Vorwurf erhebt, durch die Niedrigakzisen-Politik auf Tabak werde aus Luxemburg „Lungenkrebs in die Nachbarländer exportiert“. Denn laut Weltgesundheitsorganisation seien hohe Preise (beziehungsweise hohe Steuern) das wirksamste Mittel gegen das Rauchen.

Schaut man sich das Preisgefälle mit den Nachbarländern an, trifft der Vorwurf auf jeden Fall zu, was Frankreich betrifft: Dort kostet seit November 2020 eine Zigarettenpackung à 20 Stück mindestens zehn Euro. Mehr und mehr kann Luxemburg aber auch als Lungenkrebs-Exporteur nach Belgien gelten, wo seit 2015 die Tabakakzisen immer weiter erhöht werden, damit sich bis zum Jahr 2037 „une génération sans tabac“ ergebe. Vergangenes Jahr war der Preis für eine typische 20-Zigarettenschachtel von 6,80 auf 7,50 Euro angehoben worden. Im April dieses Jahres soll er auf 7,75 Euro steigen. 2023 und 2024 sollen in Belgien weitere Akzisenerhöhungen folgen.

Solche Pläne zum Nutzen der öffentlichen Gesundheit gibt es in Luxemburg nicht. Und so bleibt auch eine Anfrage an LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert, ob sie sich in der Regierung dafür einsetzen würde, die Tabakakzisen in einem ähnlichen Umfang zu erhöhen wie in Frankreich oder Belgien, ohne Antwort. Der Koalitionsvertrag sieht so etwas auch nicht vor. Auf Seite 94 steht lediglich: „La lutte contre le tabagisme sera poursuivie. Il sera veillé à un respect strict des interdictions légales existantes.“

Besonders erschwinglich Vermutlich aber wären selbst zehn Euro pro Schachtel in Luxemburg zu wenig, um dem Ziel „sans tabac“ viel näher zu kommen. In der „Most popular price category“,

Belgien will bis 2037 „une génération sans tabac“ erreichen und besteuert Tabak immer mehr. In Luxemburg steht im Regierungsprogramm nur, „la lutte contre le tabagisme“ gehe weiter

Sven Becker

An der Aire de Berchem wird die Tabak-Kundschaft über die Preisvorteile informiert

Ordentlich einkaufen. Rolltabak gibt es auch in Röhren und Eimern

Patrick Galbats

wie die EU-Kommission den Begriff in ihrer jedes Jahr zum 1. Juli aktualisierten Tabakakzisen-Statistik nennt, kosteten 1 000 Zigaretten in Luxemburg am 1. Juli 2021 270 Euro. Oder 5,20 Euro für 20 Zigaretten, alle Steuern inbegriffen. Die Zollverwaltung rechnete am 11. Oktober vergangenen Jahres dem parlamentarischen Finanzausschuss vor, dass eine 25-er Packung Maryland aus der Fertigung von Heintz van Landewyck 6,80 Euro kostete. Umgerechnet auf 20 Zigaretten waren das 5,44 Euro. Weit entfernt von den Preisen in Frankreich. Und noch weiter entfernt von denen in Irland, wo für 20 „Most popular"-Zigaretten 14 Euro auf den Tisch gelegt werden müssen. Vielleicht aber hätten in Luxemburg erst Preise in dieser Dimension einen „Sans tabac"-Effekt. Denn in Kaufkraftparitäten ausgedrückt, waren zum Stand von 2017, so gab es die EU-Kommission vor zwei Jahren in einer Studie an, in keinem EU-Staat Zigaretten noch „erschwinglicher" als hierzulande.

Doch während in Frankreich und Belgien die Akzisenpolitikk neuerdings einem gesundheitspolitischen Lenkungsziel unterliegt, bei dem sinkende Akziseneinnahmen in Kauf genommen werden, strebt Luxemburg ein hohes Akzisenaufkommen an. Zigaretten tatsächlich unerschwinglich machen zu wollen, würde voraussetzen, sich nicht nur das Ende der Tabak-, sondern vielleicht auch auf das der gesamten Tankgeschäftnische einzustellen. Und auf ein enormes fiskalisches Problem für den Staat. Selbst eine Akzisenerhöhung in Richtung der in Belgien sei „im Moment kein Thema", lässt Finanzministerin Yuriko Backes über eine Sprecherin ausrichten. Außerdem wäre das eine Steuererhöhung, und Steuererhöhungen auf „akziséiert Produiten" kämen „bei der derzeitigen Inflation, die die Kaufkraft zu einem großen Thema macht", nicht in Frage. Die Finanzministerin ist außerdem nicht der Meinung, dass es einen „Tabaktourismus" nach Luxemburg gebe, ähnlich wie einen „Tanktourismus", von dem sie vergangene Woche in der Abgeordnetenkammer selber gesprochen hatte: Tabakwaren würden in Luxemburg von Menschen gekauft, „die regelmäßig hier sind, vor allem, weil sie hier arbeiten". Damit sei das kein „Tourismus". Andererseits aber verfügt ihr Ministerium über keine Schätzungen, wie viel davon jeweils von Kundschaft aus den drei Nachbarländern erworben wird. „Solche Schätzungen stellt das Finanzministerium nicht an, denn sie hätten keinen Einfluss auf akzisenpolitische Entscheidungen."

Polen – Deutschland – Luxemburg Was vielleicht nicht so ganz stimmt, denn schon Backes' Vorgänger Pierre Gramegna vertrat die Ansicht, dass in Sachen Tabakbesteuerung „die Transparenz ihre Grenzen hat" (*d'Land*, 07.11.2014). Andererseits ist die Luxemburger Tabakakzisenpolitik gar nicht so schwer zu verstehen: Versucht wird stets, unter den Preisen in Deutschland zu bleiben. Die sind bei weitem nicht so hoch wie in Frankreich oder Belgien, und die deutschen Tabakakzisen dienen, ähnlich wie die in Luxemburg, in erster Linie den Staatseinnahmen. Dabei hat Deutschland es jedoch mit drei Tabaktourismus-Destinationen für seine grenznah wohnende Bevölkerung zu tun: mit Österreich, Luxemburg und vor allem mit Polen. Dort kostet eine typische 20-Zigaretten-Packung 3,20 Euro. Vorsichtigen Schätzungen zufolge gelangen 55 Prozent der in Ostdeutschland geraucht Zigaretten über den „grauen Markt" entlang der fast 500 Kilometer langen deutsch-polnischen Grenze an ihre Kundschaft. Derzeit sind es vielleicht noch mehr. Hat die polnische Regierung doch, um ihrer Bevölkerung wegen der gestiegenen Energiepreise ein Stück entgegenzukommen, zum 1. Februar den Mehrwertsteuersatz auf Benzin und Diesel von 23 Prozent auf acht Prozent gesenkt. Vor zwei Wochen berichtete das *ZDF*, selbst aus dem 100 Kilometer entfernten Berlin brächen nun Autofahrer mit großen Kanistern im Kofferraum zum Tanken nach Polen auf. Manche von ihnen jede Woche. Gut möglich, dass dabei auch mehr Zigaretten importiert werden.

Um der polnischen Tabaksteuerkonkurrenz etwas entgegenzusetzen, duldet Deutschland in Discount-Supermärkten den Verkauf von Billig-Zigaretten, die „Handelsmarken" genannt werden. Eine typische 20-Stück-Schachtel davon kostete im Herbst vergangenen Jahres 4,83 Euro. In Luxemburg besteht Spielraum, selbst diesen Discounter-Preis unterbieten zu können, um deutsche Kunden anzuziehen. Dafür sorgt ein „Minimalpreis", der (Akzisen und TVA inklusive) mindestens genommen werden muss. Er soll auch verhindern, dass noch billigere Ware ins Angebot gelangt. Dass er für die Jahre 2020 und 2021 auf 4,30 Euro festgelegt wurde, gab den Anbietern hierzulande – der größte ist Philipp Morris mit 45 Prozent Marktanteil – aber auch 53 Cent *Sputt*, um noch unter den Preisen der deutschen Billig-Marken zu bleiben.

„Différentiel équilibré" Zum 1. Februar wurde der Luxemburger Minimalpreis auf 4,50 Euro angehoben. Das geschah im Zuge einer Akzisenerhöhung um 20 Cent für 20 Zigaretten. Einerseits, weil Luxemburg ansonsten riskiert hätte, die in einer EU-Richtlinie von 2011 festgelegte Mindest-Akzisenlast auf Zigaretten nicht mehr zu erfüllen. Andererseits, weil in Deutschland im vergangenen Sommer noch unter der CDU-SPD-Koalition ein Tabaksteuermodernisierungsgesetz" in Kraft getreten war. Es wird in fünf Jahren in je fünf Schritten umgesetzt und erhöht die Akzisen auf 20 Zigaretten um durchschnittlich elf Cent jährlich. In Luxemburg schrieb das Finanzministerium in einem Kommentar zur großherzoglichen Verordnung, welche die Akzisenerhöhung um 20 Cent für dieses Jahr festschrieb, andeutungsvoll, „il est prévu avec cette hausse de maintenir un différentiel des taxes équilibré avec l'Allemagne". Der Staatskasse stehen dadurch an die 100 Millionen Euro Mehreinnahmen aus den Tabakakzisen in Aussicht, informiert die *fiche financière* zum Verordnungsentwurf. In den Staatshaushalt für dieses Jahr sind sie schon eingepreist.

Kalküle dieser Art gefallen der EU-Kommission nicht. Weshalb sie eigentlich schon im Herbst vergangenen Jahres einen Vorschlag für eine neue Tabaksteuer-Richtlinie vorlegen wollte, die für mehr „Konvergenz" zwischen den Mitgliedstaaten sorgen soll. „Distorsionen" auf dem Binnenmarkt sollen vermieden werden – was nur ein anderes Wort ist für grauer Markt, der einfach Schmuggel genannt werden kann, solange der freie Warenverkehr in der Union gemeint ist. Doch in Belgien zum Beispiel, das dabei ist, zum Tabak-Hochsteuerland zu werden, beschlagnahmte der Zoll im Jahr 2020 insgesamt 410 Millionen Schmuggel-Zigaretten. Der Branchenverband Cimabel klagte vor drei Wochen, „Billigzigaretten aus Bulgarien, Rumänien und der Türkei überschwemmen den belgischen Markt". Schuld daran sei die Akzisenpolitik der Brüsseler Regierung für die „génération sans tabac". Dem belgischen Fiskus entgingen die Akziseneinnahmen auf jede siebte Zigarette. Wobei regelrecht „illegal" nur ein kleiner Teil davon sei; das meiste komme aus der EU. Und mit 31 Prozent handle es sich beim größten Anteil um in Luxemburg eingekaufte Ware. Ein Glück, dass es das zwischenstaatliche Abkommen gibt, das wallonischen Gemeinden einen Teil der Luxemburger Steuereinnahmen als Kompensation zuführt.

Erwähnt werden hätte noch können, dass die 1922 abgeschlossene belgisch-luxemburgische Wirtschafts- und Währungsunion heute eine Zollunion ist, über die beide Länder einen Teil ihrer Akzisenseinnahmen auf Benzin. Diesel, Alkohol und Tabak in einem gemeinsamen Topf sammeln, aus dem Jahr für Jahr umverteilt wird. Luxemburg ist dabei Nettozahler an Belgien, so dass zwischen dem Großherzogtum und dem Königreich die Erlöse aus dem Handel mit den Akzisen-Waren vermutlich einigermaßen gerecht aufgeteilt werden. Über Details wird möglichst Stillschweigen bewahrt.

Ziemlich sicher ist jedoch, dass Luxemburg durch seine im Endpreis erschwinglichen Zigaretten wenig unter Schmuggel zu leiden hat. Oder unter „illegalen Zigarettenfabriken", wie sie im Tabak-Hochsteuerland Frankreich, oder im angrenzenden Spanien zum Zwecke der Ausfuhr nach Frankreich, oder neuerdings auch in Belgien regelmäßig von Polizei und Zoll ausgehoben werden. Die EU-Kommission schätzte 2020, wenngleich anhand ziemlich alter Daten der Jahre 2010 bis 2016, dass Luxemburg in dieser Zeit zwei Millionen Euro an Akziseneinnahmen durch „illicit trade" verlorengegangen seien. Gemessen an den in diesen sieben Jahren allein aus Zigaretten bezogenen knapp drei Milliarden Euro ist das verschwindend wenig.

Rolltabak-Boom Es gibt in der Tabakbranche jedoch Schätzungen, nach denen auch in Luxemburg immer mehr Zigaretten noch preiswerterer Provenienz geraucht werden. Bis zu 15 Prozent vom Markt könnten sie ausmachen, und sie kämen in erster Linie aus Bulgarien, wo die Ladenverkaufspreise so niedrig sind wie nirgendwo sonst in der EU. Die Filialen der Tabakindustrie versuchen dem mit Feinschnitt-Tabak zum Selberdrehen entgegenzusteuern. 50 Gramm Rolltabak kosten in Luxemburg dieses Jahr mindestens 5,75 Euro. Die Statistik der EU-Kommission informiert, dass er nur in Polen noch billiger sei. In Belgien kosten 50 Gramm ab April zwölf Euro. Die verkaufte Menge an Feinschnitt-Tabak hat 2021 voraussichtlich 3 850 Tonnen betragen. Kein Wunder, dass der Tabak auch in langen Röhren und mittelgroßen Eimern angeboten wird und das Finanzministerium schätzt, bis 2025 könnte die verkaufte Menge um noch 100 Tonnen höher liegen als 2021.

Die 3,4 Milliarden Zigaretten würden ja nicht alle in Luxemburg geraucht. Der Großteil werde ins Ausland exportiert

Die Menge der in Luxemburg verkauften Zigaretten dürfte 2021 bei 3,4 Milliarden Stück liegen, meinte die Zollverwaltung am 11. Oktober gegenüber dem parlamentarischen Finanzausschuss. Das sei aber viel, wunderte sich der CSV-Abgeordnete Gilles Roth. Ja und nein, entgegneten die Beamten um Zollamtschef Alain Bellot: Vor 15 Jahren seien sechs Milliarden verkauft worden. Und die 3,4 Milliarden würden ja nicht alle in Luxemburg geraucht. „Der Großteil wird ins Ausland exportiert", ist im Protokoll der Sitzung nachzulesen. Wie viel genau, wurde nicht präzisiert. In der Branche wird davon ausgegangen, es sind zwei Drittel.

Nachhaltig ist das natürlich weder aus gesundheits- noch aus haushaltspolitischer Sicht. Aber „prekär" sind auch noch andere Einnahmenquellen für die Staatskasse. Für den Moment, und auch für die nächsten jahre sieht es so aus, als laute der Ansatz: Wir schauen, wie die Deutschen es mit den Polen halten, und profitieren ein wenig davon. Und dass die EU-Kommission die Spielregeln grundsätzlich ändert, ist ohnehin nicht sehr wahrscheinlich. Viel mehr „Konvergenz", notierte die Kommission, sei schwer zu erreichen; dazu sind die Unterschiede zwischen West und Ost zu groß. Und natürlich erfordern Änderungen am Tabakakzisen-Regime als Steuerthema Einstimmigkeit. ●

LEITARTIKEL

Ach ja, der Index

Peter Feist

Solange in der Eurozone die Inflation so niedrig war, dass das als ein Zeichen von Wachstumsschwäche galt, hatte in Luxemburg kein Betriebschef Grund, sich um den Index zu kümmern. Im Herbst 2013 wurde eine Indextranche noch vor dem großen Regierungswechsel fällig. Auf sie folgte jahrelang keine weitere. Aufseiten der Unternehmerverbände machte die Fedil Zurückhaltung zum Thema Index sogar zum taktischen Prinzip: Besser, als immer wieder das Argument Lohnkosten „wie eine Sau durchs Dorf zu treiben", sei „diskreteres Lobbying", meinte Fedil-Direktor René Winkin vor fünf Jahren gegenüber dieser Zeitung (*d'Land*, 20.01.2017). Politisch wichtiger für das Unternehmerlager wurden Arbeitszeitflexibilisierungen; für Industrie und Handwerk obendrein Beihilfen für Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz und Innovation überhaupt. Und die Rekrutierung von „Talenten".

Doch als ab Oktober die Energiepreise weltweit in die Höhe schossen und sie in Luxemburg zur Hälfte zu den 4,1 Prozent Jahresinflationsrate 2021 beitrugen, versuchte Handelskammer-Generaldirektor Carlo Thelen den Index wieder zum Thema zu machen. Diesmal mit politisch-korrekten Begriffen: Es gehe nicht darum, den Index abzuschaffen, sagte er am 17. Dezember im *RTL Radio*, sondern um einen „nachhaltigen" Warenkorb. Tabak, Alkohol, aber auch „die Energiekosten" müssten raus. „Wir wollen ja, dass die Menschen aufgefordert werden, den gratis öffentlichen Transport zu benutzen und nicht mehr so viel Energie zu verbrauchen." Da sei es „ein bisschen widersprüchlich, wenn man solche Produkte im Warenkorb lässt".

Das war vor zwei Monaten. Mittlerweile hat das Statec am Dienstag bestätigt, worüber Finanzministerin Yuriko Backes (DP) vergangene Woche im Parlament spekuliert hatte: Mit der nächsten Indextranche ist im zweiten Quartal zu rechnen. Und schon zirkulieren Vermutungen, dass es vor Jahresende noch eine geben könnte. Carlo Thelen kam auf den Index am gestrigen Donnerstag in seinem Blog zurück. Tabak und Alkohol scheinen ihn im Warenkorb nicht mehr zu stören, auch nicht „die Energiekosten" schlechthin, sondern die „fossilen Energieprodukte".
Da eine solche Reform Zeit brauche, müsse der Index „vorübergehend moduliert" und darüber schnell entschieden werden. Von den Energiepreissteigerungen besonders betroffene Haushalte müssten Hilfen bekommen.

Noch sind das einsame Überlegungen des Handelskammerchefs und keine allgemeinen Forderungen der Unternehmerverbände. Noch gibt es auch keine öffentlichkeitswirksame Gegenrede der Gewerkschaften dazu. Lediglich in der diese Woche erschienenen neuen Ausgabe von *OGBL Aktuell* wies OGBL-Präsidentin Nora Back Thelens Ideen vom Dezember „kategorisch" zurück, nannte seine Begründungen, wonach die Bevölkerung nicht nachhaltig genug lebe, „dilettantisch und populistisch". Sie überschrieb den Artikel aber auch mit einer Anklage: Zwischen 2006 und 2013 habe CSV-Premier Jean-Claude Juncker nichts unversucht gelassen, um das Indexsystem „strukturell zu beschädigen".

Der Hinweis dürfte als Warnung an die jetzige Regierung gedacht sein, die noch nie mit Auseinandersetzungen um den Index zu tun hatte. Dass sie in den großen Index-Fragen ungeübt ist, dürfte aber auch ein Grund sein, weshalb die Unternehmerverbände den Ball flachhalten. Dass selbst kleine Änderungen am Warenkorb Zeit brauchen würden, trifft ja zu. Sie würden viel zu nahe an den Wahlkampf geraten, als dass die Regierungsparteien sich nicht daran erinnern würden, wie in den Achtzigerjahren ein Einsatz für den Index Wahlen zu gewinnen half. Indexmodulationen wiederum konnten Wahlsiege kosten. So gesehen, mag es den Unternehmerverbänden realistischer erscheinen, dass die Regierung Sonderhilfen gewährt. Zumal die auch für die EU-Kommission kein Tabu sind; die Energiepreiskrise trifft schließlich alle EU-Staaten. Am 2. März soll darüber ein Ministerrat diskutieren. Vielleicht wird anschließend klarer, ob Carlo Thelen für sich allein gebloggt hat.

SOZIALES

Weiter warten

Langsam, aber sicher geht Luxemburg der Rückerstattung von Psychotherapien durch die CNS entgegen. Jedenfalls lässt CNS-Präsident Christian Oberlé sich auf Anfrage des *Land* so verstehen: Die Verhandlungen mit dem Therapeuten-Dachverband Fapsylux seien „gut vorangekommen, was die Prozeduren, die Krankheitsbilder, die Zahl der Therapiesitzungen sowie die Therapieformen betrifft". Beendet sind sie aber noch nicht: „Wir können uns jetzt mit den Details beschäftigen." Noch ganz am Anfang hingegen stünden die Gespräche über Tarife, die Psychothereut/innen künftig in Rechnung stellen können. CNS und Fapsylux müssten „jetzt gemeinsam klären, ob wir dabei schnell vorankommen oder nicht". Damit werde voraussichtlich Anfang März begonnen; ein genauer Verhandlungstermin stehe aber noch nicht fest, so Oberlé.

Wie der Therapeutenverband die Lage sieht, war nicht zu erfahren. Seine Präsidentin Delphine Prüm reagierte auf eine Anfrage nicht. Mittlerweile ist es fast zwölf Jahre her, dass auf Initiative der Universität Luxemburg und mit Unterstützung des damaligen CSV-Hochschulministers François Biltgen Gespräche über eine gesetzliche Regelung des Berufs „Psychotherapeut" begannen. Das Mitte 2015 verabschiedete Psychotherapeutengesetz enthält auch den Passus, dass die Krankenversicherung im Rahmen des „Nützlichen und Notwendigen" für Behandlungen von „troubles mentaux" durch psychologische Psychotherapeut/innen aufkomme. Wie das geschehen soll, unterliegt der Tarifautonomie von CNS und Fapsylux. Der damalige LSAP-Sozialminister Romain Schneider hatte vergangenen Herbst gehofft, bis Januar 2022 würden alle noch offenen Fragen geklärt. Was sich nun als viel zu optimistisch erweist (Foto: Patrick Galbats). **pf**

Sprachprobleme

Arbeitsminister Georges Engel (LSAP) hat auf eine parlamentarische Anfrage des ADR-Abgeordneten Jeff Engelen hin bestätigt, dass eine Reihe bei der Adem registrierter Stellensuchender erhebliche Sprachprobleme hat: „Den 3. Februar waren 682 Leit op der Adem ageschriwwen, déi weder Lëtzebuergesch, nach Däitsch, nach Franséisch, nach Englesch kennen." **pf**

POLITIK

Die Spende des Piraten

In einer Mitteilung freuten sich die Piraten diese Woche darüber, dass das Verwaltungsgericht am 3. Februar geurteilt hat, die Angaben, die die Partei für das Rechnungsjahr 2018 in ihrer Buchhaltung im Rahmen des Parteienfinanzierungsgesetzes gemacht hatte, seien rechtens. Der Rechnungshof hatte vor zwei Jahren Unregelmäßigkeiten festgestellt. Andere Parteien hatten gemutmaßt, die Piraten hätten ihr Budget künstlich aufgebläht, um mehr staatliche Zuschüsse zu bekommen. Staatsminister Xavier Bettel (DP) forderte die Oppositionspartei daraufhin auf, einen Teil ihrer Zuschüsse zurückzuzahlen, wogegen die Piraten Einspruch beim Verwaltungsgericht einlegten.

Konkret ging es um den Ost-Kandidaten Daniel Frères, der über 30 000 Euro an Eigenmitteln in seinen Wahlkampf investiert und das Geld nicht von der Partei zurückverlangt hatte. Die Piraten verbuchten den Betrag trotzdem in ihren Konten. Auf den Bericht des Rechnungshofs hin entbrannte eine öffentliche Diskussion darüber, ob es sich dabei um einen *don en nature* gehandelt habe und ob er hätte verbucht werden dürfen. Das Verwaltungsgericht teilt in seinem Urteil die Einschätzung des Rechnungshofs, dass Frères' Spende ein *don en nature* gewesen sei, widerspricht ihm aber in dem Punkt, dass die Sachspende nichts in der Buchhaltung verloren habe. Sie sei Teil der Gesamteinnahmen der Piratenpartei und deshalb zurecht in die Konten eingeflossen, argumentieren die Richter. Demzufolge sei sie auch Bestandteil der Berechnungsgrundlage für die staatlichen Zuschüsse. Ob der Staat gegen das Urteil in Berufung gehen wird, ist noch offen. **ll**

«Couragéiert Leit»

Am Dienstag hat das Staatsministerium die Namen der Mitglieder des Initiativkomitees für ein Referendum über das zweite Kapitel der Verfassungsreform im Mémorial veröffentlicht. Sechs der neun Mitglieder stammen aus dem Raum Mersch, aus Junglinster und aus der Region Müllerthal. Die anderen drei wohnen in Wilwerwiltz, Remich und Altwies. Vom ersten Initiativkomitee sind nur noch Nora Pleimling (36), Nichte zweiten Grades des früheren ADR-Abgeordneten Robert Mehlen, und Patrick Mischel (44), eigenen Aussagen zufolge ein „entfernter Verwandter" der ADR-Politikerin Sylvie Mischel, dabei. Die sieben anderen heißen Jutta Kirsten (53), Bob Schmitz (40), Pierre Lorang (61), Valérie Lorang (30), Benoit Henkes (50), Marie Jeanne Arendt (54) und Carmen Manucci (59).

Parteipolitisch hervorgetan hat sich von ihnen bislang noch keiner. Manche kritisieren auf den sozialen Netzwerken die Coronamaßnahmen, andere scheinen nicht einmal in diesem Bereich sonderlich aktiv zu sein. Wie die Mitglieder sich gefunden haben, war nicht in Erfahrung zu bringen, keines von ihnen stand bis Redaktionsschluss für eine Stellungnahme zur Verfügung. Die ADR sprach „deene couragéierte Leit" am Mittwoch ihren Dank aus und verlangte von der Abgeordnetenkammer, dass bis zum Ende der Referendumsprozedur am 25. März kein weiteres Kapitel der Verfassungsreform zur Abstimmung gelangt. Eine rechtliche Grundlage für diese Forderung existiert freilich nicht. Nach dem ersten Votum des zweiten Kapitels hatte der ADR-Abgeordnete Fernand Kartheiser bereits die parlamentarische Initiative für ein Referendum ergriffen. Bislang hat sich aber keine andere Partei dieser Initiative angeschlossen, für deren Erfolg es mindestens 16 Abgeordnete braucht. **ll**

JUSTIZ

Außenstände

Viele gebührenpflichtige Verwarnungen wegen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung werden nicht bezahlt. Das geht aus der Antwort von Justizministerin Sam Tanson und Polizeiminister Henri Kox (beide Grüne) auf eine parlamentarische Anfrage der CSV-Abgeordneten Laurent Mosar und Léon Gloden hervor. 2016 seien doppelt so viele Strafzettel ausgestellt worden wie im Vorjahr; vor allem aufgrund der Einführung der automatischen Radarkontrollen. Mehr als 600 000 Strafzettel galten Geschwindigkeitsübertretungen. In den letzten drei Jahren ist die Tendenz gesunken und hat sich bei 300 000 Strafzetteln jährlich eingependelt. Von diesen gebührenpflichtigen Verwarnungen wurden in den letzten Jahren etwas mehr als zehn Prozent nicht beglichen. Der ausstehende Betrag lag bei rund zwei Millionen Euro. Etwa 10 000 der nicht beglichen Bußgeldbescheide wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Weitere rund 10 000 Fälle wurden klassiert – sei es, weil der Täter nicht bekannt ist; sei es, aus Mangel an Beweisen. Oder aber die Tat wurde nicht für strafwürdig befunden (beispielsweise bei einem Unfall ohne eindeutiges Fehlverhalten), oder sie war verjährt, oder die betroffene Person beglich kurz vor dem Prozess die ausstehende gebühr doch noch.

Diese Zahl an staatsanwältlichen Ermittelungen gibt einen Vorgeschmack auf die Prozesse, die im Rahmen einer Impfpflicht anstehen werden. Sie könnten sogar noch zahlreicher sein, da man bei Impfgegner/innen von Überzeugungstäter/innen ausgehen muss, die ihre Impfverweigerung nicht mit einem Rechtsbruch gleichsetzen wollen, sondern mit einem heroischen Akt. **sm**

PANDEMIE

Abklingende Welle

Die Omikron-Coronawelle klingt allmählich ab. Der Sieben-Tage-Durchschnitt der gemeldeten Infektionen betrug am Dienstag 675. Drei Wochen vorher hatte er bei 2 307 gelegen. Und wurden am Dienstag 769 neue Infektionen registriert, waren es am 25. Januar 3 073 – der Höchststand an einem einzelnen Tag seit Ausbruch der Pandemie. Am Freitag vergangener Woche meinten die Modellierer der Corona-Taskforce angesichts eines Rückgangs der Inzidenz in der zweiten Woche in Folge, Anfang März könne mit um die 500 Neuinfektionen am Tag zu rechnen sein.

In den Spitälern wurden am Dienstag dieser Woche 48 Covid-Patient/innen in der Normalbetreuung versorgt, acht weniger als am Vortag. Am 5. Februar waren es 75. Auf Intensivstationen lagen neun Covid-Patienten, zwei weniger als am Vortag. Die Zahl der Hospitalisierten, die aus einem anderen Grund stationär eingewiesen, anschließend positiv getestet und isoliert wurden, lag am Dienstag mit 74 in der Normalbetreuung wesentlich höher als die der Covid-Kranken. Auf Intensivstationen waren am Dienstag drei Patient/innen mit dem Virus infiziert, aber nicht Covid-krank.

Jean-Claude Schmit, der Direktor des Gesundheitsamts, schätzte gegenüber dem *Wort* am Mittwoch, „in ein bis zwei Monaten" könne man wahrscheinlich „wieder alles öffnen". Der Impfgrad in der Bevölkerung erreichte in der besonders gefährdeten Altersgruppe der über 60-Jährigen diese Woche 90 Prozent für die zwei Mal Geimpften. Eine Auffrischung hatten 73,6 Prozent erhalten. Von allen ab 18-Jährigen an der Bevölkerung sind 80 Prozent zwei Mal geimpft, 40 Prozent auch „geboostert". **pf**

Blog

Tech-Voodoo

Stéphanie Majerus

Chem-Direktor René Metz will das *Ëmweltklinik*-Projekt torpedieren. Hat er vernünftige Gründe?

Jean Huss ist überzeugt: Die elf Plomben in seinen Zähnen haben ihn vergiftet. Das war in den 1980er Jahren. Auf das Quecksilber seien seine damalige Konzentrationsschwäche und Herzkreislauf-Erkrankung zurückzuführen gewesen. Er ließ sich seine Amalgamfüllungen entfernen und ist seitdem gesund. Mit Gleichgesinnten gründet der damalige Grünen-Abgeordnete die Aktionsgruppe für Umwelttoxikologie (Akut). Zunächst fungieren sie als Selbsthilfegruppe, doch schon bald wird es konkreter … und politischer: 1994 entsteht eine Umweltambulanz und 2009 schafft es das Vorhaben, eine Umweltklinik zu gründen, erstmals ins Regierungsprogramm. 2018 wird überdies von der Regierung auf Anregung von Akut eine stationäre Behandlung in Clean-Rooms vorgesehen. Clean-Rooms sollen Personen vor elektromagnetischen Strahlen (umgangssprachlich: Elektrosmog) und jeglichen Chemikalien schützen. Anfang Februar 2022 aber kündigte Chem-Generaldirektor Dr. René Metz eine Straffung des Projektes an: Er wolle Umweltpatienten nur noch ambulant versorgen. Gegenüber *RTL* sagt er: „Es sind nicht Krankenhausbetten, die wir brauchen, sondern Kompetenz und Forschung".

Sven Becker

Ist Elektrosmog gesundheitsgefährdend?

Akut ist enttäuscht. Für Jean Huss sollten Betroffene sich in Clean-Rooms erholen dürfen

Akut ist enttäuscht. Für Jean Huss sollten Betroffene sich in Clean-Rooms erholen dürfen. Bei schwerwiegenden Umwelterkrankten handele es sich um Menschen, die keinen normalen Alltag bewältigen können und häufig sozial isoliert leben. „Auf unserer letzten Akut-Versammlung musste eine junge Frau nach 20 Minuten wegen Kopfschmerzen den Raum verlassen – so sensibel sind diese Menschen", erläutert der ehemalige Grünen-Politiker gegenüber dem *Land*. Während Personen in Clean-Rooms untergebracht werden, könnte ihr Umfeld auf die Ursache ihres Leidens inspiziert werden, meint der Akut-Präsident. Seit 30 Jahren gingen bei Akut regelmäßig Anfragen von Personen ein, denen schwindelig sei oder die Kopfschmerzen hätten, die durch Umweltfaktoren bedingt seien. Häufig seien diese Beschwerden durch Elektrosmog ausgelöst – kabellose Telefone, WLAN, Babyphones oder Hochspannungsleitungen. Auf ihrer Internetseite gibt Akut eine ganze Palette an möglichen Folgen von elektromagnetischen Strahlungen an: Schlafstörungen, Allergien, Depressionen, Herz- und Kreislaufstörungen, Gedächtnisschwund oder Krebs – all das könnten sie auslösen. Laut dem Jahresbericht von 2021 betreffen die häufigsten Fragen, die bei Akut eingehen, Elektrosmog. Anfragen zu 5G sind mit zwei Prozent separat aufgelistet.

Nur ist unklar, ob die Zusammenhänge, wie sie Akut schildert, tatsächlich bestehen. Zumindest was elektromagnetische Strahlungen betrifft, bezieht die WHO klar Position. Die Gesundheitsinstitution sieht nach Auswertung der derzeitigen Erkenntnisse nicht bestätigt, dass ein Kontakt mit schwachen elektromagnetischen Feldern gesundheitliche Folgen haben. Zu diesem Schluss kommt ein transdisziplinäres WHO-Team, das in den letzten 30 Jahren etwa 25 000 Artikel zu nicht ionisierender Strahlung auswertete, also Strahlungswerten, mit denen Alltagstechnologien verfahren. Mittlerweile ist dieses Gebiet somit umfangreicher erforscht, als das von unterschiedlichen Chemikalien. Im Alltag dürften Menschen demnach keinen Strahlungen ausgesetzt sein, die sie nachweisbar schädigen. Hinter Elektrosmog-Beschwerden sind Attributions-Fehlschlüsse nicht auszuschließen – eine Art zeitgenössischer Hokuspokus. Befürchtungen vor Strahlen, die von Antennen, Handys oder Routern ausgehen, könnte man als säkulare Geister-Erzählung deuten.

Doch die Umweltmedizin begrenzt sich nicht auf Elektrosmog. Roby Thill, Allgemeinmediziner und einer von drei praktizierenden Umweltärzten in Luxemburg, schildert einen Fächer an möglichen Umweltursachen, die auf Patienten einwirken könnten: „Meine Anamnese bezieht sich zuvorderst auf multiple Chemikaliensensibilität: Reagieren Menschen etwa auf Gifte in ihrer Zahnfüllung oder Schwermetalle in ihrer Ernährung? Oder auf Radon, ein radioaktives Gas, das sich in schlecht belüfteten Innenräumen anstauen kann und in Zusammenhang mit Lungenkrebs gebracht wird?". Das klingt zunächst plausibel. Und der Beschwerdekomplex „Multiple Chemikaliensensibilität" wird anders als Elektrosensibilität vom deutschen Umweltbundesamt weiterhin beobachtet. Aber auch in diesem Bereich bleibt die Studienlage dünn, wie das Bundesamt selbst einräumt. Das Robert Koch-Institut veranlasste eine Reihe an Auswertungen, die die Mechanismen zur Krankheitsentstehung von multipler Chemikaliensensibilität aufschlüsseln sollten, dabei wird vermutet, dass immunologische Störungen oder Veränderungen von psychologischen und neurologischen Aspekten beteiligt sein müssten. Allerdings waren die Zusammenhänge wissenschaftlich nicht zu begründen und es bleibt unklar, welche Ursachen zur Entstehung dieses Beschwerdebildes beitragen. Um Ursachen-Wirkungsketten von krankheitsauslösenden Umweltzusammenhängen nachzugehen, bedarf es weiteren Langzeitstudien mit einer hohen Teilnehmerinnenzahl. Die Betroffenen sind, wie es Roby Thill erläutert, überdies in der Regel chronisch krank und weisen kein einheitliches Krankheitsbild auf, weshalb sich überdies die Frage stellt, ob es sich bei multipler Chemikaliensensibilität überhaupt um eine eigenständige Diagnose handeln kann.

Dass ein *umbrella-term* wie „Umweltmedizin", die Tür für ein hochspekulatives Analyse- und Therapiekarusell öffnen kann, war dem LSAP-Minister Etienne Schneider bewusst. Auf *Land*-Anfrage antwortet der damalige Gesundheitsminister 2019, er wolle „Auswüchse vermeiden, wie sie im Ausland festgestellt wurden, wo von Ärzten mit wenig Skrupeln Diagnose- und Behandlungspraktiken verkauf twerden, die ohne wissenschaftliche Basis sind". Und deshalb schloss der Minister eine private Finanzierung der Umweltmedizin nicht aus. Diese Positionierung war politisch gewagt, denn im Koalitionsvertrag 2018 wurde bereits festgehalten, dass ein nationaler Umweltmedizindienst etabliert werden soll, der sowohl ambulante als auch stationäre Behandlungen anbietet. Zudem soll laut Abkommen „die kostenlose Analyse von chemischen, mikrobiologischen und elektromagnetischen Schadstoffen nach ärztlicher Verschreibung" zugesichert werden. Womöglich um ein politisches Zerwürfnis zu verhindern, erklärte LSAP-Gesundheitsministerin Paulette Lenert die Umweltmedizin vor zwei Wochen kurzerhand zur „Herzensangelegenheit". Einen nationalen Dienst einzurichten, bedeutet überdies, dass die Solidargemeinschaft für unterschiedliche Leistungen aufkommen muss. Jahrelang verhandelte der Präsident des luxemburgischen Verbandes für Umweltmedizin, Roby Thill, erfolglos für CNS-Tarife. Diese Tarife stehen also nach wie vor aus. Ehe eine ernsthafte Diskussion darüber beginnen kann, müsste die Gesundheitsministerin die Umweltmedizin zunächst als eigenständige ärztliche Spezialisierung anerkennen.

Obwohl Akut viele Anfragen zu Elektrosmog bearbeitet, wäre es falsch, die Gruppierung auf Anti-Elektrosmog-Aktivismus zu reduzieren. Auf ihrer Internetpräsenz spricht die Aktionsgruppe Umweltbelastungen an, vor denen auch die Weltgesundheitsorganisation warnt, wie Feinstaub. Und über die schädlichen Auswirkungen von Bisphenol A informierte Akut ebenfalls schon länger. Die Substanz wurde 2017 von der Europäischen Chemikalienagentur aufgrund reproduktionstoxischer Konsequenzen auf den Menschen als besorgniserregender Stoff eingestuft. Ferner sind die Sorgen gegenüber mit Flammschutzmitteln beschichteten Möbeln, und Geräten, sowie Asbest in Innenräumen wissenschaftlicher Konsens. Akut ist folglich eher ein Beispiel dafür, dass sich bei politischen Gruppierungen gelegentlich Hinweise auf belegte Gefahren, neben legitimer Skepsis und Unsinn aufgelistet befinden.

Somit wirft der Fall die Frage auf, welche Leitplanken zivilgesellschaftlicher Arbeit dienlich sein könnten. Die Philosophin Lisa Herzog beschäftigt diese Frage. Sie plädiert in einem *Zeit*-Artikel für eine engere Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft. So könnten einerseits das Erfahrungswissen von NGOs und berechtigte gesellschaftspolitische Anliegen die Forschung bereichern, andererseits würden wissenschaftliche Institutionen näher an die Gesellschaft rücken: Das stärkt langfristig das gesellschaftliche Vertrauen in wissenschaftliche Akteurinnen und das Wissen über Forschungsverfahren. Und dies demokratisiere auch die Debatte, in der ausgehandelt wird, in welchen Bereichen eine Gesellschaft Wissen produzieren möchte.

Um der Kraut- und Rüben-Politik von Akut nun Einhalt zu gebieten, hat der jetzige Chem-Direktor René Metz an die Spitze der umweltmedizinischen Beratungsstelle die Epidemiologin An Van Nieuwenhuyse plaziert. Die Professorin am nationalen Gesundheitslaboratirum hat an fast hundert Publikationen mitgewirkt, deren Inhalt sich mit toxikologischen Auswirkungen unterschiedlicher Substanzen und *Public-Health* Schwerpunkten befasst. Das Chem nimmt demnach Umweltgifte zu Recht ernst, will deren Gefahren jedoch wissenschaftlich für die breite Gesellschaft diskutieren und nicht Individualfälle in Clean-Rooms stecken, deren Leiden möglicherweise auf keine fundierte Ursache-Wirkungskette zurückzuverfolgen ist und die in diesen Räumlichkeiten vielleicht nicht über den Placebo-Effekt hinaus therapiert werden.

Weder die Regierungsparteien, noch die Opposition sind von der Neuausrichtung der Umweltmedizin begeistert. Der ADR-Abgeordnete Jeff Engelen fordert, dass Elektrosmog-Gefahren untersucht werden; stellt sich hinter die Forderungen von Akut und wirft dem Chem-Direktor einen Bruch mit dem Koalitionsabkommen vor. Nathalie Oberweis von déi Lénk twittert ihrerseits, René Metz wäre die falsche Person, um das Projekt zu betreuen. Und Akut bastelt derweil an einer Broschüre, um politischen Druck aufzubauen und zu seinen versprochenen Krankenhausbetten zu kommen. Ein Blick in den Gesetzentwurf zur Planung des Krankenhauswesens von 2016 hätte der Regierung die Clean-Rooms-Zauberei allerdings ersparen können. Dieser wies darauf hin, dass ein nationaler Dienst für Umweltmedizin hauptsächlich ambulant verfahren soll; denn einen konkreten Bedarf an Krankenhausstrukturen ließe sich weder aus nationalen noch aus internationalen Daten erschließen – damit aber eine Behandlung erstattet werden kann, muss sie laut Sozialversicherungsgesetz auf erforschten Methoden beruhen. Man ahnt es: Neben dem Analysen- und Therapiekarussell der Umweltpatienten, werden in den kommenden Jahren auch die politischen Verhandlungen noch ein paar Runden drehen. ●

ZUFALLSGESPRÄCH MIT DEM MANN IN DER EISENBAHN

Der Papiertiger

Am 17. Januar traf sich die Regierung zu einer außerordentlichen Kabinettsitzung. Sie beschloss, die Einführung einer Impfpflicht hinauszuzögern. Seither setzt sie ihren Beschluss konsequent um.

Für die Abfassung eines Gesetzentwurfs wurden drei Monate veranschlagt. Dann wandert der Entwurf durch Ausschüsse, Expertengremien, Berufskammern, Staatsrat und Parlamentskommission. Das dauert weitere Monate. Das Gesetz tritt nicht gleich in Kraft. Der Schlussartikel soll eine Wartefrist festlegen. Übergangsregelungen räumen eine letzte Chance ein, sich ungestraft impfen zu lassen. Impfen dauert einen Monat, mit Boostern vier. Das kommt auch für die nächste Covid-Welle zu spät.

Covid-Gesetze bringt die Regierung sonst in einer Woche durch. Sie tut alles, damit die Impfpflicht ein Papiertiger bleibt. Vor einem Jahr hatte sie damit gerechnet, dass sich fast alle impfen ließen. Dann würden die letzten Ungeimpften neidisch. Stattdessen mobilisieren Impfgegner gegen Staat und Regierung. Der Unternehmerverband UEL fordert eine Impfpflicht. Hygienevorschriften stören das Wirtschaften. Die Impfgegner warnen vor der Schaffung einer „Zweiklassengesellschaft". Sie denken, in einer Einklassengesellschaft zu leben.

Abstrakt sind in einer Klassengesellschaft alle vor dem Gesetz gleich. Konkret verfügen die Gesellschaftsklassen ungleich über wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht. Das macht sie vor einer Impfpflicht ungleich. Deshalb sind sich die politischen Parteien uneinig.

Die CSV ist eine konservative Partei. Sie ist für einen starken Staat. Ihre Wählerinnen sind alt. Sie verspricht Sicherheit. Sie ist für eine allgemeine Impfpflicht. Sie erwartet Zugeständnisse der Regierung.

Die Mittelschichtenwähler der DP wollen ein Ende der Hygienevorschriften. Damit die Wirtschaft dreht. Sie wollen jung und selbständig sein: Die DP will eine Impfpflicht für Alte und Pflegepersonal.

Ein Teil der LSAP-Wähler sind Arbeiter. Sie leben in bescheidenen Verhältnissen. Das macht sie misstrauisch. Die LSAP bangt um die Popularität ihrer Spitzenkandidatin Paulette Lenert. Sie möchte sich an einer Impfpflicht vorbeidrücken.

Grüne Wählerinnen schimpfen gegen die Allopathie. Die Koalitionsdisziplin ist stärker als Globuli: Die Partei ist für eine Impfpflicht. Um sich unnötige Diskussionen zu ersparen, wollte sie eine allgemeine. Nun fügt sie sich DP und LSAP.

Die ADR ist entzückt über die verbissenen Kleinbürger, die gegen das Impfen demonstrieren. Sie dient sich ihnen als parlamentarisches Sprachrohr an.

Vielleicht lässt sich die Impfpflicht nicht verzögern, bis sie überflüssig ist. Für diesen Fall wollen DP, LSAP und Grüne sie einschränken

Die Linke bewundert die verbissenen Kleinbürger heimlich. Sie misstraut *Big Pharma*. Sie lehnt die Impfpflicht ab.

Die Piraten wurden als Protestpartei gewählt. Ihre Abgeordneten spielen staatstragend. Die Partei ist gegen eine Impfpflicht. Aber nicht im Ernst.

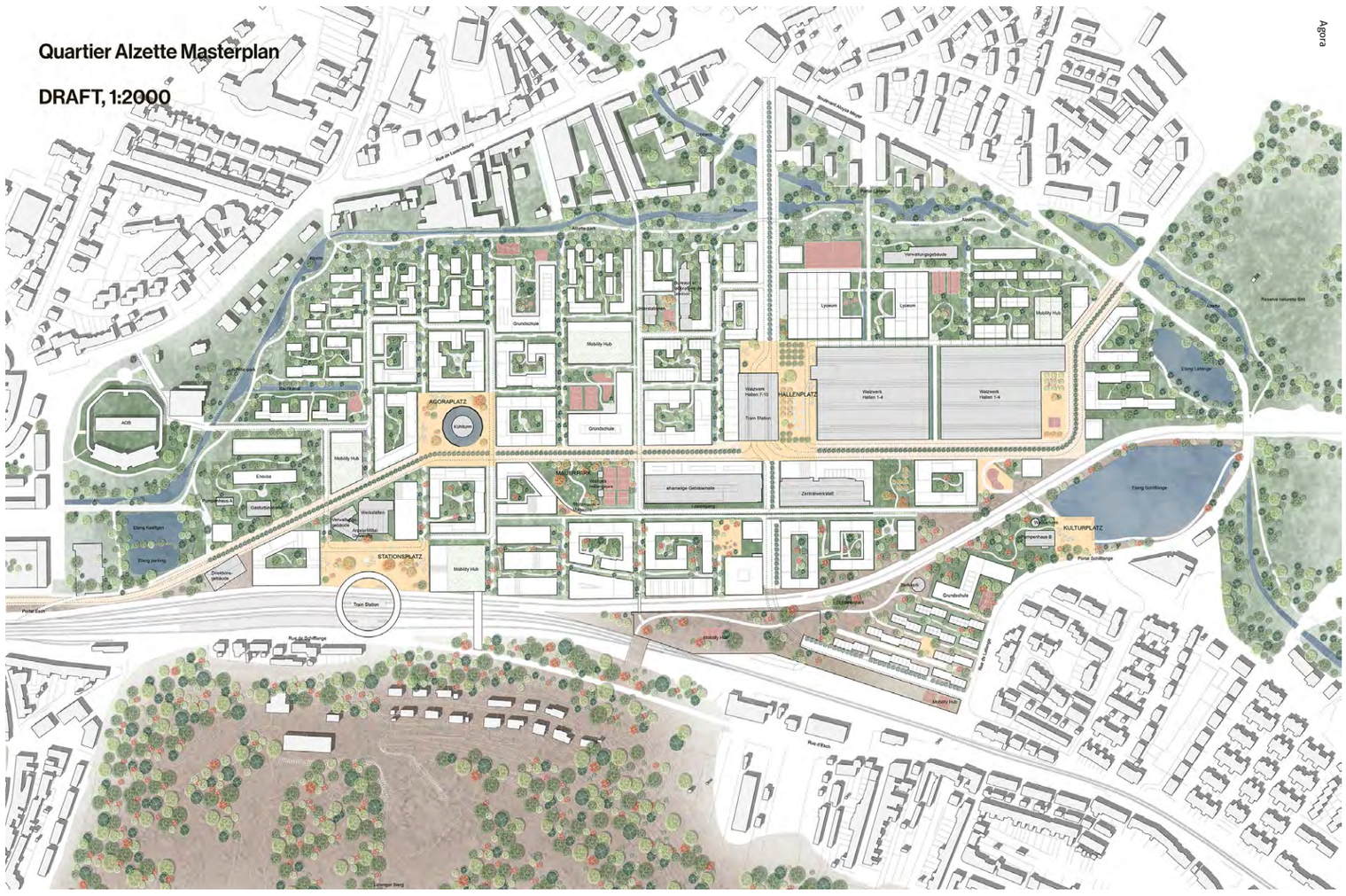
Vielleicht lässt sich die Impfpflicht nicht verzögern, bis sie überflüssig ist. Für diesen Fall wollen DP, LSAP und Grüne sie einschränken. Sie soll nur für Alte, Kranken- und Altenpflegerinnen gelten. Dazu bestellte die Regierung einen Expertenbericht. Die Experten wollen nicht alle Einwohner und Grenzpendlerinnen impfen. Sie wollen den Gesundheitsbetrieb schützen. Ein Konflikt mit den Kranken- und Altenpflegerinnen würde deren Macht zeigen. Der OGBL zieht eine allgemeine Impfpflicht vor.

Bußgelder für ausgewählte Gruppen verstoßen gegen das abstrakte Gleichheitsgebot. Die Diskussionen und Gerichtsverfahren werden die Impfpflicht weiter verzögern.

Die Gesundheitsministerin lobt die Impfpflicht nicht als einen der größten Erfolge in der Geschichte des Gesundheitswesens. Sie macht Stimmung dagegen. Sie nennt sie „Ultima Ratio". Kardinal Richelieu nannte den Krieg die „ultima ratio regum". Die ehemalige Richterin hält die Impfpflicht für einen Krieg gegen die Ungeimpften. Wer will schon Krieg gegen die eigene Wählerschaft führen? ● **Romain Hilgert**

Sven Becker

Vor einem Jahr hatte die Regierung damit gerechnet, dass sich fast alle impfen lassen würden



Agora hält darauf, dass der Masterplan nicht rechtsverbindlich ist und nur eine Momentaufnahme darstellt. Der Plan könne jederzeit angepasst werden

Kosten-Nutzen

Luc Laboulle

Drei Jahre nach der Vorstellung des Umnutzungskonzepts beginnt auf der Brache Esch-Schifflingen ein Tauziehen um den Erhalt von industriekulturellen Bauwerken. Dabei hatten Staat und Arcelor-Mittal das nach den traumatischen Erfahrungen von Belval eigentlich mit einem partizipativen Ansatz vermeiden wollen

Stahlkathedralen Zur städtebaulichen Entwicklung der 1997 stillgelegten Industriestandorts Belval hatten der Staat und die von ihm und der Arbed neu gegründete Gesellschaft Agora einen internationalen Wettbewerb ausgeschrieben. Im Dezember 2001 sollte eigentlich der Gewinner bekannt gegeben werden, doch keiner der Stadtplaner konnte den hohen landesplanerischen Anforderungen von Innenminister Michel Wolter (CSV) und dem Grundstückseigentümer Arbed vollends gerecht werden. Deshalb wurden drei Büros zurückbehalten, die ihre Entwürfe noch einmal überarbeiten sollten. Am 8. Februar 2002 erhielt schließlich der vom Büro Jo Coenen & Co. aus Maastricht entworfene Masterplan den Zuschlag der Jury, weil er die Einzigartigkeit des Projekts, seine Umsetzung in mehreren Phasen, die Verkehrsplanung unter besonderer Beachtung des öffentlichen Transports und die Finanzierbarkeit am stärksten berücksichtigt habe.

Sechs Jahre später zeigte sich der Architekt Rolo Fütterer von Jo Coenen & Co. in einem Interview mit dem *Tageblatt* entsetzt darüber, wie Agora und der vom Staat zur Verwaltung seiner Liegenschaften gegründete Fonds Belval mit den „Stahlkathedralen“ umgingen. Gemeint hat er die Hochöfen A und B, die unter Denkmalschutz gestellt worden waren, und deren „Terrasse“ eigentlich in weiten Teilen erhalten bleiben sollte. So sah es auch Fütterers Masterplan vor. Trotzdem wurden tragende Elemente wie der sogenannte Highway im Laufe der Jahre willkürlich abgerissen, weil sie angeblich nicht mehr in das Konzept passten oder weil ihr Erhalt dem Staat und Arcelor-Mittal zu teuer wurde. Wie das überhaupt möglich war, konnte sich auch Fütterer nicht genau erklären. Rechtliche Konsequenzen hatte die Zerstörung nicht, doch sie hat dem Ansehen von Belval geschadet und seit einigen Jahren investieren Agora und Fonds Belval viel Geld in Marketing, um die Trabantenstadt zwischen Esch und Beles nachträglich zu einer Erfolgsgeschichte zu verklären.

Das öffentliche Bewusstsein für Industriekultur ist in den vergangenen 20 Jahren gewachsen. 2019 haben die Vertreter mehrerer Einzelinitiativen sich zusammengetan und einen gemeinnützigen Verein zur Schaffung eines nationalen Zentrums für Industriekultur (CNCI) gegründet. Seine prominentesten Vorstandsmitglieder sind wohl der frühere Grünen-Abgeordnete Robert Garcia, der Historiker Denis Scuto und die Präsidentin der Unesco-Kommission, Simone Beck. Nach einem langen Tauziehen mit dem Staat gelang es dem CNCI, die Gebläsehalle auf Belval vorläufig vor dem Abriss zu bewahren. Auch auf der Brache in Düdelingen und auf der Lentille Terre Rouge in Esch/Alzette wurden mehrere Industriegebäude unter Denkmalschutz gestellt. Den vollständigen Erhalt der monumentalen Keeseminnen konnte das CNCI zwar nicht durchsetzen, doch immerhin steht davon noch die futuristisch anmutende Karkasse, die der Bauunternehmer Eric Lux in sein neues Viertel zu integrieren gedenkt.

Um zu vermeiden, dass ähnliche Auseinandersetzungen wie bei Belval entstehen, haben Staat und Arcelor-Mittal bei der Umnutzung der 61 Hektar großen Industriebrache Esch-Schifflingen im März 2019 einen partizipativen Ansatz gewählt. Bürgerinnen aus den beiden benachbarten Südgemeinden wurden dazu ermutigt, sich am Gestaltungsprozess des neuen Quartier Alzette zu beteiligen. Dieser Ansatz wurde insgesamt begrüßt und selbst die Denkmalschützer waren zuversichtlich, dass die Fehler von Belval nicht wiederholt werden würden. Schon früh betonten die Verantwortlichen von Agora und der grüne Landesplanungsminister Claude Turmes, die historischen Anlagen und Gebäude müssten in das neue Stadtviertel integriert werden, um die Identität des ehemaligen Industriestandorts zu bewahren. Auch der Entwurf des dänischen Büros Cobe, das vor drei Jahren den Wettbewerb für die städtebauliche Umsetzung gewann, sah den Erhalt und die Neunutzung vieler Industrieanlagen vor.

Vorbeugung Um trotzdem rechtzeitig auf Nummer sich zu gehen, reichte das CNCI vor zwei Jahren bei der Denkmalschutzbehörde (SSMN) eine Liste mit Bauwerken ein, die es als schützenswert erachtet. Am 20. September 2021 richtete die grüne Kulturministerin Sam Tanson an den Escher CSV-Bürgermeister Georges Mischo ein Schreiben, dem ein ausführliches Gutachten der Denkmalschutzkommission (Cosimo) anhing. Die Ministerin schlägt darin vor, 26 Gebäude und Anlagen als nationale Monumente zu klassieren.

Daraufhin hat die Stadt Esch zusammen mit Agora und der Gemeinde Schifflingen ein Gegengutachten bei Zeyen+Baumann (Z+B) in Auftrag gegeben. Das Ingenieurberaterbüro hat vor allem untersucht, in welchem Ausmaß der Erhalt der industriekulturellen Gebäude die bebaubare Fläche beeinträchtigen könnte und um wieviel die Kosten dadurch ansteigen könnten. Das Gutachten von Z+B kommt zu dem Schluss, dass acht der 26 von der Cosimo als erhaltenswert ausgewiesenen Bauwerke nicht mit der praktischen Ausführung des Masterplans vereinbar seien, vier würden sogar seine Umsetzung gefährden. Zu den acht Objekten gehören die Gasleitung, der Klärbehälter, das Stellwerk, die spektakulären Überreste der Mischanlage, die Walzwerkhallen 7-10, das Bürogebäude und das Laboratorium des Walzwerks, das Zentralmagazin und das Eingangsportal von Esch-Neudorf. Am 10. Dezember haben die jeweiligen Gemeinderäte von Esch und Schifflingen die Empfehlungen von Z+B mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen. In Schifflingen regiert die CSV mit den Grünen, in Esch herrschen CSV und Grüne in einem Dreierbündnis mit der DP.

Das CNCI tut sich insbesondere mit den Entscheidungen des Escher Gemeinderats schwer, denn über 90 Prozent der Brache und sieben der acht von Z+B als nicht erhaltenswert eingestuften Anlagen liegen auf Escher Gebiet. So hatte die Cosimo das Eingangsportal am Escher Neudorf als „national schützenswert“ ausgewiesen, doch Z+B hatte geurteilt, dass sein Erhalt dem Streckenbau des Bus à haut niveau de service (BHNS) im Wege stehe, der das Gelände ab 2028 durchqueren soll. Im aktuellen Masterplan (siehe Foto), der im Herbst 2021 aktualisiert wurde, taucht das Portal Esch bereits nicht mehr auf.

Das Bürogebäude und das Laboratorium des Walzwerks, wo Cobe eine Kindertagesstätte oder eine Bibliothek einrichten wollte, und die die Cosimo als „wichtige Zeugen der Industriegeschichte“ zu schützen empfahl, sind an eine Halle angebaut, die abgerissen werden soll. Bei dem Abriss bestehe die Gefahr, dass das Bürogebäude und das Laboratorium zusammenfallen, schreiben Z+B, deshalb müssten sie vorher gesichert werden, was jedoch sehr teuer werden könnte. Ein ähnliches Problem sehen Z+B beim Zentralmagazin und der Stützmauer, in denen Cobe kleine Läden und Ateliers unterbringen wollte. Auf diesen historischen Anlagen soll laut Masterplan ein neues Gebäude gebaut werden. Es sei nicht sicher, dass die alten Mauern dem Druck dieses Gebäudes standhalten, deshalb müssten zuerst Stabilitäts- und Statik-Analysen durchgeführt werden, bevor man sie klassieren könne, urteilen Z+B. Anders als beim Zentralmagazin haben Z+B und der Gemeinderat sich zwar für die Klassierung der Stützmauer ausgesprochen, doch sollen große Teile davon entfernt werden.

Zeitzeugen Jacques Maas, Vorstandsmitglied des CNCI, kann im Gespräch mit dem *Land* den seiner Ansicht nach leichtfertigen Umgang mit der historischen Bausubstanz nicht nachvollziehen. Eigentlich hätten Z+B beim Laboratorium und beim Zentralmagazin nicht nur Hypothesen erstellen, sondern ingenieurtechnische Prüfungen durchführen müssen, bevor sie ein Gutachten zu Statik und Stabilität abgeben, sagt der Historiker, der mehrere Texte zur Geschichte der inzwischen 150 Jahre alten Metzeschmelz veröffentlichte, die zwar seit zehn Jahren stillsteht, offiziell aber noch immer in Betrieb ist (eine Einstellung der Geschäftstätigkeit will Arcelor-Mittal in diesem Jahr einreichen). Maas versteht auch nicht, wieso der Escher Gemeinderat dem rein auf Kosten-Nutzen-Analysen beruhenden Gutachten von Z+B gefolgt ist und sich damit gegen mehrere Empfehlungen der Denkmalschutzbehörde gestellt hat, die historische und kulturelle Kriterien rein wirtschaftlichen und finanziellen vorzieht.

Nicht zuletzt kritisiert Maas die zum Teil willkürlichen Einschätzungen des Ingenieurbüros. Z+B hatten in ihrem Gutachten beispielsweise geurteilt, das Stellwerk im Nordosten der Brache solle nicht erhalten werden, weil es aus den 1970-er Jahren stamme und keine zentrale Funktion im Stahlwerk eingenommen habe. Die Cosimo hatte jedoch empfohlen, es als nationales Denkmal zu schützen, weil es ein wichtiger Zeitzeuge der Industriekultur sei. Die Gemeinde Schifflingen war zwar dem Rat von Z+B gefolgt, hatte im Dezember aber entschieden, das Stellwerk, das auf ihrem Gebiet steht, auf kommunaler Ebene zu schützen.

Die Stadt Esch hat ihrerseits noch keine solche Initiative ergriffen. Der Schöffenrat wolle am kommenden Donnerstag darüber beraten, ob er bestimmte Gebäude im PAG schützen will oder nicht, erklärte die kommunale Stadtplanerin Daisy Wagner auf *Land*-Nachfrage. Der inoffizielle „Industriekultur-Schöffe“ der Stadt Esch, André Zwally (CSV), hatte im Gemeinderat vom 10. Dezember bereits dargelegt, dass alle Schmelzen irgendwie gleich funktioniert hätten und es deshalb aus pädagogischer Sicht ausreiche, wenn je ein Element in der Region zur Verfügung stehe, mit dem man jüngeren Generationen die Abläufe in einem Stahlwerk erklären könne. Um zu zeigen, wie beispielsweise ein Kühlturm funktioniert hat, müsse man keine sechs Kühltürme erhalten.

Direkter formuliert es die Agora. Der Erhalt eines Industriegebäudes sei vor allem dann sinnvoll, wenn es neu und funktional genutzt werde und nicht der Schaffung von Wohnraum und Schulen im Weg stehe, erklärt ihr Verwaltungsdirektor Yves Biwer im Gespräch mit dem *Land*. Als Beispiel nennt Biwer die Klärbehälter, die Cobe als Pausenhof für die Grundschule nutzen wollte und laut Z+B in eine Parkanlage integriert werden könnten. Das Büro sprach sich trotzdem gegen ihren Erhalt aus, weil erst geklärt werden müsse, wer für die Folgekosten aufkomme. Diese Frage stellt Agora auch bei anderen Anlagen. Schließlich seien es am Ende die Gemeinden, die für den Unterhalt bezahlen müssten,

> *Die Ansicht, dass Denkmäler nicht nur Kosten generieren, sondern auch kulturelle, gesellschaftliche und ästhetische Funktionen erfüllen, vertreten offenbar nur das CNCI und der SSMN*

sagt Biwer. Neben einem Lyzeum sieht der aktuelle Masterplan drei Grundschulen vor, zwei für die Stadt Esch und eine für die Gemeinde Schifflingen.

Die Ansicht, dass Denkmäler nicht nur Kosten generieren, sondern auch kulturelle, gesellschaftliche und ästhetische Funktionen erfüllen, vertreten offenbar nur das CNCI und die Denkmalschutzbehörde. Zurzeit liefen noch Verhandlungen zwischen dem SSMN und Arcelor-Mittal, um zu prüfen, welche Bauwerke in das neue Viertel integriert werden könnten, bestätigt SSMN-Direktor Patrick Sanavia dem *Land*. Nach diesem „Austausch“ werde die Kulturministerin ihre Entscheidung treffen. Sollte bei manchen Bauwerken keine Einigung gefunden werden, müsste sie unter Umständen den eher pragmatischen und ökonomischen Vorstellungen der auf staatlicher Seite dem grünen Landesplanungsminister Claude Turmes unterstehenden Agora widersprechen.

Blackbox Dieser Antagonismus ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Société de développement Agora sàrl. et Cie nicht alleine dem Staat, sondern zur Hälfte Arcelor-Mittal gehört. Der Vertrag, die beide Partner 2001 abgeschlossen haben, wurde nie veröffentlicht (vgl. *d'Land* vom 12.04.2019). Und auch sonst ist Agora weitgehend eine Blackbox. Seit rund zehn Jahren erzielt die Gesellschaft mit dem Verkauf von Grundstücken an private Immobilieninvestoren hohe Gewinne, die beständig gestiegen sind. Lagen sie 2014 noch bei 2,9 Millionen, waren es 2018 schon 17 Millionen und 2020 rund 22,5 Millionen Euro. Das Geld, das Agora in Belval erwirtschaftet, fließe in den Bau von Infrastrukturen im neuen Quartier Alzette, die dann der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt würden, heißt es offiziell von Agora. Nur die Strecken für die Tram und den BHNS sowie den Radexpressweg baue noch die Straßenbauverwaltung. Auch die Sanierung der kontaminierten Böden werde Agora zum größten Teil bezahlen, die Kosten dafür schätzt Biwer auf einen „zweistelligen Millionenbetrag“. Agora-Präsidentin Marie-Josée Vidal, Erste Regierungsrätin im Ministerium für Landesplanung, sagte im November 2020 dem *Tageblatt*, die Gewinnmarge von Agora liege bei 5 Prozent.

Anders als in Belval soll in dem als ökologisches, kreislaufwirtschafliches und autoarmes Modellviertel entworfenen Quartier Alzette auch erschwinglicher Wohnraum entstehen. Fast ein Drittel der insgesamt 400 000 Quadratmeter für Wohnraum vorgesehenen Bruttogesamtfläche soll subventioniertem Wohnen vorbehalten sein. Um selbst als sozialer Bauträger aktiv zu werden und für staatliche Wohnungsbaubeihilfen berechtigt zu sein, könne Agora sich vorstellen, eine eigene (gemeinnützige) Gesellschaft zu gründen, sagt Biwer. Beschlossen sei das aber noch nicht.

Bis 2040 oder 2045 sollen im Quartier Alzette 8 000 bis 10 000 Menschen wohnen. 2025 sollen die Bauaktivitäten beginnen, noch in diesem Jahr wollen Esch und Schifflingen in ihrem PAG die Umklassierung der Grundstücke in Bauland vornehmen und will Arcelor-Mittal die Brache in den Besitz von Agora überführen. Im Sinne der Bürgerbeteiligung ist der Standort aber jetzt bereits belebt. Im Bâtiment IV hat die Stadt Esch mit Hilfe der Œuvre nationale de secours Grande-Duchesse Charlotte und der Erlaubnis von Arcelor-Mittal die Vereinigungen Hariko, CELL, ILL und Richtung22 untergebracht; in der Zentralwerkstatt richtet Ferro Forum ein Dokumentationszentrum für Industriegeschichte ein; in Teilen der Stützmauer arbeitet das Künstlerkollektiv Cueva an einer Ausstellung, die am 27. März eröffnen wird, und in den Walzwerkhallen laufen die Vorbereitungen für die fünf Nuits de la Culture, die die Stadt Esch in diesem Jahr ausrichten will. Im Rahmen von Esch 2022 will Agora eine gesicherte Passage anlegen, die es Besuc.herinnen erlaubt, das Gelände mit seinen Attraktionen zu durchqueren. Im Laufe dieses Jahres will Agora auch wieder öffentliche Versammlungen veranstalten, bei denen Bürgerinnen ihre Vorstellungen über die weitere Entwicklung des Quartier Alzette vorbringen können. Am Arbeitstitel Quartier Alzette hatte sich insbesondere der Escher Schöffenrat gestört. Deshalb haben die Gemeinden im Herbst einen öffentlichen Wettbewerb lanciert, bei dem die Einwohnerinnen aus Esch und Schifflingen Vorschläge für einen neuen Namen für das Viertel einsenden konnten. Annahmeschluss war der 30. November. Der Hauptgewinn ist ein Elektroroller. ●

Participatif pluriel

France Clarinval

Rencontre avec deux collectifs actifs sur la scène artistique eschoise à une semaine de l'ouverture officielle de l'année culturelle

Mal aimée « Esch est une ville paradoxale : elle est sujet de fierté pour ses habitants alors qu'elle est mal aimée au niveau national ». Pour Soushyanes Shokoufeh (dit Soushy), membre du collectif noc.turn, la Métropole du fer est une « belle endormie » prête à se réveiller. Il pointe le quartier du Brill comme le symbole de cette image multiple. « C'est la place de la diversité, comme un pique-nique à ciel ouvert. » Cette conviction s'est renforcée depuis la résidence du collectif au centre d'art Konschthal Esch, implanté dans le quartier et qui entend jouer un rôle dans le contexte socio-culturel et local pour devenir un lieu d'échange. Depuis mars 2021 le noc.turn participe activement à l'organisation des événements dans ces lieux, notamment par l'accompagnement dans les volets communication, technique, événementiel. « Une occasion de s'ouvrir l'esprit avec la rencontre d'artistes ».

Rien ne prédestinait Soushy et ses collègues à s'intéresser à l'art contemporain et ou à collaborer avec un centre d'art. Les débuts de noc.turn remontent à 2017 et à la création de Conscious and Cultural Student Association (CCSA asbl) par quelques étudiants qui regrettaient l'absence d'espaces d'échanges, de socialisation, de rencontres entre les différentes communautés à Belval. « La motivation de départ découlait d'un désir plutôt festif, car il n'y avait pas grand chose proposé aux étudiants. Se constituer en association nous permettait d'avoir plus de poids face à l'institution universitaire qui n'affichait ni soutien, ni motivation, ni envie de voir les étudiants se prendre en main. » Ce groupe très international comprenait des étudiants en histoire, informatique, littérature, génie civil ou philosophie. Dès les débuts, la volonté est de sortir des circuits de divertissements conventionnels et commerciaux « dans un environnement où le collectif est peu pris au sérieux et peu valorisé ». S'éloignant du cadre strict de l'université, l'association est devenue noc.turn, dont le nom part d'un acronyme pour *nobody owns culture*. Aujourd'hui, une dizaine de personnes travaille activement autour du trio Jewels Laifa, Soushyanes Shokoufeh et Charlie Calluaud. Cette idée du « nobody » leur tient particulièrement à cœur et sous-tend un processus créatif plutôt marginal : pas de convention, pas d'emplois fixes, pas de signature, mais un esprit solidaire et débrouillard, jumelé à un flair et un talent pour repérer et s'entourer des bonnes personnes. Inspiration mutuelle, expression collective, échange entre disciplines, espace public sont ainsi les moteurs de la joyeuse bande qui réussit à rassembler « un certain nombre de citoyens, amateurs ou non, artistes émergents ou confirmés autour de nos projets ».

Des ponts Dans l'expectative de l'année culturelle, la Ville d'Esch « nous a encouragé à aller plus loin et à soumettre des projets pour créer des ponts entre l'Université et la Ville, les étudiants et les citoyens, les résidents et les frontaliers ». L'enthousiasme s'est heurté à la pandémie où « beaucoup de jeunes ont perdu espoir, se sont trouvés paupérisés et n'ont même plus le souhait de s'imaginer une vie dans ce secteur », puis à l'inadéquation entre le mode de travail spontané du collectif et les exigences administratives de Esch2022. « C'est devenu presque un métier de remplir des appels à projets. Nous, on ne l'avait jamais fait et on ne connaissait pas les codes. Ce qu'on a écrit ne reflète pas ce qu'on est capables de faire », regrette

> *« C'est devenu un métier de remplir des dossiers d'appel à projets. Cela ne reflète pas la qualité. Il faut que les instances culturelles fassent plus confiance aux jeunes.»*
>
> Soushyanes Shokoufeh (noc.turn)

Soushy qui appelle les institutions culturelles à « accorder plus de confiance à la jeunesse ». Cet ancien étudiant en philosophie a encore « du mal à déchiffrer les intentions des organisateurs ». Désabusé, il lit plutôt dans Esch2022 « une volonté de revitaliser économiquement la région, sans tenir compte de la base ».

Cependant noc.turn sera impliqué dans le projet *Bloom* de KompleX KapharnaüM qui interviendra, au printemps, sur la place du Brill. « C'est un quartier populaire que nous connaissons bien. Il y a énormément de vie, d'expressions culturelles populaires, alors que les installations à l'Annexe22 étaient déconnectées de ce terreau. » Ce terreau, ce sont les artistes locaux (en particulier dans le rap et la danse) qui ne sont pas dans les « réseaux officiels de la culture, mais qui créent, se produisent, ont un véritable public et un écho au-delà des frontières ». Rois de la débrouille, ils ne demandent pas d'aides, ne font appel ni à Kultur:Lx, ni au Rocklab ou à la Sacem. Ce sont eux que noc.turn veut fédérer en leur apportant du soutien artistique, technique et organisationnel pour accéder aux métiers du secteur créatif. « Nous mettons en place un modèle d'économie sociale et solidaire, qui profite à la fois aux artistes et aux jeunes qui ont besoin de premières expériences professionnelles. » En attendant, Soushy va voir ailleurs, aux Pays-Bas pour l'instant, à la rencontre d'autres collectifs, qui brassent d'autres idées. « Je ne sais pas trop à quelle sauce notre génération va être mangée », s'interroge-t-il, perplexe, « on a intérêt à prendre du recul et à être prêts au pire ».

Conventionnés Prêts au pire, les membres de Independent Little Lies (ILL) l'ont longtemps été, principalement au point de vue financier. Né en 1995, le collectif a attendu plus de vingt ans pour être conventionné avec le ministère de la Culture qui, encore en 2015, ne voyait pas d'un bon œil « leur art trop sombre, s'attaquant à des sujets difficiles, politiquement très engagés, afin de montrer du doigt les injustices sociales (surtout celles dites – cyniquement – raisonnables par les pouvoirs en place), bruyants, intellos et vulgaires à la fois », comme le décrit Ian De Toffoli dans la brochure du vingtième anniversaire. Dans la même plaquette, Jill Christophe qui était présidente d'ILL, se souvient que c'est en 2007, pour *Mercury Fur*, la première grande coproduction internationale que les acteurs et l'équipe ont pu toucher leur premier salaire « professionnel ». Au fil des années, ILL s'est donc professionnalisé, a tissé des collaborations avec bon nombre d'institutions culturelles du pays, y trouvant des coproducteurs, des lieux, des partenaires. La première convention avec le ministère de la Culture date de 2017 alors que celle avec la Ville d'Esch a été signée l'année suivante. Des accords et des subsides qui permettent à l'association de fonctionner aujourd'hui avec trois personnes salariées qui représentent ensemble un seul temps plein. « On peut ainsi respirer et concentrer les efforts et le travail sur la création artistique proprement dite », se réjouit Frédérique Colling, nouvellement vice-présidente. Si pendant longtemps, le groupe n'avait pas de lieu propre, bien que la Kulturfabrik était un peu le bercail où ILL a pris son essor, il bénéficie aujourd'hui de bureaux et d'une salle de répétition au Bâtiment 4, ce tiers lieu culturel récent. Une nouvelle assise qui offre aussi des possibilités à l'association de s'inscrire dans d'autres dimensions.

On est loin des débuts de ILL, issu de la troupe scolaire Namasté du Lycée Hubert Clément à Esch. Les bacheliers sont devenus des adultes et de nouvelles têtes sont apparues. « Bien évidemment, on est passé de *no budget* à une équipe professionnelle, mais l'esprit *Independent* reste en permanence dans notre façon de travailler », souligne Sandy Artuso, membre depuis vingt ans. On peut d'ailleurs se souvenir que ILL a le même âge que Maskénada, TNL ou Trois C–L, tous fondés autour de la première année culturelle de 1995, tous passés par des étapes de convention et de professionnalisation, avec des budgets et des conditions d'exercice très variables cependant. Ce qui caractérise toujours ILL, c'est le travail collectif et interdisciplinaire, parfois multilingue, souvent dans des lieux insolites, mettant en évidence des créateurs peu connus et des sujets qui touchent à la politique ou l'actualité. Pas loin de cinquante pièces ont ainsi été créées. Chaque projet se veut unique, spécial ou différent, testant de nouvelles approches, de nouvelles combinaisons avec la volonté de continuer à défier les limites traditionnelles du spectacle vivant. « Les membres qui ont une idée viennent la présenter et la défendre. Les projets sont discutés sur le fond du sujet ou de la thématique, sa pertinence, son actualité, mais aussi sur la forme, le budget, les partenariats possibles », détaille Frédérique Colling. Cependant, de plus en plus de projets sont portés par le collectif et sont développés de manière plus large. « On travaille toujours par essais-erreur, à travers des ateliers, des expérimentations, comme une sorte de chantier », ajoute Sandy Artuso.

Doheem Le terme de chantier correspond bien au projet que ILL poursuit pour l'année culturelle et qui est la continuité d'un programme entamé en 2017 : la Biergerbühn. Au départ, ces ateliers hebdomadaires étaient destinés aux enfants et adolescents avec pour but de leur offrir un espace de rencontre et d'échange où découvrir les différentes facettes des arts scéniques. Écriture, jeu théâtral, danse, mouvement, improvisation donnent, en fin de parcours un spectacle qui reflète leurs interrogations et leurs visions du monde. « La Ville d'Esch a introduit la Biergerbühn dans son plan d'action culturel, ce qui nous donne les moyens de continuer sur le long terme », se réjouit Sandy Artuso qui en est la coordinatrice. Désormais, les ateliers sont aussi ouverts aux adultes. Le projet, cadre on ne peut mieux avec Esch2022 qui a fait de la participation citoyenne son leitmotiv. Aussi, la Biergerbühn est déclinée en deux temps. En octobre dernier, la pièce *Der Besuch der alten Dame* de Friedrich Dürrenmatt a été jouée au Escher Theater dans une mise en scène de Claire Thill. « La pièce se prêtait bien à l'intégration de citoyens et citoyennes qui pouvaient jouer les rôles des habitants de la ville de Güllen. Alors qu'un atelier de costumes ajoutait une dimension plus manuelle pour celles et ceux qui avaient d'autres envies et intérêts », détaille la coordinatrice.

Le deuxième volet, *Doheem – Fragments d'intimités*, est en cours de création, à la fois avec des enfants et des adultes. Ce projet de théâtre biographique et documentaire coordonné par Elsa Rauchs et Claire Wagener veut donner à voir la ville d'Esch à travers les yeux de ceux qui y habitent, y travaillent ou y ont passé un temps de leur vie. « Le projet commence par la récolte de voix qui confient le rapport à leur ville, le sentiment d'appartenance, qui expliquent leur 'chez soi' ou des lieux publics de référence », relate Sandy Artuso qui précise que le titre du projet avait été développé avant le confinement où le mot *Doheem* a pris un sens plus fort et plus lourd. Cette récolte de témoignages donne un matériau très fourni sur « ce que veut dire 'habiter' dans le contexte actuel de l'optimisation de l'espace, de la recherche de rentabilité où les dimensions techniques prennent le pas sur les aspects humains ». Les différents propos récoltés seront mis en voix et incarnés autant par des comédiens professionnels que par des participants aux ateliers de la Biergerbühn. Le spectacle final aura lieu en juillet au Ferro-Forum et réunira une grande partie des membres d'ILL insistant sur la diversité des compétences. « On a imaginé jouer dans les rues ou proposer un parcours. Le site de la friche Esch-Schifflange réunit ces possibilité de circulation et de scènes ».

Politique Soutenus et bien dans le cadre d'Esch2022, la bande d'indépendants sont-ils rentrés dans le rang ? Jacques Schiltz, le nouveau président, s'en défend : « Même avec un lieu fixe et des conventions, on veut rester en dehors de l'establishment, ne pas être trop carrés. On a un côté *edgy*, poil à gratter qu'il faut maintenir. » Il considère qu'un engagement politique dans le choix et le traitement des sujets est indispensable, mais préfère, à titre personnel, garder une distance avec les partis politiques. Ce n'est pas une doxa au sein de ILL puisque un des piliers de la troupe, le comédien et metteur en scène Marc Baum (qui est aussi trésorier de l'association) a été député Déi Lénk et reste cadre du parti. ILL observe les chantiers en cours de la politique culturelle et y « apporte son soutien quand ça va dans le bon sens ».

Assagis, peut-être ; matures, sûrement ; mais pas moutons pour autant. ●

L'équipe de noc.turn participe au montage de l'exposition de Xavier Mary à la Konschthal

Le travail d'atelier de la Biergerbühn pour la création de *Der Besuch der alten Dame*

FRANCE

Les grandes lenteurs du grand dessein

Emmanuel Defouloy, Paris

Ghislain Marnette / Présidence de la République

Emmanuel Macron lors de la conférence de presse de la Présidence française du Conseil de l'Union européenne en décembre 2021

L'Europe va-t-elle être au cœur de la campagne présidentielle pour l'élection des 10 et 24 avril prochain ? Rien n'est moins sûr, tant de sujets étant jusqu'à présent inaudibles, dans un contexte d'indifférence ou de défiance de nombre de Français à l'égard de l'offre politique. Mais Emmanuel Macron entend bien être le héraut du camp des « pro-européens », en utilisant pour cela la présidence tournante du Conseil de l'Union européenne (UE). À ses convictions europhiles s'ajoutent des objectifs de politique intérieure. Affaiblir la candidate de droite Valérie Pécresse, perçue comme sa plus dangereuse concurrente en cas de qualification au second tour, et dont le parti Les Républicains (LR) est historiquement divisé sur la question européenne. Et cliver, comme M. Macron aime le faire, en faisant de l'extrême droite son principal adversaire. Quitte à prendre le risque de la faire grimper.

Dans la réalité du fonctionnement des institutions européennes, cette « présidence » tournante n'en est pourtant pas une pour le chef de l'État. Depuis le traité de Lisbonne entré en vigueur en 2009, elle n'a plus aucune prérogative pour représenter l'UE. M. Macron ne préside pas le Conseil européen. C'est actuellement Charles Michel, et le dirigeant de la diplomatie européenne est Josep Borrell qui ont cette charge. Ce semestre, la France fixe l'agenda et organise sur son territoire les réunions des ministres européens, guère plus. Mais qu'importe. Plusieurs médias n'en ont pas moins écrit qu'Emmanuel Macron devenait pour six mois le « président de l'UE ». L'intéressé a peu fait pour démentir.

Il est vrai qu'en l'absence d'un « marqueur » fort du quinquennat, comme l'ont été sous d'autres présidents l'abolition de la peine de mort ou le mariage homosexuel, les macronistes aimeraient laisser leur empreinte sur l'Europe. Ambitieux, l'hôte de l'Élysée a dressé une longue liste de sujets qu'il voudrait voir progresser au cours du semestre : le plan de relance et les « ressources propres » de l'UE, dont le mécanisme d'ajustement carbone aux frontières (MACF) et l'impôt sur les multinationales ; la réforme de l'espace Schengen et le « pacte migratoire » ; les évolutions du pacte de stabilité et des conditions d'attribution des aides d'État ; la directive sur les salaires minimums ; ou encore la taxonomie verte.

À vouloir ainsi faire de l'UE un marchepied électoral, il n'est guère étonnant qu'Emmanuel Macron ait suscité un débat franco-français au sein même du Parlement européen, le 19 janvier, après son discours donnant le coup d'envoi de la présidence française. Les eurodéputés français ont utilisé la tribune strasbourgeoise pour critiquer le chef de l'État, à l'instar de l'écologiste Yannick Jadot, candidat à l'élection présidentielle, qui a dénoncé son « inaction », en matière climatique mais pas seulement. En résumé, l'Europe de Macron, ce serait beaucoup de discours, pour peu de résultats.

Cette critique vient de loin. Quand il a été élu, le jeune président pressé a trouvé une UE critiquée et enlisée (austérité d'après-crise de 2008, profondes divisions sur les migrants), et il a souhaité marquer les esprits, avec un grand dessein et de grands discours, sur la colline du Pnyx à Athènes ou à la Sorbonne à Paris. Certaines avancées ont pu avoir lieu. L'adoption du plan de relance avec endettement commun. La politique commune des vaccins. Et l'UE a su éviter de se diviser sur le Brexit, comme elle avait réussi à le faire sur les sanctions après l'annexion de la Crimée. Ce n'est pas rien. Mais à l'instar de ce qui est perçu par certains comme une avancée décisive, les récentes souplesses obtenues sur les aides d'État ou le pacte de stabilité, ce n'est pas tant de l'UE qu'est venu le changement que d'un événement extérieur : la pandémie de Covid. Et les ambitions affichées dès 2017 par Emmanuel Macron n'ont cessé d'être contrecarrées. Le budget de la zone euro ? Dans les limbes. Un procureur commercial européen ? Tout autant. Le budget de l'UE 2021-2027 ? Même l'Allemagne, en plus des pays dits « frugaux », a eu son rabais. L'interdiction du glyphosate dans l'UE ? Là aussi Berlin s'est opposé à Paris.

De grands discours, mais peu de résultats

Le symbole majeur de ce manque de résultats est sans doute la défense européenne, la grande priorité de M. Macron en Europe, au nom d'une « autonomie stratégique » aussi bien militaire et géopolitique qu'industrielle et technologique. Autant la vision paraît admissible, autant les obstacles s'accumulent en chemin. L'ambition est légitime, car la crise du Covid a révélé le manque d'autonomie de l'UE en matière d'approvisionnement de certains produits, du quotidien comme stratégiques. Et surtout parce que l'Union paraît un bon échelon pour défendre la démocratie et l'État de droit, « notre trésor » selon les mots de M. Macron au Parlement européen, face à la montée des tensions internationales et aux régimes autoritaires décomplexés qui reprennent de la vigueur dans le sillage de la régression démocratique inédite qu'a fait subir la Chine communiste à Hong Kong.

Mais au regard de l'ambition, les réalisations sont faibles, les ambitions françaises contrariées. La crise russo-ukrainienne, dans laquelle Emmanuel Macron s'est pourtant investi, révèle plus que jamais que la Pologne, les États baltes, et à un degré moindre la Roumanie, sont davantage rassurés par le « bouclier » américain que par une hypothétique défense européenne. Leur atlantisme n'en est que conforté. De même, au Mali, la mission « Takuba », qui devait réunir des forces d'une dizaine de pays européens en appui des soldats maliens, est mise à mal. La junte a fait partir les soldats danois et pousse désormais vers la sortie la France elle-même. Peut-être la mission européenne va-t-elle se redéployer dans d'autres pays du Sahel, mais force est de constater que la situation actuelle constitue un revers. Sachant que les mercenaires russes de Wagner jouent un rôle croissant au Mali, il est même légitime de se demander si Moscou ne cherche pas, précisément, à entraver les velléités d'une Europe « géopolitique ». Qui n'a pourtant pas besoin de cela, alors qu'elle tente de relancer le projet d'une force de réaction rapide autonome qui était déjà au menu du Conseil européen d'Helsinki en… 1999.

Dans ce contexte, l'opposition au chef de l'État en France a beau jeu d'enfoncer le clou. « L'ambition risque de sonner creux étant donné l'écart entre les discours et la réalité de l'action européenne », a déclaré au Monde l'eurodéputé LR Arnaud Danjean à propos de l'Ukraine et de la défense européenne. Une critique qui peut s'étendre à d'autres domaines, tant le risque est grand que les avancées sous présidence française restent limitées. Concernant Schengen et la politique migratoire, comme l'a révélé la réunion des ministres européens de l'Intérieur le 3 février à Lille, ce ne sont plus seulement une poignée de pays d'Europe centrale, mais quinze États sur 28, qui s'opposent à un partage équitable des migrants. Autre dossier sur lequel bute le volontarisme macronien : les ressources propres de l'UE pour rembourser la dette du plan de relance. Malgré les vœux répétés du gouvernement français d'en faire un symbole fort et de l'élargir autant que possible, la taxe carbone aux frontières (MACF) ne rapporterait que 800 millions d'euros par an selon le projet de la Commission européenne (à partir de 2026), quand la création d'un nouveau marché carbone européen pour le chauffage et les carburants, défendu par l'Allemagne, en rapporterait plusieurs milliards. Or on sait depuis les « gilets jaunes » que peu de prélèvements suscitent autant de résistance que la fiscalité environnementale.

Si l'on ajoute à cela l'incapacité intrinsèque du marché européen de l'énergie à protéger les Européens des hausses des prix mondiaux (Yannick Jadot propose de renationaliser EDF), la liste des échecs et enlisements de l'UE peut sembler si longue à certains que désormais « les conditions sont mûres pour un grand changement en Europe ». C'est en tout cas la position de Jean-Luc Mélenchon, le mieux placé des candidats de gauche à l'élection présidentielle. Il ne prône plus la « sortie des traités » comme il y a cinq ans, mais un rapport de force passant par des clauses d'« opt-out » vis-à-vis des règles européennes qui empêcheraient l'application du programme de La France insoumise (LFI). « Mon sujet, c'est d'abord de rétablir notre souveraineté, à partir de deux clauses essentielles : la non-régression sociale, écologique et démocratique, et l'alignement sur les normes les mieux-disantes », a-t-il expliqué au *Monde*.

Macron, le Clinton français ?

Cet enlisement de l'UE, et le manque de résultats d'Emmanuel Macron, à qui la faute ? D'un côté, au style du président lui-même. Sa tendance à foncer et à cliver, avant même d'avoir bâti un consensus ou des coalitions solides. Depuis 2017, il a souvent manqué d'alliés européens pour concrétiser ses ambitions. De l'autre, au fonctionnement de l'UE à 28, si différent de l'Union à douze ou même quinze États membres. Sur de nombreux sujets, les divisions peinent à être surmontées avec les jeunes démocraties d'Europe de l'Est, et dans cette Union si vaste aux coalitions désormais changeantes au cas par cas, le couple franco-allemand est bien moins moteur que par le passé (du fait aussi de l'accroissement de ses propres divergences). Mais entre les deux, et si cela tenait surtout à la France elle-même ? Et à son talon d'Achille : l'industrie. Affaiblie par sa désindustrialisation dans le marché unique et la mondialisation, a-t-elle encore les moyens de ses ambitions, en tout cas celles affichées par son président actuel ?

À vouloir ainsi faire de l'UE un marchepied électoral, il n'est guère étonnant qu'Emmanuel Macron ait suscité un débat franco-français au sein même du Parlement européen

Bien que l'impératif de réindustrialiser soit désormais partagé par tous, ce qui n'était pas le cas avant le Covid, la désindustrialisation a continué ces dernières années. En 2021, malgré sept pour cent de croissance du PIB et des centaines de milliers d'emplois créés dans l'Hexagone, l'industrie en a encore perdu 38 000. Le ministre de l'Économie Bruno Le Maire vient de déclarer que l'Europe est « peut-être allée trop loin dans les délocalisations industrielles », reste que son gouvernement continue à s'en tenir à la doxa néolibérale en laissant les fonderies et autres sous-traitants automobiles être délocalisées en Europe centrale, en Espagne ou en Turquie. Et le patron du constructeur Stellantis (ex-Peugeot-Citroën), Carlos Tavares, parle de risque de « casse sociale » dans un avenir proche. C'est dire.

Le juge de paix de ce décrochage industriel est le déficit commercial. Durant le quinquennat, au cours duquel M. Macron n'a cessé de vanter l'attractivité retrouvée du pays, il a augmenté de 48,1 milliards d'euros fin 2016 à 87,4 milliards fin 2021, record historique. Le haut-commissaire au Plan, François Bayrou, a récemment tiré la sonnette d'alarme. Exportant des matières premières et important désormais des produits transformés « dans de nombreux secteurs », la France a « une structure commerciale digne d'un pays en développement », a déploré ce centriste, pourtant allié de M. Macron. Sans compter que la balance des paiements courants est elle aussi très déficitaire. « Dans le partage de plus en plus marqué entre pays détenteurs et pays détenus, la France s'installe dans le camp peu enviable des pays détenus », regrette l'économiste Jean-Marc Daniel.

Alors que l'Allemagne repousse toute tentative française d'avoir une politique commerciale européenne moins libre-échangiste, la France espère avancer pendant sa présidence sur l'autorisation de subventionner des secteurs stratégiques (Piiec) en dérogeant aux règles des aides d'État (hydrogène, santé, cloud, semi-conducteurs). Mais la désindustrialisation n'est-elle pas déjà devenue hors de contrôle ? Comme dans les années 1990 aux États-Unis où Bill Clinton créait certes des emplois dans le commerce, les services et la finance, mais en laissant filer le déficit commercial ? Quand on voit la trajectoire démocratique et géopolitique récente du pays, cela interroge sur le rôle de la France à l'avenir dans l'UE. ●

Star Wars, Episode XXII

À deux kilomètres du futur quartier Faïencerie (lire ci-dessous), le projet de la Place de l'Étoile provoque la colère des riverains. « Nous ne sommes ni Manhattan, ni Mille et Une nuits à Abou Dhabi », lit-on dans l'opposition au PAP qu'ont signée 99 habitants, et qui a été remise le 9 février au collège échevinal. Ces Belairer voient leur « modeste quartier » menacé. Le ton est apocalyptique, l'image infernale : Les constructions « coincent et étouffent tous les résidents définitivement et irrémédiablement dans l'ombre ». Ce n'est pas seulement la hauteur des bâtiments (jusqu'à quinze étages par endroit) qui dérange, mais encore et toujours le trafic. Le but « non avoué mais réel » du projet serait de dévier les voitures vers le Val Sainte-Croix et l'Allée Leopold Goebel : « C'est donc la condamnation définitive de quartiers entiers et paisibles […] voués à devenir la nouvelle route d'Arlon ». La perspective d'un « tunnel en surface » débouchant « au pas de porte » des résidents du Boulevard Grande-Duchesse Charlotte et de la rue Jean-Pierre Brasseur n'est pas faite pour rassurer. Or, pour qui a connu la Place de l'Étoile d'antan, avec ses trois stations d'essence, ses hangars et ses immeubles condamnés desquels se dégageaient une odeur fétide, on voit mal comment l'endroit pourrait être pire que ce qu'il a été par le passé. Par moments, le ton alarmiste fait place aux sous-entendus, comme lorsque les riverains évoquent des « accords ou arrangements publics-privés » qui auraient pris en compte « tous les intérêts » du ministère de la Mobilité et des promoteurs. Ces derniers auraient d'ailleurs le privilège de s'être vus accorder « en exclusivité » les plus hauts taux de densité dans toute la Ville pour leurs deux projets Royal Hamilius et Place de l'Étoile. Quant à la zone piétonne prévue, il s'agirait d'un « concept urbanistique bien étrange » : « Un morceau de pseudo Grand-Rue 'bis' de cinquante mètres, coincé en plein milieu de l'intense trafic actuel ». Or, les riverains ne semblent pas s'inquiéter du caractère asocial d'un projet qui mise quasi exclusivement sur des appartements de luxe (probablement destinés à la location). Pas un mot non plus sur le fait que seulement dix pour cent des surfaces seront réservées aux logements abordables. (Il y a trente ans, on pensait un moment construire des logements sociaux sur la Place de l'Étoile – dont une large partie appartenait alors à l'État et à la commune.) Les réclamations rappellent que les grandes visions métropolitaines ont du mal à passer auprès des habitants établis. Peut-être encore moins lorsqu'elles génèrent des plus-values pour des investisseurs internationaux. (photo: La *Stäereplaz* en 2015, Patrick Galbats) **bt**

Oh, c'est haut !

Le Mouvement écologique vient d'envoyer à la Ville de Luxembourg son opposition au nouveau PAP « Faïencerie », et on ressent comme un léger déphasage. Alors que l'explosion des prix évince les classes populaires et moyennes de la capitale, le Mouvement se prononce « catégoriquement » contre une densification du projet sur les friches de Villeroy & Boch (« derart hohe Verdichtung ») : « Es gilt ein Gleichgewicht zu halten zwischen Wohnungsdichte, Freiräumen und Grünflächen », écrit l'asbl, et épingle une distance entre les immeubles qu'elle juge trop réduite. Cette critique de la densité en milieu urbain fait largement abstraction de la crise du logement. Et surprend d'autant plus que les futurs habitants n'auront qu'une route à traverser pour respirer l'air du Bambësch. Le rehaussement de la densité, qui avait trouvé l'accord du conseil communal, permettra de passer de 542 à 809 logements.

L'objection soumise à titre personnel par Jean-Paul Ruppert (par ailleurs un ancien permanent du Mouvement écologique) est plus nuancée. L'ancien échevin vert de Sandweiler, aujourd'hui résident du Limpertsberg, ne remet pas en cause le « bien-fondé » de l'augmentation du nombre de logements, mais demande pourquoi cet énorme cadeau fait aux promoteurs privés (un consortium belgo-luxembourgeois) n'a pas été utilisé comme *political leverage* : « Par une simple décision politique, les maîtres d'ouvrage bénéficient ainsi d'une plus-value certaine par rapport au projet initial. Quelle est leur contrepartie ? » La Ville, estime Ruppert, aurait au moins dû imposer le futur quota des quinze pour cent de logements abordables pour les 250 logements supplémentaires autorisés par le PAP. Elle aurait également pu s'assurer une servitude de passage pour l'espace privé entourant le château de Septfontaines et ses dépendances.

Là où les deux objections se rejoignent, c'est dans leur critique du peu d'infrastructures prévues pour la mobilité douce. Emprunter l'étroite et encombrée rue du Rollingergrund à vélo s'apparente à une opération suicide. L'idée d'un ascenseur reliant le Limpertsberg à l'ancien site Villeroy & Boch (photo : sb) trouve son origine dans une proposition du Lampertsbierger Syndicat, à laquelle le collège échevinal s'était a priori montré favorable. Mais le PAP n'avance rien de concret, au contraire : « La présence de la falaise rend impossible la réalisation de tels cheminements doux perpendiculairement à la pente de la falaise », lit-on dans le rapport justificatif. Le 17 janvier, la maire libérale Lydie Polfer expliquait au conseil communal qu'un tel ascenseur serait « doudsécher eng gutt Saach », mais nécessiterait encore « des discussions et des études ». Or, pour ne pas retarder l'ensemble du PAP d'une ou de deux années, elle aurait préféré présenter le projet sans l'option de l'ascenseur, quitte à éventuellement creuser l'idée à l'avenir.

La vision initiale du Lampertsbierger Syndicat avait été autrement plus hardie : la construction d'une « passerelle-ascenseur » piétonne et cyclable reliant non seulement le Limpertsberg au Rollingergrund, mais également au Bambësch (à la hauteur du tennis Spora). Le syndicat local avait commandé une étude de faisabilité technique, selon laquelle un tel pont (de 350 mètres de long) coûterait « 6,125 millions d'euros, ascenseur compris ». Une estimation qui semble bien basse, l'ascenseur du Pfaffenthal ayant coûté 10,5 millions d'euros. **bt**

Homo homini lupus

Dans un avis commun publié ce mercredi, la Chambre de commerce et la Chambre des métiers s'insurgent contre le nouveau projet de loi sur le harcèlement moral, dont ils demandent carrément « le retrait de la procédure législative ». Leur critique tient d'abord à la forme : Les partenaires sociaux n'auraient été ni consultés ni même informés du projet de loi. (Un reproche que formule également la Chambre des salariés dans son avis.) Ce court-circuitage des instances tripartites leur paraît d'autant plus inexplicable que, sur des dossiers comme le télétravail et le droit à la déconnexion, les partenaires sociaux ont récemment réussi à conclure des accords interprofessionnels. Ce furent également les organisations patronales et syndicales qui, dès 2009, avaient comblé le vide juridique existant en matière de mobbing en signant une « Convention contre le harcèlement et la violence au travail ». Or, comme l'avait noté le juriste et juge Jean-Luc Putz dès 2010 : « Das Abkommen von 2009 geht jedoch unter vielen Gesichtspunkten nicht über eine Absichtserklärung hinaus und enthält nur begrenzt präzise und verpflichtende Regeln für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. »

Cela fait vingt ans que la politique tente de se rattraper et de légiférer en la matière, mais les propositions de loi (écrite par le député socialiste Lucien Lux, reprise par sa camarade de parti Taina Bofferding) et le projet de loi (déposé par le ministre CSV François Biltgen) se sont enlisés dans les sables mouvants des institutions. Le ministre du Travail socialiste Dan Kersch (photo : Jess Theis) avait relancé la machine et déposé, en juillet dernier, un nouveau projet de loi sur le harcèlement moral. Celui-ci s'applique non seulement aux employeurs et aux salariés mais également aux clients, et s'inspire largement de la législation luxembourgeoise sur le harcèlement sexuel. Un salariés victime de harcèlement moral pourra ainsi démissionner tout en recevant des allocations de chômage, quitte à devoir tout rembourser s'il perd son procès. (La Chambre des salariés estime que « peu de salariés seront prêts à prendre ce risque ».) Quant au salarié licencié qui réussit à prouver qu'il a été victime d'harcèlement moral, il pourra demander sa réintégration dans l'entreprise, et ceci endéans quatorze jours. (Les Chambres patronales y voient la porte ouverte « aux salariés malintentionnés [qui pourront] contester tout licenciement pour faute grave en prétendant que la cause sous-jacente serait un harcèlement moral ».)

Le projet de loi détaille également la procédure devant l'Inspection du travail et des mines (ITM) ; et fixe un délai de 45 jours à celle-ci pour remettre un rapport contenant des recommandations à l'employeur. Vu le degré de débordement de l'ITM, ce délai paraît bien optimiste. Dan Kersch s'était exprimé sur ce point fin septembre devant la commission parlementaire du Travail. (Commission dont il a repris la présidence de Georges Engel en janvier, après que celui-ci lui ait succédé au ministère du Rousegäertchen, un roque socialiste qui semble très peu dans l'esprit de Montesquieu.) Kersch estimait alors que pour assumer sa nouvelle mission l'ITM devra embaucher « dix à douze personnes supplémentaires » puis proposait de recruter les collaborateurs de Mobbing Asbl, une structure qui se serait distingué par son « travail de qualité » et qu'il serait « temps d'intégrer dans les structures de l'État ». En cas de non-respect de ses injonctions, l'ITM peut décréter une amende administrative pouvant aller jusqu'à 25 000 euros contre l'entreprise, un montant que la CSL juge « trop faible pour être dissuasif, en particulier pour les grands employeurs ».

Sur un point crucial, le ministre Kersch n'a pas voulu suivre les syndicats, celui du renversement de la charge de la preuve. Si ce principe existe dans le cas du harcèlement sexuel, il devrait rester « une exception », disait-il, en septembre dernier. Sur cette question il y aurait « des arguments en faveur et en défaveur », et il serait « particulièrement curieux de voir les positionnements y relatifs qui seront exprimés dans les différents avis ». Les chambres patronales semblent satisfaites du statu quo puisqu'elles ne s'attardent pas sur ce point, tandis que la CSL « regrette » que le renversement de la charge de la preuve ne soit pas retenu, rappelant que la proposition de loi de 2002 (remontant à Lucien Lux) l'avait inclus, et ceci sans que le Conseil d'État ne s'en soit offusqué à l'époque. **bt**

Ticker

« Les grands gagnants de la crise du logement, ce sont les promoteurs privés »

Interview : Bernard Thomas

Entretien avec le directeur de la SNHBM, Guy Entringer, sur les réserves foncières publiques et les plus-values privées

Guy Entringer
Sven Becker

d'Land : *Les terrains sont la matière première qui permet à la Société nationale des habitations à bon marché (SNHBM) de tourner. Quelle est votre stratégie foncière à moyen terme ?*

Guy Entringer : À l'heure actuelle, la SNHBM dispose de terrains pour environ 3 030 logements. Or, nous en construisons 300 par an. Il nous reste donc du foncier pour environ dix ans encore. Si nous passions à 400 unités par an, le stock s'épuiserait déjà d'ici sept ans. Et lorsqu'on sait à quel point les projets peuvent être longs et complexes, sept ans, c'est demain... Bon, il s'agit là évidemment de calculs théoriques. Mais le point central, c'est qu'avant d'augmenter nos capacités, il faudra refaire le plein. Sinon on se retrouvera bientôt à sec. Nous l'avons signalisé à l'État ces derniers mois : La SNHBM est prête à construire plus, mais elle aura besoin d'une prévisibilité sur le foncier.

En 2020, le fonds spécial a acquis treize hectares de foncier pour un montant total de 21 millions d'euros. On n'a pas l'impression que ce nouvel acteur puisse pour l'instant rivaliser avec les grands promoteurs privés.

Le fonds vient de se constituer et de faire ses premières acquisitions. Mais il devra encore travailler sa stratégie, identifier des sites précis et y acquérir des parcelles de manière ciblée. La SNHBM construira là où on nous dira de construire. Ce n'est pas à nous de définir les bons emplacements, mais je lance un appel aux autorités publiques de nous dire où ceux-ci se trouvent. Ce n'est pas simplement une question de trouver les terrains parfaits, encore faudra-t-il que les prix entrent dans le cadre financier que s'est fixé le gouvernement.

Cela nous amène à la question cruciale : L'État doit-il acheter des terrains au sein du périmètre constructible, ou en-dehors ?

En principe, il serait évidemment préférable de construire au sein du périmètre. Mais c'est aussi une question de budget, de sous. À mon avis, l'État devrait déterminer où il fait sens de construire en dehors du périmètre, puis approcher les propriétaires privés en leur disant : 'Vos prés valent aujourd'hui 750 euros l'are. On est prêt à vous offrir 10 000 euros, et on reclassera les parcelles pour y développer un projet.'

Les communes ne devraient donc ouvrir leur périmètre constructible que si elle se sont assurées au préalable que ces terrains sont sous propriété publique ?

C'est ma principale critique envers certaines communes qui font d'abord rentrer des terrains privés dans leur périmètre et qui veulent ensuite y faire construire des logements abordables. Je leur dis : 'Désolé, le chèque vous venez de le remettre !' Les communes distribuent ainsi d'énormes cadeaux aux particuliers. *Dat dierft eigentlech net méi sinn…* Mais cela s'est encore récemment reproduit avec certains nouveaux PAG.

Que vous répondent les communes à ces critiques ?

Après coup, elles disent toujours : 'Maintenant il est trop tard'. Cela ne concerne pas seulement les extensions du PAG, mais également les reclassements de « Hab 1 » en « Hab 2 » ou les hausses des coefficients de densité. Des sommes énormes, vraiment énormes, sont ainsi données en cadeau. On parle de millions d'euros... Je me souviens d'une commune qui avait accordé une densité totalement folle à un projet immobilier que lui avait soumis une firme locale. Les responsables communaux m'ont expliqué par après : 'Oui, mais l'entreprise est implantée depuis très longtemps chez nous. On verra ce que l'Intérieur en dira…' Ils passaient donc la patate chaude au ministère pour ne pas avoir à prendre position.

Il y a seize ans, lorsque vous débutiez à la SNHBM, vous achetiez de nombreux terrains à Contern, Schuttrange, Belvaux et Elmen. Comment un directeur de la SNHBM était-il reçu par les familles propriétaires ?

Il y a un argument qui les a souvent convaincus : 'Si vous vendez à la SNHBM, non seulement vous serez payé cash sur table, sans options, ni conditions, mais en plus vous serez certains qu'aucun promoteur privé ne réalisera des plus-values extrêmes sur vos terrains par la suite.' Souvent les familles se sentent frustrées d'avoir vendu leurs terrains à 10 000 euros l'are à un promoteur qui, quelques années plus tard, réalise des bénéfices insensés sur ces mêmes parcelles.

Pour ne pas devoir rivaliser avec les promoteurs privés vous achetiez en-dehors du périmètre ?

Nous avons toujours cherché des terrains pas trop chers. Dès lors, il n'y avait pas d'autre solution que de passer par le hors-périmètre. Cette voie n'est pas parfaite, mais elle fonctionne. C'est d'ailleurs ainsi que le projet d'Elmen est né. Une opportunité s'est présentée et nous l'avons saisie : Un propriétaire, issu d'une famille de paysans, nous a proposé seize hectares et demi de terrains. La commune a ensuite reclassé ces parcelles en terrains constructibles. Je suis tout à fait conscient qu'Elmen n'est pas un site parfait, car un peu éloigné de la gare ferroviaire. Mais au moins le projet est-il en train d'être construit : 800 ménages vont y trouver un nouveau chez-soi.

Quand on sait que la Ville de Luxembourg dispose de 87,5 hectares de terrains constructibles, on se dit que le foncier n'est peut-être pas le grand problème… La Ville pourrait simplement vous dire : « Voici vingt hectares, débrouillez-vous ! »

Nous leur avons proposé notre aide pour le développement de terrains. Mais c'est évidemment le propriétaire qui est à la source de telles offres. Nous avons par ailleurs une bonne collaboration avec la Ville de Luxembourg : Elle nous a proposé des projets dont certains sont en réalisation, d'autres en planification. Mais vous citez le chiffre de 87,5 hectares : Combien de ces terrains sont concrètement mobilisables dans les cinq prochaines années ? Prenez Elmen : On y est propriétaire unique de 27 hectares. Entre les premiers plans et le début des constructions des immeubles, cinq ans et demi se sont écoulés… Et encore, c'était relativement rapide. Quand un projet atteint une taille critique, il faut prévoir une certaine durée de démarrage.

> *« Nous l'avons signalisé à l'État : La SNHBM est prête à construire plus, mais elle aura besoin d'une prévisibilité sur le foncier »*

Justement, la Ville de Luxembourg veut lancer deux mégaprojets qui devraient l'occuper sur les prochaines décennies : Le « Wunnquartier Stade » et la « Porte de Hollerich ». À l'état actuel, la SNHBM aurait-elle les capacités de développer de tels sites ?

Encore faudrait-il que la Ville nous le demande. Ce n'est en tout cas pas la motivation qui nous manque. Mais je ne vous cache pas qu'au stade actuel, nous ne sommes pas prêts pour assumer un projet comme la Porte de Hollerich. C'est d'une toute autre envergure que ce que nous avons fait jusqu'ici. Mais on a prouvé qu'on sait s'adapter. Avant de faire Elmen, on n'avait pas non plus les moyens de faire Elmen.

Même avec plus de terrains et plus de ressources internes, ne butez-vous pas sur les limites de la croissance luxembourgeoise ? Où trouver par exemple les ouvriers pour construire les logements ?

Je vois venir un sérieux problème dans le secteur de la construction. Mais je ne veux pas avancer cet argument comme excuse préventive. Si on échoue à cause d'un manque de main d'œuvre, alors ainsi soit-il. Mais nous devons au moins essayer.

À part l'emphytéose, comment se distinguent vos calculs économiques de ceux des promoteurs privés ?

Par les marges, tout simplement ! Notre prix de vente, ce sont les coûts de revient plus une petite marge de manœuvre. Il y a donc un lien, direct, entre coûts et prix. Le promoteur privé, lui, vend au prix de marché : moins il a dépensé pour le terrain et la construction, plus il fera de bénéfices. C'est une logique diamétralement opposée à la nôtre. Les grands gagnants de la crise du logement, ce sont les promoteurs privés, surtout ceux qui ont acquis les terrains il y a longtemps déjà. Ils profitent énormément de l'explosion des prix actuelle. Je pourrais vous citer l'exemple d'un promoteur qui, il y a quinze à vingt ans, a acheté des terrains en périphérie de la Ville pour 15 000 euros l'are. En intégrant les coûts d'infrastructures, il aura donc déboursé 35 000 euros pour un terrain qui en vaut aujourd'hui 200 000. Il peut y faire construire une maison unifamiliale à 700 000 euros, puis vendre le tout, terrain et maison, à deux millions d'euros. Il s'aligne tout simplement sur le prix du marché actuel.

Grâce au nouvel article 29bis, le ministère de l'Intérieur s'attend à ce que quelque 600 logements abordables soient annuellement cédés aux communes. Leur parc immobilier pourrait donc sérieusement s'étoffer au cours des prochaines années. Les communes sont-elles prêtes à en assurer la gestion ?

Ce sera d'abord aux communes de décider si elles veulent acheter aux promoteurs privés les quinze à vingt pour cent de logements abordables. (Au prix du seul construit, le foncier étant neutralisé, *ndlr.*) Au cas où elles se désistent, ce sera au Fonds du Logement et à nous d'en assurer la vente sous emphytéose ou la gestion locative. On est actuellement en train de se concerter avec le Fonds pour déterminer qui pourra s'occuper de quels projets. Il sera primordial de définir, dès le début, une répartition entre les communes, le Fonds et la SNHBM.

En 2012, le ministre du Logement, Marco Schank (CSV), avait déposé un projet de loi visant à créer une « Société nationale de développement urbain ». À l'époque, l'initiative fut interprétée comme une OPA lancée par le fonctionnaire systémique Daniel Miltgen contre la SNHBM. Dix ans plus tard, une telle structure ne ferait-elle pas sens ? Face au changement d'échelle qui s'impose ne faudrait-il pas un acteur public fort ?

Je pense qu'il y a une complémentarité. La SNHBM est surtout orientée vers la construction de nouveaux lotissements avec au moins 25 logements. Le Fonds est bien organisé pour tout ce qui touche à la location et au suivi social, des domaines où la SNHBM n'en est qu'à ses débuts. Si le Fonds n'atteint pas les mêmes quantités que nous, c'est aussi qu'il est confronté à des projets plus difficiles. D'un côté, ils sont empêtrés dans les friches de Dudelange et de Wiltz ; de l'autre, ils ont à assurer une panoplie de petits projets de rénovation. Je parle de maisons curiales, d'anciennes fermes et d'autres bâtisses historiques dont le Fonds extirpe péniblement trois ou quatre appartements. Un tel projet peut coûter autant de temps que la construction de douze nouvelles maisons. Mais il faut bien que quelqu'un le fasse…

Certains de vos clients se sentent piégés par le droit de préemption qu'exerce la SNHBM sur une durée de 99 ans. S'ils vendent leur logement, pour cause de divorce par exemple, ils peuvent réclamer moins d'un pour cent de plus-value par an. La perspective de faire le saut sur le marché privé paraît donc illusoire. L'explosion des prix a transformé l'écart en gouffre.

Si vous pouvez acheter sur le marché privé, je vous conseille de le faire. Notre modèle n'est pas parfait, mais c'est toujours mieux que de rester locataire et de jeter chaque mois de l'argent par les fenêtres, tout en risquant de vous faire augmenter le loyer, voire mettre à la porte. On propose une solution intermédiaire : Vous achetez un logement plus abordable, vous remboursez un prêt sur vingt ou trente ans, et vous serez tranquille pour le reste. Alors je concède qu'on ne profite pas de la hausse des prix comme sur le marché privé, mais au moins, on ne perd rien au moment de la revente. Bref, c'est mieux que la location, mais moins intéressant que le marché privé. L'alternative aurait été que la main publique continue à distribuer des chèques de plusieurs centaines de milliers d'euros aux acquéreurs. C'est ce que la SNHBM avait fait au Cents en fixant la durée du droit de préemption à douze ans. Au bout de cette période, de nombreux propriétaires ont vendu leur bien : Ils sont passés de 250 000 euros au million. ●

L'assurance européenne dans tous ses états

Georges Canto

Les assurances accidents-santé sont désormais presqu'aussi importantes en valeur que l'assurance automobile

Comme l'ensemble des services financiers en Europe, le secteur de l'assurance a fait preuve d'une bonne résilience depuis le début de la crise sanitaire. Mais il a connu, en peu de temps, des évolutions qui semblent appelées à durer et à modifier profondément les conditions d'exercice de l'activité.

C'est ce que montre un document publié en janvier 2022 par l'Autorité européenne des assurances et des pensions, plus connue sous son acronyme anglais Eiopa. Intitulé « 2021 Consumer Trends Report » et riche de 58 pages, il fait le point sur les principales tendances en cours.

Entre juin 2019 (dernière année normale avant la crise) et juin 2021, le montant des cotisations a augmenté de 7,3 pour cent, mais la progression a été plus forte en assurance non-vie (+8,6 pour cent) qu'en assurance-vie (+6,3 pour cent). De ce fait la répartition générale des cotisations s'est trouvée modifiée. L'activité vie reste majoritaire mais de très peu (52,9 pour cent du total) et pourrait bientôt être rattrapée en termes de collecte.

De cas de discrimination et d'exclusion indirectes sont observés, « creusant les lacunes de protection »

Si l'assurance-vie a marqué le pas c'est en raison de la forte diminution des encaissements sur les contrats à taux garanti (curieusement appelés « contrats en euros » en France), dont les primes ont chuté de 14,6 pour cent. En revanche la collecte des contrats en unités de compte a bondi de près de moitié (+46,2 pour cent précisément) preuve de l'intérêt qu'y portent les consommateurs malgré les préventions des autorités de tutelle vis-à-vis de ces produits (lire encadré).

Du côté de l'assurance non-vie les trois grands pôles (incendie-risques divers, accidents-santé et véhicules) ont vu leur poids cumulé encore augmenter, passant de 75,3 pour cent des cotisations en 2019 à 78,6 pour cent en 2021. Mais leur importance relative a beaucoup changé. Avec un accroissement des primes de 29 pour cent en deux ans, les assurances accidents-santé sont désormais presqu'aussi importantes en valeur que l'assurance automobile et assimilée dont les cotisations sont restées quasiment stables (hausse de 2,2 pour cent) : les restrictions à la circulation et aux voyages pendant la crise ont visiblement pesé, mais aussi une tendance plus générale à une moindre utilisation de la voiture.

Inversement la crise sanitaire a fait prendre conscience de l'utilité d'une meilleure couverture santé. Les primes d'assurance incendie-risques divers ont progressé de 13,5 pour cent. À titre anecdotique, on a observé une forte hausse de l'assurance-voyages, suite aux déboires des personnes n'ayant pu obtenir le remboursement des prestations touristiques annulées au moment du confinement de 2020.

La numérisation du secteur de l'assurance lui a permis de maintenir un niveau acceptable d'activité pendant la crise sanitaire. Déjà très présent dans le processus de vente et de distribution, en particulier pour les produits les plus banals, le digital irrigue désormais toute la chaîne de valeur, de la conception des produits à l'après-vente en passant par la gestion des sinistres et la détection des fraudes.

Avec le Covid, les organismes d'assurance ont observé une augmentation de l'usage des fonctionnalités digitales (e-signature notamment) de la part de l'ensemble de leurs clients, quel que soit leur âge, ainsi qu'une utilisation accrue des canaux digitaux pour souscrire et gérer les contrats ou déclarer des sinistres via les « espaces client » des sites Internet des assureurs. Les processus administratifs sont de plus en plus dématérialisés et les clients peuvent aussi trouver en ligne des ressources documentaires ou des *chatbots* pour répondre à leurs questions.

En termes de cotisations, la proportion des ventes numériques est généralement plus élevée dans l'activité non-vie (surtout pour l'assurance automobile et habitation) mais dans onze États membres, les ventes de contrats d'assurance-vie se sont principalement conclues de cette manière.

Un sondage OpinionWay publié en France fin octobre 2021 montre néanmoins les limites du phénomène. La moitié des personnes interrogées déclarent ne pas pouvoir se passer d'un conseiller, « un chiffre révélateur du besoin persistant d'une relation humaine, personnelle et privilégiée ». C'est un résultat surprenant dans un secteur où, contrairement à d'autres activités (la banque par exemple), les professionnels ont en temps normal peu de contact avec leurs clients. Il faut sans doute y voir l'effet de la crise sanitaire, qui a entraîné une forte sollicitation des assurances et la prise de conscience (observable particulièrement chez les moins de 35 ans) de la nécessité d'être mieux assuré.

Cet attachement, qui croit avec l'âge, s'alimente aussi des craintes liées à la vie privée et aux données personnelles, risques contre lesquels seulement 37 pour cent pensent être bien protégés, contre 41 pour cent en 2019. Les auteurs de l'étude notent que « les datas sont des éléments essentiels pour les assureurs aujourd'hui » mais que seule une très faible partie de la population est prête à partager des données personnelles, même pour bénéficier d'un contrat totalement adapté à ses besoins. Selon eux la baisse des coûts de son assurance est un levier puissant d'acceptation du partage.

La relation-client reste perfectible. L'image des assureurs, qui n'a jamais été excellente, a été ternie en 2020 par le comportement de certains acteurs (parmi les plus gros) refusant d'indemniser des particuliers pour les annulations de voyages ou des professionnels au titre des pertes d'exploitation. Bien que la digitalisation ait amélioré le processus de gestion des sinistres courants et de faible valeur, il reste le plus gros sujet de réclamations surtout en matière d'assurance automobile (dommages et responsabilité civile) et de l'habitation. Au processus de liquidation jugé long et compliqué il faut ajouter le manque de justification des rejets de réclamation qui ont pourtant beaucoup augmenté pour les frais médicaux et les dommages aux biens.

Mais de manière plus préoccupante, des cas de discrimination et d'exclusion indirectes sont observés, « creusant les lacunes de protection » selon l'Eiopa. Ils résultent de la révision à la baisse des garanties des contrats d'assurance-santé suite à la pandémie et d'assurance-dommages pour cause d'augmentation des risques de catastrophes naturelles. Ces changements interviennent au moment où les consommateurs attendaient au contraire que les risques liés au Covid-19 soient mieux pris en compte. En matière automobile et d'habitation (88 pour cent des cas) l'Eiopa met en cause les pratiques de plus en plus fréquentes d'optimisation des prix qui « sont principalement le résultat de niveaux élevés de concurrence couplés à l'émergence de nouvelles techniques rendues possibles par le traitement et l'analyse modernes des données ». Leur conséquence majeure est une baisse des primes pour les nouveaux clients que l'on cherche à conquérir et une augmentation pour la clientèle ancienne ou fidèle et les consommateurs vulnérables. L'autorité européenne entend bien éviter que ces procédés ne se répandent. ●

© Archives La Luxembourgeoise

Années 50 : Une voiture fait une chute de plusieurs mètres dans le quartier du Pfaffenthal. La compagnie d'assurances dépêche son photographe sur place

Produit préoccupant

Malgré leur succès, les supports en unités de compte font figure de « produit préoccupant » pour les autorités de contrôle. En cause, leur complexité croissante et le manque de transparence dans le processus de vente, y compris en ce qui concerne les incitations, ce qui peut entraîner chez les consommateurs une mauvaise compréhension des produits et une appréciation faussée des risques et des avantages qu'ils offrent, faisant craindre des ventes abusives. Des problèmes persistent dans l'offre (risques de conflits d'intérêts, choix limités sur les plateformes numériques) et dans les informations fournies : ainsi il arrive souvent que les périodes de détention recommandées ne correspondent pas aux caractéristiques du produit et à la définition de son marché cible. Par ailleurs les coûts ont sensiblement augmenté : en 2020, le taux de commission européen moyen a augmenté de 1 point de pourcentage pour atteindre 3,3 pour cent mais il peut varier considérablement selon les pays membres, dont six signalent des taux supérieurs à 10 pour cent. Dans la majorité des États membres, il y a une détérioration du rapport qualité-prix de ces produits et l'analyse des réclamations confirme ces inquiétudes car les produits en unités de compte ont concentré la majorité d'entre elles dans le secteur vie. En 2021 le sujet a été identifié comme une priorité au niveau européen et plusieurs actions ont été entreprises au niveau national. gc

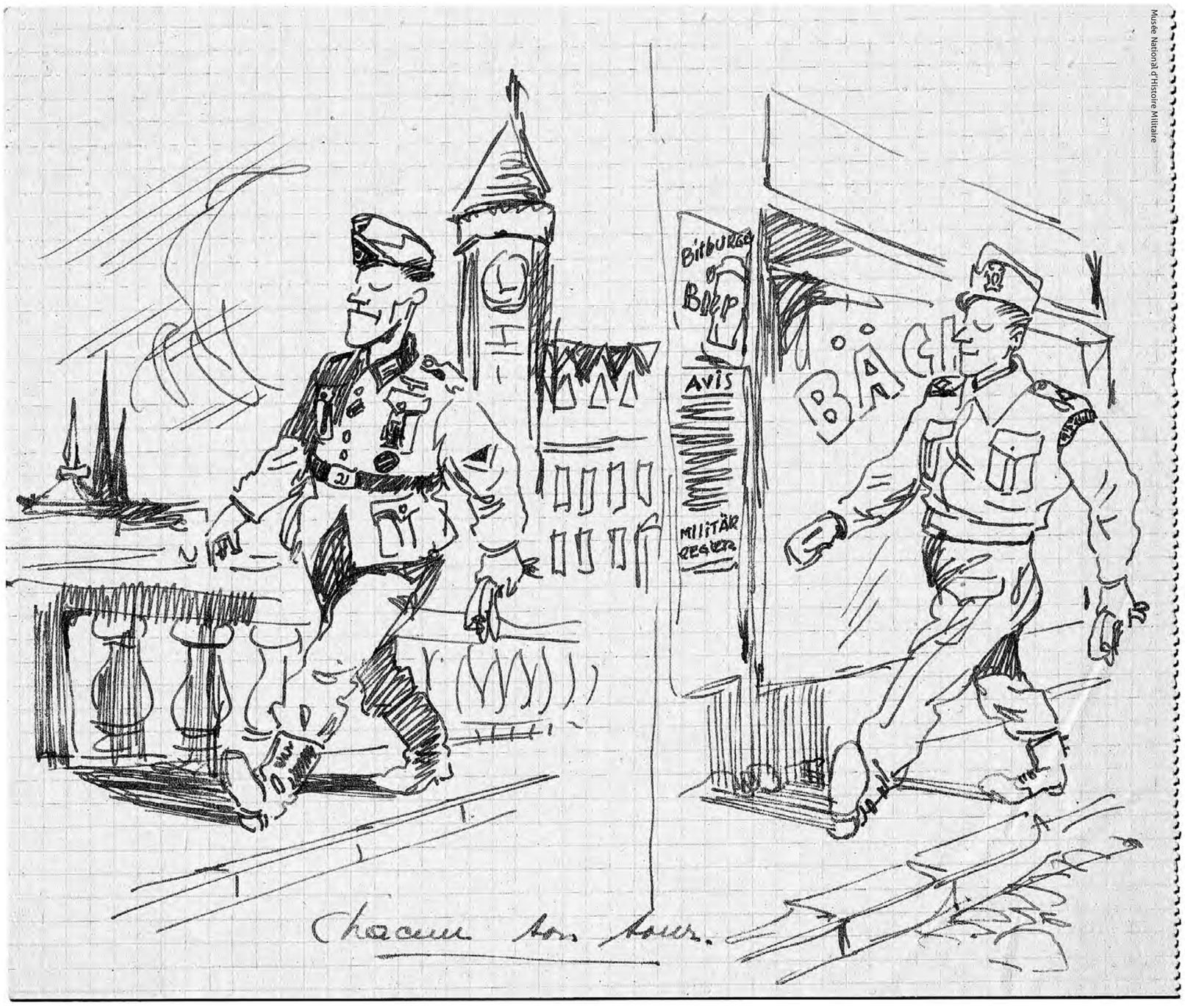
Incontournable ESG

Les souscripteurs d'assurance-vie et de produits d'épargne-retraite sont de plus en plus sensibles à la prise en compte des critères environnementaux, sociaux et de gouvernance (ESG) dans leurs investissements. Lors d'une enquête en France, un tiers des sondés déclaraient avoir pris en compte ces engagements lors du choix de leur fournisseur de produits. La moitié pourrait à l'avenir quitter son assureur actuel pour un autre qui respecterait mieux ces enjeux et un quart se disent prêts à payer un surcoût de dix pour cent pour cela. Les acteurs du marché revoient actuellement leur offre de produits, leurs politiques d'investissement internes et leurs documents d'information pour les adapter au règlement européen sur les informations relatives au développement durable dans le secteur des services financiers (connu sous son sigle anglais SFDR) entré en vigueur en mai 2021. Mais selon l'Eiopa, il est trop tôt pour fournir une évaluation de son impact. L'autorité a remarqué d'importantes disparités entre les pays nordiques (Danemark notamment) et baltes, très avancés dans l'introduction d'actifs durables dans les produits d'épargne-retraite, et ceux d'Europe du centre et du sud. Le SFDR réglemente aussi la communication sur les produits financiers durables pour éviter le *greenwashing*, un risque auquel l'Eiopa est particulièrement sensible au point de demander aux autorités nationales d'exercer une étroite surveillance des publicités. gc

„Anschluss der Eifel“

Felix Streicher

Luxemburger als Besatzer im Nachkriegsdeutschland (1945–1955)



© Musée National d'Histoire Militaire

Pierre Bergem, „Chacun son tour“, ca. 1945/46.

Die Beteiligung luxemburgischer Truppen an der Besatzung Nachkriegsdeutschlands liegt sicherlich ein gutes Stück außerhalb des zeithistorischen Wissenskanons. Dabei handelte es sich bei dieser kuriosen militärischen Intervention doch um eine harsche historische Realität: Zwischen 1945 und 1955 besetzte die luxemburgische Armee unter französischem Oberkommando zwei Sektoren in den Landkreisen Bitburg und Saarburg. Die Mission dieser Besatzungstruppen war zunächst eine höchst politische: Ihr Auftritt in Deutschland sollte die zukünftige Verpflichtungspolitik des Großherzogtums auf Seiten der westlichen Alliierten demonstrativ unterstreichen, dem Kleinstaat einen konkreten Platz am Verhandlungstisch der Siegermächte in Berlin sichern und auf längere Sicht seine Integration in die europäischen und atlantischen Allianzen garantieren. Daneben verfolgte die Luxemburger Regierung mit ihren Besatzungstruppen auf deutschem Staatsgebiet jedoch auch ganz eigennützige außenpolitische Ziele: so sollte die Besatzungsarmee in der Eifel und an der Saar „par une politique d'occupation juste l'annexion éventuelle de ce territoire“[1] vorbereiten.

In ihrer konkreten Form vollzog sich die luxemburgische Besatzung jedoch nicht hinter den abgeschlossenen Türen der ministeriellen Büros oder auf den Kartentischen der Militärs; sondern in den ausgebombten Straßen von Bitburg, in den abgelegenen Bauerndörfern der Eifel und in den Winzerortschaften zwischen Mosel und Saar. Für mehrere zehntausende Besatzer und Besetzte stellte diese Okkupation für fast ein ganzes Jahrzehnt – von November 1945 bis Juli 1955 – eine alltägliche Realität dar, für die es einen modus vivendi zu finden galt. Die Luxemburger Besatzung schuf insofern politische Rahmenbedingungen für die ersten deutsch-luxemburgischen Begegnungen und sozialen Interaktionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Die Geburt einer Armee

Am 20. Oktober 1945 unterzeichneten Vertreter der Luxemburger Regierung und des „Général Commandant en Chef Français en Allemagne“ ein Abkommen, durch welches der luxemburgischen Armee zwei Sektoren innerhalb der französischen Besatzungszone zugesprochen wurden. Am symbolisch gewählten Stichdatum des 11. November 1945 erfolgte knapp drei Wochen später der feierliche Einzug des 2. Infanterie-Bataillons der neuen Luxemburger Armee in den ihm zugewiesenen Sektor im Landkreis Bitburg. Zwei Tage darauf rückten die Soldaten des 1. Bataillons ihrerseits in die westliche Hälfte des Kreises Saarburg ein. Allerdings konnte der pompöse Einmarsch beider Einheiten im Beisein hoher Würdeträger sowie hunderter ekstatischer Zivilisten den überstürzten Charakter der militärischen Intervention nicht so recht übertünchen. Denn die luxemburgische Besatzungsarmee war vor allem eins: improvisiert. Die rund 1 500 Mann der jungen Besatzungstruppen waren ab Juli 1945 im Eilverfahren für ihren Einsatz in Deutschland ausgebildet worden. Ihr oftmals rudimentäres Training und ihr akuter Mangel an moderner Ausrüstung sowie an klaren besatzungspolitischen Instruktionen machte aus ihnen eine nur bedingt einsetzbare Armee. „The ‚Army‘ which has come into being is a token force of no military value“[2], notierte der Leiter der British Military Mission in Luxemburg geringschätzig. Ähnlich harsch fiel das Urteil des Personaloffiziers im luxemburgischen Generalstab aus: „[N]os bataillons actuels ne sont bons à grand'chose.“[3]

> *„Der Spieß ist umgedreht. Die früheren Nazis, die Unterdrücker haben den zeitweiligen Unterjochten, den Mitsiegern von heute zu gehorchen“ (Tageblatt, November 1945)*

Tatsächlich handelte es sich beim Aufbau der luxemburgischen Nachkriegsarmee um eine komplizierte Geburt. Zwar hatte die Regierung bereits Ende 1944 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, und in den Rekrutierungsbüros standen die Bewerber für eine Karriere in Uniform Schlange, doch ohne erfahrene Instruktoren sowie an Militärakademien geschulte Offiziere geriet der Aufbau der Streitkräfte zwangsläufig ins Stocken. Die Luxemburger Armee lebte in ihrer Anfangszeit dementsprechend vom Improvisationsvermögen ihrer zahlreichen kriegsgeprägten Rekruten. Doch was deren Erfahrungen anging, so hätten diese gegensätzlicher gar nicht sein können. In den luxemburgischen Besatzungstruppen begegneten sich Männer, die das Kriegsgeschehen an den verschiedensten Fronten und gar selbst in konträren Uniformen aktiv miterlebt hatten. Hier trafen ehemalige Widerstandskämpfer auf „Zwangsrekrutierte“, KZ-Überlebende auf Alliierte Befreiungskämpfer, sowie Veteranen der Fremdenlegion auf blutjunge Aspiranten. So wertvoll diese Kriegserfahrungen auch auf den ersten Blick schienen, so problematisch erwiesen sie sich allerdings rasch zur Konsolidierung der neuen Institution. Die luxemburgische Nachkriegsarmee präsentierte sich als explosive Mischung – als ein von divergierenden Kriegsschicksalen angefachter, nahezu überbrodelnder Schmelztiegel.

Aller Heterogenität zum Trotz liefen die divergierenden Kriegserfahrungen, und folglich auch die Erwartungen gegenüber der direkten Zukunft in einem Punkt jedoch wieder eng zusammen. Nahezu alle Offiziere und Soldaten der neuen Luxemburger Besatzungsarmee hatten durch den Krieg, die Besatzung und die Annexion Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg persönliches Leid und Unrecht erfahren und betrachteten sich und ihre Familien als Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Innerhalb der Armee herrschte in der direkten Nachkriegszeit dementsprechend in allen Rängen ein germanophober Revanchismus. Jene Truppen, welche im November 1945 in die Landkreise Bitburg und Saarburg einrückten, brannten folglich – wie dies ein hoher Offizier auf den Punkt brachte – nur drauf, „dem Preiss den Hals ömzedre'en.“[4]

„Der Spieß ist umgedreht“

Einen Tag vor dem geplanten Einmarsch der Besatzungstruppen im Landkreis Bitburg heizte die resistenznahe *D'Unio'n* die bereits angespannte Atmosphäre innerhalb der Armee anhand polemischer Aufrufe abermals auf. „Op iech hât de Preiss et am méschten ofgesin, iêch hât en an de' verhâsst preisesch uniform force'ert“, appellierte die Tageszeitung an die zukünftigen Besatzer. „An de' next woch stitt dir, de'selwecht jongen, als letzeburger zaldoten de'seit der grenz, um preiseschem buedem […]. Dir, wuer der och kommt, an d'Eifel oder un d'Saar, stroft se duerch veruechtong.[5] “Das perpetuell in allen Medien heraufbeschworene Feindbild des „Preiss“ stieß, wie bereits unterstrichen, aufgrund der diversen Kriegserfahrungen in den Köpfen der Soldaten und Offiziere auf äußerst fruchtbaren Boden. „Der Luxemburger ist sicher kein Mensch der Revanche-Gedanken“, bestärkte zwar am 13. November 1945 noch das ansonsten eher zurückhaltende *Tageblatt*. Und dennoch: „die Schadenfreude steigt einem auf, man will oder man will nicht.“[6]

Ähnlich beurteilten die direkten militärischen Teilnehmer die Lage. In den Augen vieler Besatzer präsentierte sich die Beteiligung der luxemburgischen Armee an der Okkupation Nachkriegsdeutschlands als eine Art symbolische Reparationszahlung für das unter Nazi-Herrschaft erfahrene persönliche und kollektive Unrecht. Dass Luxemburger Truppen nun deutsches Gebiet besetzten, erschien den meisten Soldaten dabei nicht nur als persönliche Genugtuung; seine ganze Brisanz erhielt die Okkupation erst dadurch, dass sie in den Köpfen der Luxemburger als wahrhafte Umkehrung der Besatzungsherrschaften interpretiert wurde. „An elo ass et un ons fir ze besetzen!“[7] jubilierte die Wochenzeitung *Ons Jongen* Ende November 1945. „Der Spieß ist umgedreht“, echote das *Tageblatt*. „[D]ie früheren Nazis, die Unterdrücker haben den zeitweiligen Unterjochten, den Mitsiegern von heute zu gehorchen.“[8]

Rein graphisch fand dieser Rollentausch seinen Höhepunkt in den Karikaturen des späteren Offiziers Pierre Bergem, welcher 1945 für das *Luxemburger Wort* und *Ons Jongen* mehrere revanchistische Zeichnungen anfertigte.[9] In „Chacun son tour“ schreiten zwei Besatzer triumphierend in gleicher Pose nebeneinander: links marschiert ein Soldat der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg über den Pont Adolphe in Luxemburg-Stadt, rechts stolziert ein luxemburgischer Leutnant – höchstwahrscheinlich Bergems alter ego – Ende 1945 durch das besetzte Bitburg. Andere Publikationen bedienten sich hingegen gezielt einer nationalsozialistisch belasteten Sprache und Rhetorik, um den Rollentausch zu unterstreichen.

So parodierte die *Revue* in ihrer Bildreportage zum 11. und 13. November sprachlich den unter deutscher Besatzung alltäglich ausgestrahlten „Wehrmachtsbericht“, und präsentierte die luxemburgischen Sektoren voller Hohn als dringend benötigten „Lebensraum“ der neuen Armee.[10] Auch innerhalb der Streitkräfte blieben solche Stilmittel weit verbreitet: in Bitburg verkündeten in den ersten Jahren der Besatzung mehrmals luxemburgische Offiziere den Besetzten, dass ein „Anschluss“ der Eifel an das Großherzogtum bald bevorstehe.[11] Zur Frage der Entnazifizierung notierte ein Generalstabsoffizier in einem Schreiben an Premierminister Dupong: „il faut, pour des raisons de sécurité militaire les ‚freiwillig nach dem Osten umsiedeln'.“[12]

Auch rein alltagspraktisch reproduzierten die luxemburgischen Besatzer in Deutschland Rollen und Praktiken, welche sie aus ihrem ursprünglichen Kontext – der deutschen Besatzung Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg – bewusst exportierten, um damit der deutschen Zivilbevölkerung die Umkehrung der Besatzungsherrschaft besonders eindrücklich vor Augen zu führen. In Anlehnung an den nationalsozialistischen „Fahnengruß“ verpflichtete die Luxemburger Besatzungsmacht die gesamte männliche Bevölkerung in Bitburg zum Gruß der rot-weiß-blauen Landesfahne. In den Augen vieler Besatzer erschien die Maßnahme dadurch legitim, dass die Luxemburger diese Praktiken während des vorangegangenen Krieges „ja von [den Deutschen] gelernt“[13] hatten. Wer vor diesem „symbolischen Pranger“[14] den Gruß ignorierte oder verweigerte, wurde unweigerlich zum Objekt der ungehemmten Beschämungspraktiken der Luxemburger Besatzer. Unter Schlägen und Tritten mussten viele Bitburger minutenlang um den Fahnenmast herumlaufen oder sich demütig vor der Fahnenstange in den Straßendreck knien. Ein Bitburger Kaufmann wurde nach einem Fluchtversuch misshandelt, musste vor den Soldaten in Pfützen knien, nationalsozialistische Propagandalieder vorsingen und aus Abfalleimern Essensreste verzehren.[15] „Je sais parfaitement que les troupes allemandes et la Gestapo pendant les années d'occupation ont été très dures pour la population du Luxembourg“, notierte der französische Délégué des Landkreises Bitburg angesichts dieser Übergriffe. „[Mais] j'estime ces procédés inadmissibles.“[16] Der Bericht sollte Folgen haben.

Besatzer zweiter Klasse

Am Abend des 29. April 1946 wurde Albert Wehrer, Chef der Luxemburger Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin, für ein Vier-Augen-Gespräch in die Privatresidenz des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland gebeten. General Pierre Kœnig galt Wehrer zwar eigentlich als vertrauter Gesprächspartner, doch dieses Mal sollte der Abend in der Villa Borsig alles andere als harmonisch enden. Koenig legte Wehrer mehrere belastende Berichte vor, beanstandete, „que les troupes luxembourgeoises […] lui avaient causé de très graves ennuis“, „que la situation risquerait de devenir intenable“ und forderte einen unverzüglichen Umschwung der luxemburgischen Besatzungspolitik in beiden Sektoren.[17] Nicht nur hinterließ der Abend beim luxemburgischen Geschäftsführer in Berlin einen „souvenir pénible“[18], sondern er führte allen Beteiligten nochmals klar die Machtverhältnisse in den von Luxemburg besetzten Territorien vor Augen. Die luxemburgische Armee trat in den Landkreisen Bitburg und Saarburg zwar vielleicht als alleinige militärische Besatzungsmacht auf – doch den Takt gaben letztendlich noch immer die Franzosen an. Die Luxemburger spielten nur die zweite Geige.

Die eklatante Abhängigkeit gegenüber der französischen Militärregierung sorgte dabei sowohl innerhalb der Armee als auch in der breiten Bevölkerung rasch für Unmut. „Notre armée participe dans une certaine mesure à l'occupation d'une partie de l'Allemagne“, empörte sich der LSAP-Abgeordnete

Adrien van Kauvenbergh im Februar 1946 in der Chamber. „Je dis bien: dans une certaine mesure, car dans la zone occupée par nos troupes, nous n'exerçons ni un pouvoir administratif quelconque, ni même un pouvoir purement militaire. Nos soldats sont à l'ordre d'une puissance alliée, oui! mais étrangère tout de même."[19] Tatsächlich war die Abhängigkeit der Luxemburger Soldaten gegenüber dem französischen Gouvernment Militaire frappierend und bot der kleinen Besatzungsmacht de jure nur wenige Handlungsspielräume. Zur Festnahme ehemaliger Nationalsozialisten, zur Einrichtung neuer Infrastrukturen, ja selbst für unbedeutende Materialkäufe – stets mussten die luxemburgischen Besatzungstruppen im Voraus die Zustimmung der französischen Militärregierung einholen. Zudem hatte jeder Schriftverkehr mit deutschen Lokalbehörden über französische Dienststellen zu erfolgen. „Malheureusement le rôle de nos soldats doit se contenter de jouer le rôle d'un occupant de 2e et 3e classe"[20], ließ ein luxemburgischer Leutnant Anfang Januar 1946 frustriert seinen Vorgesetzten wissen.

Diese lähmende Dependenz riskierte die Luxemburger Armee wiederholt als Besatzungsmacht zu kompromittieren, da sie ein gewisses Legitimitätsdefizit offenlegte. Im Prinzip war das luxemburgische Besatzungsregime (wie auch jenes der anderen Alliierten) eine Form der „Fremdherrschaft", deren politische Autorität sich nicht aus der Akzeptanz der Zivilbevölkerung ableitete, sondern an erster Stelle auf der Aufrechterhaltung militärischer Kontrolle fußte. Im luxemburgischen Fall war dieses Legitimitätsdefizit gleich doppelt: nicht nur galten sie in den Augen der deutschen Besetzten als militärische Fremdherrscher, sondern auch noch als „Besatzer zweiter Klasse" – quasi als verlängerter Arm der „eigentlichen" Besatzungsmacht Frankreich. Die Autorität der Luxemburger Armee, die in den Augen vieler Deutschen „auch ein bißchen Besatzungsmacht zu spielen"[21] versuchte, war somit alles andere als garantiert. Die direkte Konsequenz dieses prekären Machtverhältnisses war ein oftmals überzogenes Auftreten der luxemburgischen Truppen als „harte" und durchsetzungsfähige Besatzer. Kollektive Bestrafungen von deutschen Zivilisten, Einschüchterungstaktiken sowie die willkürliche Anwendung von militärischer Gewalt waren folglich während der ersten Monate der luxemburgischen Okkupation weit verbreitet. Auf den Alltag der luxemburgischen Besatzung hatten diese Maßnahmen einen unweigerlich negativen Einfluss. Und dennoch gestalteten sich die alltäglichen Beziehungen zwischen den einzelnen Soldaten und Zivilisten überraschend facettenreich.

Truppenaufmarsch der luxemburgischen Garnison in Bitburg.

Alltag im besetzten Bitburg

Die Kreisstadt Bitburg in der Eifel stellte für fast zehn Jahre – von November 1945 bis Juli 1955 – den bedeutendsten luxemburgischen Truppenstandort in Deutschland dar. In diesem Mikrokosmos der luxemburgischen Besatzung begegneten sich tagtäglich tausende Besatzer und Besetzte, wodurch sich über die Gesamtdauer der Okkupation ein höchst dynamisches Beziehungsgeflecht entwickeln konnte. In Hinsicht auf die vielfältigen sozialen Interaktionen

In Anlehnung an den nationalsozialistischen „Fahnengruß" verpflichtete die Luxemburger Besatzungsmacht die gesamte männliche Bevölkerung in Bitburg zum Gruß der rot-weiß-blauen Landesfahne

im „besetzten" Alltag wäre es somit unangemessen, von einer starren Dichotomie zwischen Besatzern und Besetzten auszugehen. Luxemburgische Soldaten und Bitburger begegneten sich mit physischer und verbaler Gewalt, bedrohten, ignorierten oder tolerierten sich, schlossen auf dem Schwarzmarkt Geschäfte ab, „fraternisierten" und gingen sexuelle Beziehungen ein, schlossen Freundschaften, heirateten und gründeten gar Familien. Die Beziehungen zwischen den „Besatzern" und den „Besetzten" waren folglich höchst dynamisch, offen und ambivalent.

Einerseits führte die Knappheit an Wohnraum in der vom Krieg zerstörten Eifelstadt zu einem zwangsläufigen Zusammenrücken beider Gruppen auf engstem Raum. Denn nach zweifacher Bombardierung lagen 83 Prozent der Stadtfläche Bitburgs in Schutt und Asche. „Wer […] Bitburg gesehen hat, der muß einfach nach Worten suchen"[22], kommentierte ein Korrespondent der *Obermosel-Zeitung* ungläubig. Für die rund 3 800 verbleibenden Einwohner existierten Anfang 1946 nur noch 1 500 bewohnbare Zimmer – und dazu stieß nun zusätzlich ein rund tausendköpfiges luxemburgisches Bataillon. Das Gros der Besatzungstruppen bezog zwar bei seiner Ankunft die ehemaligen Wehrmachtskasernen am Stadtrand, doch für die Offiziere und Unteroffiziere mitsamt ihren Familien mussten geräumige Wohnbauten im Stadtzentrum requiriert werden. Jene Bitburger Familien, welche von den Besatzern dabei wortwörtlich vor die Tür gesetzt wurden, standen vor dem Nichts. Nicht nur verloren sie durch die Maßnahmen der Besatzer ihren physischen Privatbesitz, sondern auch die Räumlichkeiten ihrer emotionalen Sicherheit und Intimität.

Gleichwohl schuf das erzwungene Zusammenleben auch Kontaktmöglichkeiten zwischen Besatzern und Besetzten: trotz „Fraternisierungsverbot" besuchten Soldaten und Zivilisten dieselben Gaststätten und Tanzlokale. Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Kriegsgeschehen und der Ankunft von Wehrpflichtigen, die den Krieg nur als Kinder miterlebt hatten, normalisierten sich auch die deutsch-luxemburgischen Verhältnisse in diesen Lokalen. Jene Rekruten, die ab 1950 in Bitburg stationiert waren, knüpften regelmäßig Kontakte mit der deutschen Kundschaft – besonders gerne mit den jungen Bitburgerinnen. So auch der spätere Schriftsteller Roger Manderscheid, dessen Autobiographie kein Detail solcher intimen Begegnungen ausspart: „am takt vun der musek. hu se do gerackert. hier kierpere gediebelt. hire bëllege parfüm äusgedonst. Luche se sech an den äerm. hu se sech d'oueren ugebass. den hals mat der zong propper geriwen."[23] Obwohl die Luxemburger Armee die „Fraternisation" zwischen ihren Soldaten und deutschen Frauen aktiv durch Heiratsverbote, sozialen Druck und moralische Appelle vonseiten der Militärgeistlichen zu verhindern suchte, unterhielten viele Besatzer und Besetzte dennoch sexuelle Beziehungen. Eheschließungen erfolgten hingegen wiederum seltener. Denn obwohl solche ab Anfang der 1950er möglich wurden, gingen sie auf beiden Seiten weiterhin oft mit einer sozialen Ächtung einher.

Weniger intim, jedoch genauso konstitutiv für die deutsch-luxemburgischen Beziehungen erwiesen sich die Begegnungen in sakralen Räumlichkeiten. Jeden Sonntag hielt die luxemburgische Garnison einen exklusiv für die Besatzer und ihre Familien vorgesehenen Gottesdienst in der Bitburger Liebfrauenkirche ab. Allerdings wurde diese Messe – laut einem von der Militärzensur abgefangenen Brief eines Bitburgers von 1946 – „auch von den Deutschen stets bewohnt." Ausschlaggebend für den Andrang waren dabei nicht nur der gemeinsame katholische Glaube, sondern vor allem sprachliche Affinitäten zwischen dem Luxemburgischen und dem Bitburger „Platt". Denn während die zivilen Gottesdienste in Bitburg traditionellerweise als lateinische Messen gefeiert wurden, lief die Messfeier der Garnison in großen Teilen auf Luxemburgisch ab. Dies zur großen Freude der Besetzten, da die „Predigten in Luxemburger Sprache ja von den alten Beberigen [Bitburgern] verstanden"[24] werden konnten. Individuelle Interaktionen zwischen den Kirchgängern ermöglichte die gemeinsame Messe jedoch nicht; eine kollektive religiöse Annäherung hingegen schon. Dies beweist mitunter auch eine symbolische Geste der luxemburgischen Garnison bei deren Abzug im Juli 1955: Im Zeichen der deutsch-luxemburgischen Freundschaft stiftete die Armee der Liebfrauenkirche eine neue Glocke.

Luxemburgisches „Te Deum" in der Bitburger Liebfrauenkirche, 29. Januar 1950

Von Besatzern zu...?

Zu Beginn der 1950er-Jahre hatten sich die deutsch-luxemburgischen Besatzungsbeziehungen in der Eifel weitestgehend normalisiert. „Heute ist das Verhältnis zwischen den Soldaten und Einheimischen ausgesprochen freundschaftlich", berichtete der *Berliner Telegraf* bereits 1947. „Denn die Luxemburger Soldaten unterscheiden sich nur durch die fremden Uniformen von den Menschen, unter denen sie leben. Sie sprechen den gleichen Dialekt wie die Bitburger, sie haben die gleiche Religion wie die Einheimischen, und viele der Soldaten besuchen Familien, mit denen sie durch verwandtschaftliche Beziehungen verbunden sind."[25] Bitburger und luxemburgische Soldaten sahen sich aufgrund ihrer vielfältigen Kontakte nicht mehr zwangsläufig als Besatzer und Besetzte, sondern unter anderem auch als Gleichsprachige, als Gleichgläubige, gar als potenzielle Lebensgefährten. Die Geschichte der Luxemburger Besatzung erscheint in diesem Licht als die einer unvermeidlichen Annäherung; geradezu als ein Erfolgsmodell in Sachen Völkerverständigung. „Und so verließen die Luxemburger am 9. Juli 1955 als Freunde"[26], könnte man schließen. Ein solch „europäisch" angehauchtes „Von-Besatzern-zu-Freunden"-Narrativ kann der historischen Realität jedoch nicht gerecht werden. Denn ein solcher Pfad war 1945 in keiner Weise vorgegeben; eine rasche oder gar zwangsläufige Wiederannäherung erschien bei Kriegsende geradezu utopisch. Zudem verkennt eine solche Darstellung die Komplexität der deutsch-luxemburgischen Besatzungsbeziehungen. Denn diese blieben bis zum Abzug der kleinen Besatzungsmacht höchst ambivalent und unberechenbar – wie dies auch der französische Délégué in Bitburg Anfang 1955 nochmals feststellte: „Si de nombreux citadins [allemands] regrettent pour des raisons diverses le départ de cette garnison, d'autres ont toujours vu avec amertume les soldats de cette petite nation fouler leur sol."[27] ●

Félix Streicher (*1996) ist FNR-Stipendiat und Doktorand an der Universität Maastricht. Für seine Forschungen zur luxemburgischen Besatzungszeit in Bitburg wurde er mit dem Deutsch-Französischen Geschichtspreis des Deutschen Historischen Instituts in Paris ausgezeichnet.

[1] Archives de l'Armée Luxembourgeoise (ARMLux), 'Correspondance 1945-1946', Pierre Dupong an Major Arthur Ginter (14.11.1945).

[2] The National Archives, London (TNA), FO 371/67664B, Major H. W. Holt, 'The Luxembourg Army' (30.04.1947).

[3] Bericht des G-1 an Pierre Dupong (26.01.1946), zit. nach: Jacques Leider, *L'armée luxembourgeoise d'après-guerre: structures, fonctions, fonctionnement,* Luxemburg 1993, S. 132.

[4] Guillaume Albrecht, 13. November 1945, in: *Booby Trap. Zeitschröft vum I. Bataillo'n* (23.11.1945), S. 2.

[5] Onsen zaldoten matt op de wé, in: *D'Unio'n* (10.11.1945), S. 2.

[6] P[aul] M[uller], Luxemburgs historische Stunde. Mit dem 2. Bataillon im besetzten Bitburg, in: *Escher Tageblatt* (13.11.1945), S. 2.

[7] Pe'l [Paul Schlechter], An elo ass et un ons fir ze besetzen!, in: *Ons Jongen* (30.11.1945), S. 1.

[8] P[aul] M[uller], Luxemburgs historische Stunde, S. 2.

[9] Letzeburg besetzt Deitschland. Eso' geseit onsen Zéchner (Pierre Bergem) d'Besetzong, in: *Luxemburger Wort* (17.11.1945), S. 3; sowie *Ons Jongen* vom 15. Februar 1946.

[10] J.P.H., Letzeburger besetzen Deitschland, in: *Revue* (1.12.1945), S. 68.

[11] Centre des Archives Diplomatiques, Paris (CAD), 1RP/111/3, Jean Maquart an Claude Hettier de Boislambert (17.10.1946).

[12] ARMLux, 'Correspondance 1945-1946', Secrétaire pour les Affaires Militaires an Pierre Dupong (17.11.1945).

[13] Interview mit Marcel G. und Joseph W. (16.08.2016).

[14] Ute Frevert, Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht, Frankfurt a. M. 2017, S. 76.

[15] Archives Nationales de Luxembourg (ANLux), AE-AA-353, Procès-verbal d'enquête relative à l'arrestation de M[...] Pierre, à Bitbourg, le 20 mars a.c. (10.05.1946).

[16] CAD 1RP/111/3, Jean Maquart an den Général Commandant la 3ème D.B. Trèves (29.03.1946).

[17] ANLux AE-08361, Albert Wehrer an Joseph Bech (30.04.1946).

[18] ANLux AE-08361, Albert Wehrer an Joseph Bech (26.05.1946).

[19] Compte Rendu des Séances de la Chambre des Députés, Session ordinaire de 1945-1946, S. 413.

[20] Rapport confidentiel du Lt. Heldenstein (03.01.1946), zit. nach: Paul Modert, Le Luxembourg participe à l'occupation militaire de l'Allemagne après 1945, in: *Collection „Les amis de l'histoire" 13* (1983), S. 114.

[21] Johann der Blinde und das blinde Volk, in: *Die Zeit* (25.11.1948), S. 9.

[22] Die Franzosen übergeben einen Teil der Eifel den Luxemburgern, in: *Obermosel-Zeitung* (13.11.1945), S. 1.

[23] Roger Manderscheid, *Feier a Flam. Geschichten äus de fofzeger Joeren,* Echternach 1995, S. 214.

[24] ANLux ET-044, J. Peter W. an Charlotte L.-W. (10.09.1946).

[25] Luxemburger als Besatzung, in: *Telegraf* (28.09.1947), S. 3.

[26] Petra Willems, Zu Gast bei neu gewonnen, alten Freunden, in: *Trierischer Volksfreund* (05.07.2005).

[27] CAD 1RP/160/2, Délégué du Cercle de Bitburg an den Commissaire pour l'État de Rhénanie-Palatinat (30.04.1955).

ZU GAST

Die Kaufkraft stärken – jetzt!

Hart getroffen hat es die Schaffenden aus der Privatwirtschaft, die während der vergangenen zwei Jahre über längere Zeit kurzarbeiten mussten und damit oft einen Einkommensverlust zu verzeichnen hatten, der über einen Monatslohn hinausging. Negativ auf die Kaufkraft aller wirkte sich aber auch die Entscheidung der Regierung aus, die Familienzulagen und die Steuertabellen während Jahren nicht an die Inflation anzupassen.

Das hat dazu beigetragen, dass mehr Lohnabhängige und Rentner Schwierigkeiten haben, am Monatsende die beiden Enden zusammenzubekommen. Dieses Problem nahm deutlich an Schärfe zu, seit die Preise für Diesel sich innerhalb kurzer Zeit mehr als verdoppelten, die Preise für Heizöl um die Hälfte angehoben wurden, und die Gasrechnungen um ein Vielfaches höher ausfallen als in der Vergangenheit.

> Ali Ruckert ist Präsident der KPL

Nun sind es bekanntlich nicht nur die Energiepreise, die explodieren, sondern auch zahlreiche Konsumwaren wurden teurer, darunter Lebensmittel, aber auch die Mieten. Das hat zur Folge, dass die Kaufkraft generell zurückgeht. Besonders heftig trifft es aber die Menschen mit kleinen Einkommen, die ihr ganzes Geld für Miete und Konsumwaren des täglichen Gebrauchs ausgeben.

Die Behauptung, die Regierung habe in der Vergangenheit viel getan, um die Kaufkraft zu stärken, verfängt immer weniger, da immer mehr Menschen sich vor finanzielle Schwierigkeiten gestellt sehen. Dass das bei den liberalen und grünen Besserverdienern aus der Regierung und der Chamber bisher nicht angekommen ist, ist keine Überraschung.

Doch auch was die LSAP angeht, fragt man sich, in welcher Welt deren Minister, Abgeordnete und Parteiführer leben, wenn sie mit einem Almosen von „100 Euro für jeden Haushalt" den Rückgang der Kaufkraft bekämpfen wollen? Sollten sie nicht mitbekommen haben, dass man gegenwärtig für die Füllung eines Heizöltanks bis zu 1 800 Euro mehr auf den Tisch blättern muss als im vergangenen Jahr?

Obwohl auch die Regierungspartei LSAP hoch und heilig versprach, dass es zu keinerlei Steuererhöhungen kommen werde, führte sie 2021, zusammen mit den Neoliberalen und den Grünen, eine CO_2-Steuer ein, die im Indexwarenkorb neutralisiert und 2022 noch einmal erhöht wurde. Von einer Anpassung der Lohntabellen an die Inflation will man hingegen nichts wissen. Wozu brauchen die Schaffenden denn eine LSAP in der Regierung, wenn sie dort eine Politik für die besserverdienenden Wähler der DP und der Grünen macht?

Die Lage ist ernst, und es ist notwendig, dass schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, um generell die Kaufkraft der großen Mehrheit der Lohnabhängigen zu stärken.

Für die Kommunisten versteht es sich von selbst, dass die Teuerungszulage erhöht und von mehr Menschen in Anspruch genommen werden kann. Aber darüber hinaus ist es erfordert, dass das Mindesteinkommen, die Mindestrente, der Mindestlohn und die Löhne insgesamt deutlich angehoben werden, so dass diese Menschen aus der Armutsfalle herauskommen, dass ein einjähriger Mietstopp erfolgt, die Energiepreise gedeckelt werden, Maximalpreise für eine ganze Reihe von Konsumwaren des täglichen Gebrauchs festgelegt und die Steuern für Klein- und Mittelverdiener gesenkt werden.

Wer mehr Kaufkraft für alle schaffen will, muss schnell helfen, denn es besteht dringender Bedarf. Am besten ist es wohl, die Schaffenden und ihre Organisationen helfen sich selbst, indem sie die Regierung und die Chamber unter Druck setzen, öffentlich gegen den Kaufkraftverlust und die Preistreiberei protestieren und Sofortmaßnahmen fordern. Es ist Zeit zum Handeln! ● **Ali Ruckert**

D'GEDICHT VUN DER WOCH

Talk-show „Frontal"

Jacques Drescher

Belgrad, Bagdad, Tripolis:
Zougeschass mat Bommen.
Dass eis d'Nato Fridde bréngt,
Gleeft nach just en Dommen.

Leschte Mëttwoch, ouni Witz,
Koumen alt nees d'Russen.
Journaliste gleewen déi,
Wat se schreiwe mussen?

Schäiss op d'Klima, kaaft lo all
Fracking-Gas beim Biden!
Well déi Russe ka kee Preiss
A keng Talk-Show leiden.

Freiheit! Nato! Klar, Go East!
Schallt der Fernseh-Posten.
Nur der Schelm, der Böse, denkt:
„Vorwärts! Heer! Nach Osten!"

MAUX DITS D'YVAN

À table !

Scène du film *Le Fantôme de la liberté* de Luis Buñuel

Il est rare que les hommes politiques se mettent à table. Quant aux femmes politiques, cela fait longtemps qu'elles ne se contentent plus de la dresser. On se souvient certes de Giscard qui s'invitait à la table de ses compatriotes et qui conviait des éboueurs maliens à venir partager avec lui les croissants du petit-déjeuner. Mais en général la gente politique rechigne à s'attabler face aux journalistes pour avouer ses mé- et for(t)faits. Le monde se montrait donc d'autant plus surpris quand la semaine dernière deux tablées, et non des moindres, faisaient la une de la presse mondiale. À commencer par celle où prirent place les invités de Xi Jinping et dont la taille fut inversement proportionnelle au nombre de chefs d'État qui avaient daigné faire le voyage à Péking. Elle ne fut pas trop vaste cependant pour accueillir les nombreuses casquettes que notre Henri amenait dans ses valises. Le membre du comité olympique n'eut pas le loisir d'accrocher, comme le fit son père en 1956, une médaille au cou d'un.e de nos athlètes, alors que le chef d'État qui était là sans être présent, à moins que ce ne fut l'inverse, discutait, foi d'Asselborn, droits de l'homme avec son hôte. Il est vrai que la table du banquet tenait plus des planches d'un théâtre avec ses sites olympiques en miniature, si j'ose dire, que d'un zinc de comptoir où il fait bon tailler une bavette avec ses convives. Que voulez-vous : *all the world's a stage*. La scène, surréaliste à souhait, faisait

> *Henri de Luxembourg ne nous a pas mis dans le secret de ses entrailles, et nous ne saurons donc jamais si le membre de l'IOC était constipé ou si le chef d'État souffrait de diarrhée verbale devant son homologue chinois*

penser au dîner auquel conviait Buñuel dans *Le fantôme de la liberté*. Les hôtes s'y faisaient tellement ch... qu'ils étaient assis sur des cuvettes de WC. Henri de Luxembourg ne nous a pas mis dans le secret de ses entrailles, et nous ne saurons donc jamais si le membre de l'IOC était constipé ou si le chef d'État souffrait de diarrhée verbale devant son homologue.

L'autre table qui faillit voler la vedette à la fondue chinoise était celle qui réunit, pardon qui séparait, Poutine et son hôte Macron. Là ce ne fut plus une piste de ski, mais un véritable terrain de foot. Comment ne pas penser ici au merveilleux *Heaven can wait* de Lubitsch ? Mais si, souvenez-vous de l'inoubliable scène où Mr. Strable, roi nouveau-riche de la viande, dîne en face-à-face avec sa femme, assise de l'autre côté d'un interminable plateau richement dressé, où le majordome doit distribuer les mets et les mots et faire passer accessoirement le sel d'un bout à l'autre de la table. Je ne sais pas si le président français a goûté la touche Lubitsch des plats, mais il n'a pas pu ne pas se souvenir que Hannah Arendt a défini la table comme l'objet par excellence qui réunit et qui sépare « en même temps ». Son maître Paul Ricoeur n'a-t-il pas préfacé l'édition française de *Condition de l'homme moderne* où la grande Hannah expose cette théorie ? Dans ce livre, paru peu après le lancement de Spoutnik, la philosophe voit trois degrés dans la condition de l'humanité active : le travail, l'œuvre, l'action. La table fait œuvre, nous dit l'auteur, elle survit à son créateur et permet l'action qui est toujours une inter-action entre les êtres humains et qui est politique, forcément politique. Alors, les tables de Péking et de Moscou, sont-elles la caricature ou le symptôme du politique ? Quoiqu'il en soit, les deux dictateurs auraient mieux fait de suivre l'exemple de leur ami Erdogan, dont les ancêtres ottomans tenaient leurs conciliabules sur le divan. Ce qui aurait forcément plu à Yvan. ● **Paul Rauchs**

LETTRE À LA RÉDACTION

Cher Monsieur Radoux…

La crise du logement au Luxembourg ne cesse de s'étendre. L'épicentre de cette explosion des prix du logement se situe à Luxembourg-Ville. En 2015, un appartement de 80 mètres carrés y coûtait encore environ 420 000 euros. En 2021, à peine six ans plus tard, il faut débourser plus de 920 000 euros pour un bien immobilier de cette taille. En 2030, si les prix continuaient d'augmenter avec le même dynamisme, on pourrait dépasser largement les 2,5 millions d'euros pour un bien de 80 mètres carrés.

Même si de telles extrapolations doivent être considérées avec prudence, elles confirment la nécessité d'une action politique résolue et d'une nouvelle réflexion sur la question du logement afin d'éviter de telles dérives des prix au sein de la belle Ville de Luxembourg. Dans l'article intitulé « Réalisme extrême » de Bernard Thomas, paru en date du 11 février 2022 au sein du présent hebdomadaire, Monsieur Claude Radoux, conseiller communal du DP au sein de la Ville de Luxembourg, s'est livré à des déclarations extrêmement intéressantes quant au développement des prix du logement au sein de la Ville de Luxembourg – qui nécessitent un bref commentaire de notre part.

Tout d'abord, Monsieur Radoux voyait dans les taux d'intérêts un principal haussier des prix du logement « et contre cela, ni une commune ni un État ne peuvent rien faire ». Par de tels déclarations il hisse la crise du logement au niveau d'une catastrophe naturelle, contre laquelle il n'y aurait pas de remède. Parallèlement il minimise le rôle de la « politique » ou encore pire, il refuse tout simplement de faire de la « politique ». Bien sûr cela dépend aussi de la définition subjective qu'on a en tant qu'homme ou femme engagé(e) de la « politique » : Est-ce qu'on considère son propre engagement comme un outil pour améliorer chaque jour quelque peu le quotidien de ses concitoyens ?

Même une politique monétaire, par définition européenne, ne devrait pas décourager les actions politiques en matière de logement, mais plutôt inciter l'homme ou la femme politiquement engagé(e) de trouver d'autres remèdes face aux dérives sur le marché du logement.

Or, nous doutons aussi du bien-fondé de ces déclarations, non pas de notre point de vue subjectif, mais en suivant le point de vue d'un expert en la matière. Dans une publication récente, le gouverneur de la Banque centrale luxembourgeoise, Gaston Reinesch, rejette clairement une telle analyse. La politique des taux d'intérêt ne serait pas la cause de la hausse actuelle des prix de l'immobilier au Luxembourg, d'autant plus qu'une augmentation rapide des prix de l'immobilier était déjà observée au Luxembourg bien avant le tournant des taux d'intérêt négatifs écrit le gouverneur. Il ajoute encore : « If monetary policy was the key determinant of residential property prices, one would expect a more uniform pattern of price growth and valuation estimates across countries ».

En plus Monsieur Radoux déclarait : « Nous n'allons pas construire mille nouveaux logements tous les ans (…) ce ne serait plus libéral, mais du stalinisme ou du moins du socialisme très avancé » en continuant qu'il serait « une « idiotie » de penser qu'en construisant plus, on ferait baisser les prix immobiliers ». Nous tenons à souligner, qu'en matière du logement il ne faut pas jouer la carte du *hardliner* idéologique, mais rassembler différents courants politiques, afin de pouvoir trouver des solutions pragmatiques, face à cette problématique extrêmement complexe. L'exclusion d'une mesure sur base d'un raisonnement purement dogmatique, nous semble difficilement conciliable avec la nécessité d'action politique en matière du logement.

C'est maintenant qu'il faut agir ensemble (!) et mettre de côté une approche dogmatique dans cette problématique complexe. Lors d'un « Logementsdësch » avec des représentants du secteur de la construction, de la société civile, des communes et bien sûr des experts de l'université, afin de pouvoir simuler et projeter les effets nécessaires des futures réformes, il faudrait élaborer de nouvelles mesures et les mettre en œuvre le plus rapidement possible.

Au contraire, avec des pied-à-terre de 2,5 millions d'euros, la Ville du Luxembourg risquera de devenir définitivement une « Festungsstad » hébergeant encore quelques « Ierfschafts dynastien », dont les rues portent le nom de leurs ancêtres – quel bel avenir pour une ville se voulant ouverte et moderne. ● **Max Leners (membre du comité directeur du LSAP) & Luc Decker (co-Président Stater Sozialisten)**

ARCHITECTURE

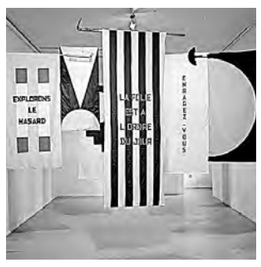
Nouveau lieu, nouvelle ère

Une nouvelle ère s'ouvre pour le Luca (Luxembourg center for architecture) avec son déménagement à Clausen.
Le 22 février, une soirée d'ouverture est organisée avec l'inauguration de l'exposition *Eise Buedem*, montrée à la Biennale de Venise en 2018. La question du sol, au cœur des défis sociaux et écologiques de l'époque et du pays, sera aussi celle de la conférence-débat de l'anthropologue Abdu Gnaba intitulée *Le lieu est le lien.* La semaine d'ouverture sera aussi marquée par la conférence de l'architecte américain James Wines, fondateur de SITE – Sculpture in the environment qui a développé une recherche sur l'architecture dans sa relation avec l'espace environnant, ouvrant la voie à l'interaction entre l'art, la technologie et la nature (le 23 février).

Passant d'un cadre post-industriel à Hollerich à un autre espace patrimonial à Clausen, le Luca investit un ancien bâtiment de la brasserie Mousel appartenant à la famille Libens-Reifers (comme les Rives de Clausen, de l'autre côté du pont). Fabeck Architectes a mené la rénovation globale du bâtiment. Le vaste espace au rez-de-chaussée est promis à l'organisation d'événements et sa gestion est transmise à l'agence Shine a Light. Au niveau supérieur, 2001 signe l'aménagement des quelque 800 mètres carrés dédiés au Luca : espaces publics d'exposition (photo : sb) et de rencontre, bibliothèque, espace pédagogique et bureaux. L'idée des architectes a été d'intervenir le moins possible pour permettre la polyvalence des lieux, et de travailler au maximum dans un esprit de circularité et d'économie de moyens, tout en respectant les normes concernant les bâtiments qui reçoivent du public. L'ancienne grande salle de mise en bouteilles est le cœur du dispositif, modulable en différentes séquences en fonction des besoins : un bar, une salle d'exposition, un auditorium sont séparés par de lourds rideaux. Les cimaises sont mobiles et peuvent devenir des espaces de stockage, le mobilier des bureaux est totalement amovible, monté sur roulettes. La récupération a été le mot d'ordre. Ainsi les étagères sur lesquelles sont exposées les maquettes sont réalisées avec un ancien échafaudage et le bois est celui utilisé pour les coffrages de béton.

Le Luca se déploie dans un nouveau lieu et il en profite pour se réinventer et repenser sa place. 2022 marque les trente ans de l'association, depuis sa création en 1992 sous l'appellation Fondation de l'Architecture et de l'Ingénierie.
En l'absence de la directrice Andrea Rumpf depuis plusieurs mois, Séverine Zimmer a été chargée de la direction par intérim. Le conseil d'administration du Luca s'est aussi appuyé sur un conseil consultatif, qui a été appelé à formuler les missions et défis à relever pour l'avenir. La programmation autour de la qualité de l'environnement bâti, avec des expositions et des conférences, va évoluer pour faire du Luca une « plateforme d'échange et d'action pour un vaste public, de l'amateur curieux ou citoyen engagé au décideur politique ou acteur professionnel », selon Séverine Zimmer. Il ne s'agit pas seulement de parler de bâtiments, mais de prendre en compte des questions sociétales plus larges. La volonté est d'être plus ouvert, notamment grâce à l'espace bar qui doit devenir un lieu de rencontre. fc

ART CONTEMPORAIN



Export

Le programme officiel d'Esch2022 débute la semaine prochaine, mais du côté de Kaunas en Lituanie, l'année culturelle bat son plein depuis quelques semaines. L'occasion de pointer la participation des artistes luxembourgeois Martine Feipel et Jean Bechameil dans le programme officiel. Leur exposition *Mechanics of tomorrow's world* se tient à la galerie Meno Parkas jusqu'au 27 février. Les artistes explorent les utopies qui ont façonné du vingtième siècle, chargées de symboles, tout en portant un regard critique sur la situation dans laquelle nous nous trouvons. On y voit l'imposante statue de Lenine tronquée, les drapeaux qui glorifient le travail, l'imagination et la révolution (photo : Airida Rekštytė) ou les installations mécaniques poétiques. Plus tard dans l'année, Kaunas accueillera aussi Filip Markiewicz et son *Ultrasocial Pop*, puis *Working Class Heroes*, une exposition interactive sur le passé industriel de la région de la Minett ou *The Family of Man* à la Kaunas Photography Gallery. De son côté, Esch accueillera notamment la première exposition monographique de l'artiste lituanien Deimantas Narkevičius (à la Konschthal en septembre). fc

Du musée à la gare

Les plateformes de discussions dans le cadre de *Freigeister* se poursuivent au Mudam dans l'idée d'aller au-delà des œuvres présentées en développant les thématiques de l'exposition. L'avant-dernière en date, ce samedi, est proposée par Laurianne Bixhain. Elle a invité Hans Fellner pour une traversée du quartier de la gare. *Strollology* est une sorte de promenade dans l'environnement bâti, en utilisant les informations, la mémoire et la perception sensorielle. Il ne s'agit pas d'une pure critique architecturale, mais de permettre toutes les options de perception et de sensation. La semaine suivante, ce sera le tour de Nina Tomàs qui a demandé à Marianne Donven (gérante des restaurants Chiche!, co-initiatrice d'Open Home) de parler de l'ouverture à soi-même et aux autres. fc

MUSIQUES

Showcases

Le festival suédois Future Echoes est un rendez-vous de showcases et conférences destinés aux professionnels de la musique, invités à découvrir une centaine d'artistes dans plusieurs salles de Norrköping, une ville au sud de Stockholm. Le rappeur Maz et l'artiste électro-pop CHAiLD sont du voyage, à l'initiative de Kultur LX. La nouvelle mouture du festival se veut être un lieu de rencontres créatif, durable et innovant pour la scène musicale internationale. L'idée est de construire un nouveau modèle pour répondre aux défis auxquels se confrontent l'industrie musicale après la pandémie. « Nous rassemblons notre vaste réseau pour le renforcer et le construire ensemble pendant la reprise. Tout cela dans le but de transformer la crise en une opportunité positive et de penser différemment« , explique Peter Åstedt, membre de Swedish independent music producers, qui connaît la scène du Luxembourg pour avoir participé à Sonic Vision en 2018. fc

Insolite

Deux festivals s'annoncent qui ont en commun de proposer des concerts hors des salles traditionnelles, dans des lieux insolites. Après une année en extérieur, avec les complications que cela suppose, le rendez-vous arlonnais Les Aralunaires revient à son format classique, donc pas classique du tout : Antoine Wielemans (le chanteur de Girls in Hawaii) dans une église, du jazz dans l'ancien palais de justice ou du rock dans un entrepôt de meubles. C'est fin avril, on en reparlera (aralunaires.lu). À Esch et du côté français de la frontière, divers promoteurs de concerts s'associent pour livrer, en octobre, Le Tour du Cool. Kulturfabrik, les Rotondes, De Gudde Wëllen et den Atelier proposent des concerts dans une église, une piscine, une ancienne mine, une école ou encore un bâtiment désaffecté. Le programme n'est pas encore établi, mais ça sent déjà bon. fc

DESIGN

Récompense

Le *French Design 100* est un prix de design récompensant l'action internationale des designers français à travers la sélection de cent projets de design d'objets (mobilier, décoration, etc.) et d'espaces (hôtels, boutiques, restaurants, etc.). La scénographie *Is(o)lands* de Julie Conrad fait partie de cette sélection où elle se trouve en voisinage de pointures comme les frères Bouroullec, Christophe Pillet, Didier Faustino, Jacques Garcia ou Matali Crasset. Son dispositif scénique (photo : Bohumil Kostohryz) avait été créé pour les commandes de pièces de théâtre post-confinement du Kinneksbond et des Théâtres de la Ville de Luxembourg en septembre 2020. Huit pièces différentes ont été jouées avec cette scénographie flexible et mobile. Dans le cadre de ce prix, Philippe Starck, invité d'honneur, a posé aux cent lauréats la question : « Et pour vous ? Quel est l'effort à faire pour vous ouvrir au monde ? » Julie Conrad espère partager des connections authentiques avec le monde de l'art et la nature pour un « design vert et amical ». fc

SCÈNES

Invasion

« Ceci n'est pas une cavalcade » a lancé le collectif Richtung22 pour leur appel à l'« Invasion d'Esch », sous-titré *Soft Opening Capital of Culture*. Les trublions de la culture invitent à une sorte de manifestation pour se moquer de Esch2022 en soulignant son caractère libéral et capitaliste. Ils détournent les codes du marketing avec un fantaisiste bureau d'études « Eescht a Jonk »dont l'objectif est de « cultiver le Sud » à coup de béton, de verre et de snobisme de la capitale. Ils espèrent réunir ainsi des gens « déguisés en personnes qui prennent le tram, qui disent 'avion' au lieu de 'Fliiger', et qui font réellement leurs courses dans la Grand-Rue ». Rendez-vous est donné dimanche à 15h au Bâtiment 4, Kärcher, tambours et percussions bienvenus. fc

Reprise

Arrêté en cours d'exploitation au moment de la fermeture des théâtres, la pièce *AppHuman* écrite par Ian de Toffoli et mise en scène par Sophie

Langevin sera reprise la semaine prochaine (à partir du 23 février) au Théâtre des Capucins avant de partir en tournée au Staatstheater de Mainz dans le cadre des Theater Tage Rheinland-Pfalz. Fruit d'un laboratoire de recherches avec les comédiens (Denis Jousselin, Renelde Pierlot, Luc Schiltz, Pitt Simon & Garance Clavel), la pièce est une mélange de théâtre et de science dans une sorte de distopie (photo : Bohumil Kostohryz). Elle pose la question de l'humain face à la technologisation croissante du monde. Comment garder sa liberté et son libre arbitre face aux algorithmes qui gèrent les réseaux sociaux et les smartphones, à la surveillance de masse, à l'usage que font les entreprises technologiques des données personnelles et, surtout, face aux problèmes éthiques d'un quotidien régi par des systèmes automatisés (lire la critique dans le *Land* du 20.11.2020). fc

KINO

Sicherer Hafen

Viele verdächtige Charaktere, geschlagene Menschen auf einer Schiffsreise suchen möglicherweise vergeblich nach einem sicheren Hafen. So könnte man das Kernthema der neuen Agatha-Christie-Verfilmung beschreiben. Das Motiv vom geschlossenen Raum zur Auslegung menschliche Fehlverhaltens, von Betrug, Gier und Verachtung wird bei Kenneth Branagh in *Death on the Nile* einer pompösen Interpretation unterzogen: Der Meisterdetektiv Hercule Poirot (Kenneth Brannagh) wird eher unfreiwillig zum Gast der Hochzeitsreise der reichen Erbin Linnet Ridgeway (Gal Gadot) und ihres zuvor mittellosen Ehemanns Simon Doyle (Armie Hammer). Simons einstige Geliebte Jacqueline De Bellefort (Emma Mackey) kann das neue Liebesglück auf dem Luxusdampfer nicht akzeptieren. Die im Jahr 1937 angesiedelte Filmhandlung einer großen Nilfahrt verschlägt Poirot plötzlich in einen Sog aus Begierde, Misstrauen und – es dürfte kaum verwundern – Mord.

> Kenneth Branaghs Neuverfilmung von *Death on the Nile* setzt weniger auf den Kriminalfall als auf die Eindringlichkeit der Schauplätze und den Pomp ihres Star-Ensembles

Auf 65-Millimeter-Film gedreht, geht es Branaghs zweitem Agatha-Christie-Remake nach *Murder on the Orient Express* (2017) nicht so sehr um die Suche nach dem Täter. Auch nicht so sehr um den Spannungsbogen des Kriminalfalls oder um die Deduktionsarbeit des Detektivs: Die Verhörszenen sind in ihrer Abfolge derart schematisch, dass echter Spaß am Ableiten und am Zusammenfügen der Einzelteile nicht aufkommen will. Vielmehr setzt Branagh auf das Visuelle, auf die Eindrücklichkeit der Schauplätze und den Pomp seines Star-Ensembles. Die Pracht des einstigen alten Ägyptens erstrahlt hier in ihrem ganzen Glanz. Die Nachdrücklichkeit, mit der Branagh der antiken Zivilisation in einem Gestus des ehrfurchtsvollen Staunens vor dem Vergangenen und dem Exotischen Tribut zollt, macht die Nostalgie dieser Neuverfilmung aus. Sie steht sogar der Erstverfilmung unter der Regie von John Guillermin aus dem Jahr 1977 in nichts nach.

Sein Schauspieleraufgebot, angeführt von Gal Gadot, inszeniert Branagh nach den Mustern des klassischen Hollywoodkinos, als Ikonen, als Stars eines Produktionssystems: perfekt ausgelichtete Gesichter, strahlendes Make-up; unnahbare Lichtgestalten, die als Figurentypen agieren. Das gilt ebenso für den von Branagh selbst verkörperten Filmhelden: Ohne eine zünftige Verkleidung oder zumindest eine dekorierte Maske – hier ist es der übergroße Schnauzer – gibt es keinen filmreifen Meisterdetektiv. Mit einem Hang zur nostalgischen Verklärung setzt der Regisseur den Ermittler in Szene. Das Spielerische in der Arbeit des Detektivs, die Freude am kommunikativen Spiel fehlt indes gänzlich. Dieser Poirot ist selbstverständlich ein unermüdlicher Schnüffler, dessen Eleganz eher eine Tarnung für seine tragisch-schmerzvolle Vergangenheit ist; ein Mann, der seinen scharfen Intellekt und auch seinen Hauch Überheblichkeit selbstgefällig zur Schau stellt, der sich und seiner Reisegesellschaft stets in aller Ernsthaftigkeit zu beweisen hat, dass er niemandem etwas zu beweisen hat. Das macht seine Tragik wie seine Ironie aus. Es ist schlicht sein Arbeitsfeld, das Misstrauen in die Welt, die ihn umgibt, es ist das Täuschende im Menschen selbst, das den Detektiv erst konstituiert, ihn umtreibt und zum Pessimisten werden lässt. In der technischen Durchführung des Filmes selbst wird diese Weltsicht deutlich: Die vom Drehbuch her erreichte Langsamkeit, ebenso wie statische Szenen werden durch ungewöhnliche Kamerabewegungen und -positionen aus niedrigen Blickwinkeln aufgebrochen, die das Publikum stets in Irritation versetzen sollen und auch das Gefühl für eine heimliche Komplizenschaft unter den Akteuren transportieren. Der Regisseur versteht es gut, die filmischen Parameter von Zeit, Raum und Ort so zu gestalten, dass die Atmosphäre einer immer präsenten Bedrohung spürbar über der gesamten Filmhandlung ausgelegt werden kann. Branagh beobachtet da eine Reihe ganz vortäuschender, konfliktbeladener Menschen, und am Ende bleibt die Frage durchaus offen, ob diese zwielichtige Reisegesellschaft je einen sicheren Hafen ansteuern wird. ● **Marc Trappendreher**

Kenneth Brannagh interpretiert Hercule Poirot

L'écho de la forêt selon JKB Fletcher

ART CONTEMPORAIN

L'art du flou

Marianne Brausch

Entrer dans la Nosbaum Reding Projects Gallery, c'est pénétrer dans la forêt en ayant quitté le tracé des sentiers. En recherchant qui est JKB Fletcher, on retrouve une constante de travail, la photographie, qu'il a utilisée et utilise toujours pour peindre ensuite des toiles. Lors d'un long séjour en Australie, JKB Fletcher a réalisé beaucoup de portraits réalistes, voire hyper-réalistes. De cette période, il dit que son challenge était « de rendre des formes, de créer de la profondeur, en superposant des couches de peinture à l'huile de pas plus d'un millimètre d'épaisseur, pour, au final, produire une image reconnaissable (entendez réaliste) en usant de la seule couleur. »

Désormais, JKB Fletcher, né en Grande-Bretagne en 1982, vit au Luxembourg. Il est installé dans le sud du pays. Attiré par le passé industriel, ce n'est pourtant pas la rudesse de ses paysages à l'abandon qu'il a présentée en 2000 lors de son premier accrochage solo à la même Projects Gallery, mais des *Landmass*, qui montraient des pans de montagnes aiguisés, dont les hauts sommets enneigés semblaient justifier l'utilisation de la non-couleur, le noir et blanc.

Pour parler technique et évoquer sa deuxième exposition, *Abundance*, à voir actuellement, le travail d'après photo et la finesse de l'utilisation de la peinture à l'huile restent la constante de son œuvre. L'accrochage en témoigne, JKB Fletcher a travaillé ces deux dernières années des séries que l'on peut interpréter comme une ode à la forêt. Ses troncs verticaux, le relief du feuillage, l'ouverture subite et abondante (d'où sans doute le titre général) des bourgeons. Le rapport à la photographie, c'est que l'on est comme à l'intérieur du sous-bois, on semble regarder de face les couronnes feuillues et, la tête levée, par en-dessous, la floraison printanière.

Pour en revenir à la photographie, pas seulement comme technique mais en tant qu'art, on peut affirmer qu'*Abundance* est un quasi retour au pictorialisme, où la photographie était – presque encore de la peinture. Le texte qui accompagne l'exposition le dit. La forêt peinte par Fletcher, n'est plus qu'un écho de la forêt, en noir et blanc : ainsi de deux grands tableaux, dont l'un semble être le négatif de l'autre, ou, la représentation de la floraison aussi fragile et subitement disparue des cerisiers du Japon que les Nippons vénèrent dans et pour la fugitivité de l'instant. Quant aux feuillus, présentés en triptyque, ce qui est une forme classique de peinture d'autel, ce serait montrer la sacralité de nos bois. Un objet de vénération devant lequel méditer. Le temps de l'abondance n'est plus, Fletcher nous le fait subtilement comprendre.

> *La démonstration est réussie de l'interaction photographie-peinture dans deux galeries voisines au Fëschmaart*

Précieuse est la manière de peindre de Carine Kraus, dont on peut visiter simultanément à la galerie Fellner contemporary l'exposition monographique *de pas et de plis*. La figure humaine a toujours été un sujet de prédilection pour cette artiste luxembourgeoise, diplômée de l'Ecole d'Art de Lausanne où elle a elle-même enseigné, avant un parcours professionnel parisien dont en 2014-2015, un séjour à la Cité des Arts.

Carine Kraus est à l'aise dans la représentation des êtres humains, ou plutôt des corps humains, dont elle présente ici une série comme saisie dans l'instant de la danse. Carine Kraus a réalisé *Danseuses, bustier, turquoise* et *Pina 6, hommes* en 2018-19, aussi d'après photographie. La transparence de l'acrylique sur toile fait scintiller le brillant des robes des femmes virevoltantes dans la première œuvre et focalise le regard sur les mains d'hommes vêtus de costumes sombres, stricts, qui tapent, comme des danseurs de flamenco.

C'est un quasi sur-place, alors que tous les corps et autres parties de corps représentés par Kraus sont entraînés par le mouvement de la danse. On sent aussi l'effort physique, une impudeur se dégage parfois de mouvements du bassin. Ce n'est pas le cas de ses deux peintures les plus récentes. *Pas à gauche* et Pas à droite, outre que le mouvement de la danse entraîne les silhouettes comme hors du cadre, elles ne sont plus que mouvements de tissus et corps enlacés, ce qui éclaire le titre général de l'exposition *de pas et de plis*. Le pied de la danseuse seul prend encore appui sur un sol miroir. C'est, à n'en pas douter, un pas de tango, la danse la plus sérieuse qui soit. Carine Kraus sait la peindre. ●

L'exposition *Abundance*, de JKB Fletcher est à voir à la Projects Gallery Nosbaum Reding, 4 rue Wiltheim

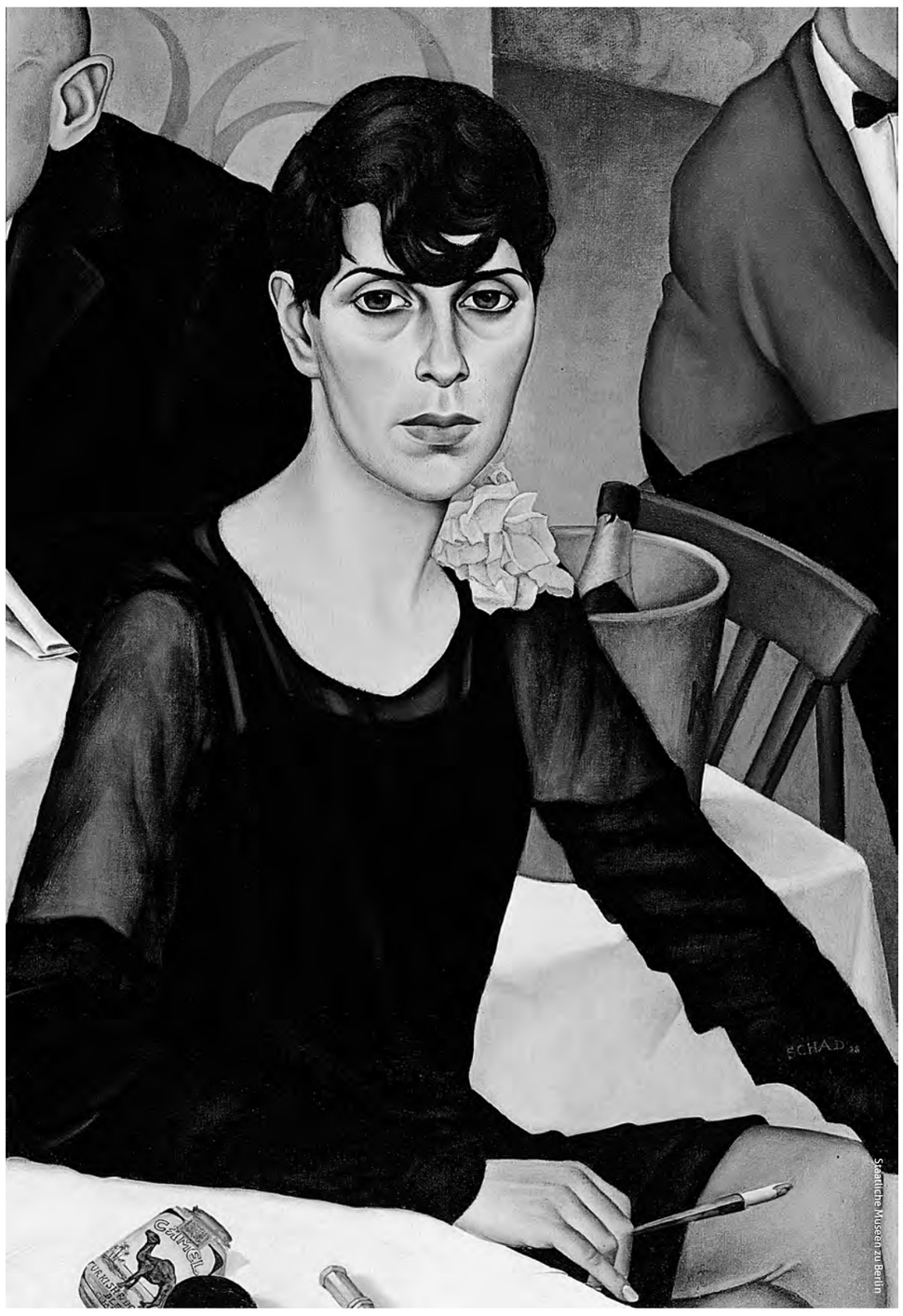
De pas et de plis, de Carine Kraus, est à voir à la galerie Fellner contemporary, 2bis rue Wiltheim

IN BERLIN

Spiegelbild der Jagd auf die Moderne

Anina Valle Thiele

Mit *Die Kunst der Gesellschaft* lockt die Neue Nationalgalerie in Berlin in den sanierten Bau und zeigt eine eindrucksvolle Schau, die mit Werken von Laserstein, Dix, Ernst, Grosz und Kirchner offenbart, wie die klassische Moderne vor hundert Jahren blühte …



Christian Schad, Sonja, 1928

Unweit von dem unwirtlich zugebauten Potsdamer Platz in Berlin ist die von Mies van der Rohe entworfene Neue Nationalgalerie ein *Eyecatcher*. Als letztes eigenständiges Werk von 1965 bis 1968 von ihm erbaut, ist das Gebäude ein Vermächtnis eines visionären Architekten des 20. Jahrhunderts. Sechs Jahre wurde das Museum aufwendig saniert und lockt nun in neuem Glanz mit altem Charme. „So viel Mies wie möglich" war das Motto von David Chipperfield und seinem sanierenden Architektur-Team, und daran hat es sich gehalten.

Im weitläufigen Sammlungsgeschoss präsentiert die Neue Nationalgalerie nun erstmals wieder Hauptwerke der Klassischen Moderne: *Die Kunst der Gesellschaft* zeigt rund 250 bedeutende Gemälde und Skulpturen aus den Jahren 1900 bis 1945, u.a. von Otto Dix, Hannah Höch, Ernst Ludwig Kirchner und Lotte Laserstein. Über die Ästhetik-Geschichte hinaus verdeutlichen die Werke eindrücklich den Zusammenhang von Kunst und Gesellschaft: Deutsches Kaiserreich, Kolonialgeschichte, Erster Weltkrieg, die „Goldenen" Zwanziger Jahre der Weimarer Republik, Verfemung der Avantgarde im Nationalsozialismus sowie Zweiter Weltkrieg und Holocaust spiegeln sich in den Gemälden und Skulpturen wider.

Die Ausstellung verfolgt im Hinblick auf die Kunstrichtungen keine Linearität, betonen die Ausstellungskuratoren. Der offene Grundriss der Architektur Mies van der Rohes gibt keinen festen Rundgang vor. Vielmehr wird die Gleichzeitigkeit der unterschiedlichen Avantgardeströmungen verdeutlicht. Die BesucherInnen können dem Benjaminschen Typus des großstädtischen Flaneurs folgend sich treiben lassen und die Perspektiven(wechsel) des Expressionismus, Kubismus, Dadaismus oder der neuen Sachlichkeit auf sich wirken lassen. An den großen gesellschaftlichen Themen, etwa Großstadt, Reformbewegung, Politik und Propaganda, Exil und Krieg, orientieren sich die Ausstellungskapitel.

Das großformatige Gemälde *Abend über Potsdam* aus dem Jahr 1930 von Lotte Laserstein bildet den Auftakt. Ihr Gemälde fängt die damalige Stimmung in Berlin ein wie eine Momentaufnahme: Auf einem Balkon sitzen Freunde an einer Tafel, wie beim letzten Abendmahl. An der Stelle von Jesus sitzt eine junge Frau in gelbem Kleid. „Vor einer topografischen genauen Ansicht der Stadtsilhouette von Potsdam vor den Toren Berlins verharren die fünf Personen in einer ahnungsvollen Melancholie", schreibt Dieter Scholz im begleitenden Katalog. Das Gemälde vermittelt Endzeitstimmung. Durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten bricht Lasersteins einsetzende Karriere jäh ab. Die Künstlerin muss aufgrund ihrer jüdischen Herkunft 1937 nach Schweden emigrieren, wo sie bis zu ihrem Tod (1993) lebt.

Die Werke von Laserstein und Sascha Wiederhold seien herausragende Beispiele für die „Klassische Moderne", betont Scholz. In der bildenden Kunst wird damit der Zeitraum von etwa 1900 bis 1945 bezeichnet, insbesondere die Bewegungen, die formale Neuerungen anstreben. Kennzeichnend sei dabei nicht die Abfolge der Stile, sondern eine „Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeiten", neue Strömungen überschneiden sich mit älteren Darstellungsweisen.

Während in vielen europäischen Ländern die „Moderne" den Neuanfang nach dem Mittelalter bezeichnet, wird in Deutschland damit eher der große „Umbruch" verbunden, der sich mit der Industrialisierung um 1900 ereignet hat, so Joachim Jäger in seinem Beitrag. Der „Moderne" zugerechnet werden dabei auch die großen Freiheitsbewegungen der Demokratie, der Frauenemanzipation oder ein offener, von der Großstadtkultur geprägter Lebensstil. Im Umkehrschluss mache die Kolonisierung klar, dass die Geschichte der „Moderne" im gleichen Maße für Gewalt und Unterdrückung stehe. Natürlich folgen die Museumstexte insofern keinem naiven Verständnis der „Moderne", dennoch bleibt die Auseinandersetzung mit diesem Begriff in den Sälen merkwürdig oberflächlich und letztlich doch idealistisch.

Im Zentrum der Metropole stehen zwei Prostituierte auf dem Potsdamer Platz: Die mitternächtliche Szene vollendete Ernst Ludwig Kirchner nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 in Berlin. Auf einer ovalen Verkehrsinsel symbolisieren die Prostituierten („Kokotten") die empfundene Isolation und Entfremdung des Individuums. In der Ausstellung werden Kirchners expressionistische Gemälde den impressionistischen Gemälden Max Liebermanns entgegengestellt. Ein gelungener Effekt.

Zwischen Potsdamer Platz, Pariser Platz und Bauhaus flanierend, gelangt man zu den dadaistischen Bildern von Hannah Höch. Aufgepasst: Dada ist keine Kunstrichtung! Liest man als Überschrift einer Illustrierten mit der Fotomontage eines nachdenkenden Albert Einstein, die Höch im Sommer 1920 für die *Erste Internationale Dada-Messe* in Berlin erstellt hat. Auf ihren Collagen greifen Räder ineinander, Bildelemente kreisen wild durcheinander, alles ist Bewegung.

Höch arbeitete als Entwurfszeichnerin im Ullstein Verlag, in dem u.a. die *Berliner Illustrierte Zeitung* erschien. Aus dieser schnitt sie die Fotos für ihre Kunstwerke aus. Darunter klebte sie etwa eine Karte Europas, die zeigt, in welchen Staaten Frauen das Wahlrecht besitzen. Aus dem Verzeichnis der Ersten Internationalen Dada-Messe stammt der Eintrag zur Katalognummer: „20 Hannchen Höch: Schnitt mit dem Kuchenmesser Dada durch die letzte Bierbauchepoche Deutschlands".

Von den Wunden des Ersten Weltkriegs, Kriegstraumata und Kriegsgelüsten zeugen die Werke von Otto Dix oder Georg Grosz. Dix' Gemälde *Die Skatspieler* (1920) zeigt drei verstümmelte Veteranen beim Kartenspiel in einem Café in Dresden. Mutet sein *Mondweib* 1919 noch futuristisch-surrealistisch an, so treibt einem der Blick ins verstaubte Wohnzimmer, das Porträt einer biederen Familie (*Die Familie des Malers Adalbert Trillhaase*, 1923), die Lachtränen ins Gesicht. Mit hochgezogenen Augenbraunen schauen einem die Familienmitglieder (sogar aus einem an der Wand hängenden Gemälde im Bild) entgegen.

Schließlich fehlen auch Abstraktion, Bauhaus und Werke von Kandinsky und Klee nicht. Hilma af Klints mystisch-religiöse Traumwelten führen über surreale Werke Picassos hin zu Max Ernst, dessen Kreativität einen Höhepunkt findet in einem mit wilden Kreisen überfluteten Gemälde, *Junger Mann, beunruhigt durch den Flug einer nicht-euklidischen Fliege* (1942).

Gemälde von Dalí, Magritte und Leonor Fini bilden den Schlusspunkt der surrealistischen Abteilung und leiten über zur Neuen Sachlichkeit: „Der steigende Bedarf an Angestellten eröffnet auch Frauen aus unteren Gesellschaftsschichten neue Verdienstmöglichkeiten. Das neue weibliche Selbstverständnis führt zum Erscheinen der sogenannten ‚Neuen Frau' im städtischen Alltag (…). Sie bewegt sich auch ohne männliche Begleitung in Cafés und Nachtlokalen und wählt ihre Geliebten – gleich welchen Geschlechts – selbst", erläutert Irina Hiebert Grun. Christian Schads *Sonja* (1928) verkörpert diesen selbstbewussten androgynen Frauentypus.

Das Stichwort „Exil" leitet die Wende ein. Auf das Erblühen der Moderne folgt Verfolgung. Ernesto de Fioris Bronzefigur *Fliehender* (1934) entsteht, als sein jüdischer Galerist Alfred Flechtheim bereits emigriert ist.

Recht pädagogisch wird der Begriff der „entarteten Kunst" erklärt. Deutlich wird die Tragweite der diesbezüglichen Maßnahmen im Nationalsozialismus: „In weiteren Säuberungsaktionen ab August 1937 werden insgesamt etwa 20 000 Kunstwerke aus über 100 deutschen Museen entfernt. Was nicht als „international verwendbar" eingestuft wird, wird in großem Umfang vernichtet. 1939 verbrennt das NS-Regime im Hof der Berliner Hauptfeuerwehrwache vermutlich etwa 5 000 Werke.

Die Beklemmung wird durch die Bildnisse von Max Beckmann, die mitten im Krieg entstehen, wie durch Skulpturen von Renée Sintenis verstetigt. Am Ende stehen Vernichtung und die Welt psychisch Erkrankter. Für die nationalsozialistische Propaganda wurde diese Außenseiterkunst wenig später zum Vergleichsmaterial, um die Kunst der Moderne als pathologisch zu verkehren …

So erweist sich diese umfangreiche Schau als Spiegelbild der Moderne. Genau dort, wo vor über Hundert Jahren am Potsdamer Platz die Avantgarde eine Blüte erfuhr, sticht die Nationalgalerie nicht nur architektonisch einsam hervor, sondern überrascht, ja erschlägt die BesucherInnen fast mit *Die Kunst der Gesellschaft* in all ihren aufwühlenden, progressiven und wegweisenden Facetten. ●

Die Kunst der Gesellschaft 1900-1945. Sammlung der Nationalgalerie ist noch bis zum 2. Juli 2023 in der Neuen Nationalgalerie Berlin zu sehen.
Weitere Informationen: smb.museum

Katalog: Zur Ausstellung ist eine von Joachim Jäger, Dieter Scholz und Irina Hiebert Grun herausgegebene Publikation erschienen: *Die Kunst der Gesellschaft. 1900-1945, Ausstellungskatalog Neue Nationalgalerie*, DCV Verlag, Berlin 2021. Preis: ca. 27 Euro

CINÉMASTEAK

Maître-(dé) chanteur

Blackmail (*Chantage*, 1929) est la première incursion de Hitchcock dans le royaume de la parole enregistrée, après la diffusion probante aux États-Unis de *The Jazz Singer* (Alan Crosland, 1927) qui finira par imposer au monde ce nouveau procédé technique. Si le film du fameux cinéaste britannique n'est pas aussi abouti que *L'Ange bleu* (1930) de Josef von Sternberg, réalisé en Allemagne à la même époque, il dispose de qualités qui annoncent à bien des égards les chefs-d'œuvre de la maturité que sont notamment *Psychose* (1960) et *Vertigo* (1958). Si bien que revoir *Blackmail* revient à recueillir les germes d'une promesse de modernité.

On prend tout d'abord conscience de la prédilection de Hitchcock pour le film policier, auquel sa filmographie tout entière a fini par s'identifier, pour ne rien dire des déclinaisons littéraires et télévisuelles (*Alfred Hitchcock présente…*) auxquelles il aura largement contribué en mettant en scène sa propre production cinématographique. Cet attrait ininterrompu pour ce genre cinématographique révèle une personnalité obsessionnelle. On en est d'autant plus convaincu en jetant un œil au synopsis de *Blackmail*, où une jeune femme (la blonde Alice, à l'allure très Belle Époque, interprétée par la Tchèque Anny Ondra) est à l'origine d'une passion érotique qui sera noyée dans le sang… Particulièrement prolixe et séductrice au début du récit, au point de délaisser provisoirement son amoureux (Frank, détective à Scotland Yard) pour s'en aller au bras d'un artiste de passage, la jeune femme devient muette au fur et à mesure que son implication criminelle est mise au jour. Difficile de ne pas reconnaître dans ce schéma narratif le thème de la culpabilité féminine (maudite Eve de la Genèse !), vieux fond biblique sur lequel se déroulent la plupart des fables du maître du suspens, qui n'est moderne qu'en apparence seulement. De Blackmail à *Psychose*, le couteau reste l'instrument privilégié du crime, cependant que de mêmes angles de vue vertigineux (un escalier représenté en forte plongée) servent à désigner le lieu du drame. Un rapport à l'espace qui s'exprime pleinement dans les scènes filmées au British Museum, au sommet duquel l'intrigue trouve son dénouement, et dont les antiquités égyptiennes, avec ses sarcophages et ses momies, préfigurent le sort inéluctable d'un innocent en fuite. Comme dans *Le Procès* de Kafka, ce ne sont pas forcément les coupables que l'on poursuit.

Impressionnante mise en espace au British Museum

Autre obsession, figurative cette fois-ci : le motif circulaire qui roule de film en film, depuis les jumelles à travers lesquelles on perçoit le réel dans *Fenêtre sur cour* (1954) au chignon spiralé de Madeleine (Kim Novak) dans *Vertigo*. Dès l'ouverture de *Blackmail*, une roue tournant à grande vitesse est mise en exergue, avant d'être rattachée à un fourgon de police lancée à vive allure. On songe au cycle de la vie et de la mort qui lie les criminels à leurs victimes, mais aussi à l'œil mécanique de la caméra, dont l'objectivité des vues est sans cesse brouillée par les visions fantasmatiques des personnages. Présente dans *Vertigo* aussi bien que dans *Blackmail*, où est introduite la figure de l'artiste, la peinture est, elle aussi, une surface propice à toutes sortes de projections imaginaires. D'autres belles trouvailles émaillent le récit et confirment la singularité de l'auteur : déjà un caméo glissé incognito dans un bus, un raccord-son qui transite à partir d'un cri, un paravent découpant la composition à la façon d'un *split screen*…

Conteur populaire et artiste génial, Hitchcock est l'un des rares cinéastes à avoir su conjuguer le commerce des histoires et les expérimentations formelles héritées des avants-gardes. Qu'il en soit toujours remercié. ● **Loïc Millot**

Blackmail (1929, G-B), 87', vostf,
est présenté vendredi 18 février à 18h30
à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg
Direction générale du tourisme

La Direction générale du tourisme engage pour les mois de juin, juillet, août et septembre 2022

Des étudiants (m/f)

- Pour assurer l'accueil dans différents bureaux d'information touristique ;
- Pour assurer l'animation touristique sous la direction du coordinateur d'animation touristique régional dans les régions suivantes :
  - Ardennes luxembourgeoises ;
  - Mullerthal – Petite Suisse luxembourgeoise ;
  - Moselle ;
  - Guttland – Région Centre/Ouest ;
  - Sud.

Leur mission consistera à prendre en charge les touristes désireux de passer des vacances actives et à leur faire découvrir les attraits touristiques de la région.

Les candidat(e)s devront être âgé(e)s de 18 à 26 ans, détenir un permis de conduire et avoir une voiture à disposition. Les étudiant(e)s participeront à une formation préparatoire non-rémunérée.

Durée d'occupation :
à convenir avec l'Office Régional.

L'étudiant devra s'assurer que la période maximale d'occupation ne dépasse pas 346 heures par année civile (maximum de 2 mois), tous contrats cumulés !

Les demandes devront indiquer la région pour laquelle l'étudiant postule, et être accompagnées d'un certificat de scolarité du semestre d'été 2022.

Elles sont à adresser à la
Direction générale du tourisme,
B.P. 86
L-2937 Luxembourg
pour le 21 mars 2022 au plus tard.

Pour tous renseignements supplémentaires, veuillez-vous adresser au tél. n° 247-84781 ou envoyer un email à *etudiants@eco.etat.lu*

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 29.03.2022
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
MCL05.1B – Travaux d'enduits, de plâtreries, de cloisons sèches et de peintures en sous-sols dans l'intérêt de la construction de l'immeuble Jean Monnet 2 pour la Commission européenne à Luxembourg.

Description succincte du marché :
L'immeuble se décompose en :
- Bâtiment principal de 8 étages d'environ 138 400 m² ;
- Bâtiment tour de 23 étages d'environ 48 200 m² ;
- Bâtiment nommé « Welcome Pavillon » d'environ 3 800 m².

Les travaux du présent lot se décomposent essentiellement en la fourniture et mise en œuvre/pose de :
- Cloisons en plaques de plâtre : env. 5 700 m² avec éléments spéciaux (renforts, trappes et portes de gaines, etc.) ;
- Faux-plafond en plaques de plâtre : env. 3 250 m² avec intégrations (trappes de visite, etc.) ;
- Faux-plafond métallique : env. 130 m² ;
- Enduits plâtre murs et plafonds, et enduits secs : env. 9 400 m² ;
- Enduits ciment murs et plafonds : env. 5 200 m² ;
- Peintures murs et plafonds : env. 112 700 m² ;
- Isolation extérieures murs : env. 6 450 m² ;
- Isolations intérieures murs et plafonds : env. 800 m².

La durée des travaux est de 727 jours ouvrables, à débuter au 2e semestre 2022.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
14.02.2022

La version intégrale de l'avis n° 2200332 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 05.04.2022
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installations électriques basse tension à exécuter dans l'intérêt de l'Agence OTAN de soutien et d'acquisition (NSPA) à Capellen – mise en sécurité des bâtiments 20, 21, 23, 26, 27, 28, 29 et 44.

Description succincte du marché :
- Remplacement de 29 tableaux électriques et contrôle de 2 autres ;
- Mise en place d'éclairages de secours avec env. 350 luminaires de secours ;
- Mise en place des câblages vers les éclairages et prises ;
- Mise en place d'une terre.

La durée des travaux est de 250 jours ouvrables, à débuter au 3e trimestre 2022.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.02. 2022

La version intégrale de l'avis n° 2200314 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 24.03.2022
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de réaménagement extérieur à exécuter dans l'intérêt du Lycée à Junglinster.

Description succincte du marché :
Le présent marché est un marché de travaux de réaménagements extérieurs pour la Lycée à Junglinster
- Travaux préparatoires :
  - Terrassements en déblais 1 850 m³
  - Remblai réglage des talus 1 800 m²
  - Remblai divers concassés 7 500 m³
- Eclairage :
  - Lampadaires et socles béton 22 pc
  - Gaines enterrées et câbles 1 720 ml
  - Feuillard en acier inoxydable 900 ml
- Revêtements :
  - Pavés et dalles béton 2 750 m²
  - Bordures granit 1 575 ml
  - Enrobés hydrocarbonés 5 290 m²

La durée des travaux est de 500 jours ouvrables (en phases), à débuter fin 2e trimestre 2022.
Les travaux sont adjugés à prix unitaires.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.02.2022

La version intégrale de l'avis n° 2200349 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

Ministère de la Mobilité et des Travaux publics
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 07.04.2022
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Les offres sont obligatoirement et exclusivement à remettre via le Portail des marchés publics avant la date et l'heure fixées pour l'ouverture.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de transformation et de compartimentage à exécuter dans l'intérêt de l'Agence OTAN de soutien et d'acquisition (NSPA) à Capellen – mise en sécurité des bâtiments 20, 21, 23, 26, 27, 28, 29 et 44.

Description succincte du marché :
- Travaux de compartimentage coupe-feu (CF) :
  - env. 770 m² de cloisons CF, env. 580 m² de faux-plafonds CF, des trappes de visite et des resserrages
- Travaux de menuiseries intérieures :
  - env. 30 portes CF métalliques et 79 portes CF en bois
- Travaux de menuiseries extérieures :
  - 4 portes et 6 fenêtres métalliques
- Autres travaux de toiture, de ferronnerie et de parachèvement

La durée des travaux est de 250 jours ouvrables, à débuter au 3e trimestre 2022.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).
La remise électronique est obligatoire.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Conditions de participation :
Toutes les conditions de participation sont indiquées dans les documents de soumissions.

Réception des offres :
Les offres sont à remettre via le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.02.2022

La version intégrale de l'avis n° 2200316 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

SIDEN

Syndicat Intercommunal de Dépollution des Eaux résiduaires du Nord (Siden)

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 15.04.2022
Heure : 10.00 heures

Lieu :
L'ouverture de la soumission aura lieu dans la salle des soumissions affichée à la réception du bâtiment administratif du Siden, à Bleesbruck, L-9359 Bettendorf.

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
K0101-12 modernisation et agrandissement de la station d'épuration existante de Bleesbruck pour une capacité de 130 000 Eh / équipements éléctromécaniques phase 4

Description succincte du marché :
Construction d'un nouveau digesteur et modernisation des digesteurs existants

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Sous peine de nullité, les documents de soumission sont à télécharger sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Le début des travaux est prévu pour le 1er août 2022.
Le délai d'exécution est de 742 jours ouvrables.

Conditions de participation :
- Chiffre d'affaires annuel minimal dans le métier concernée : 5 000 000 euros
- Nombre minimal des références pour des ouvrages analogues et de même nature : 3 références

Modalités visite des lieux/réunion d'information :
Une réunion d'information aura lieu le lundi 28 février 2022, à partir de 13.30 heures.
Lieu de rendez-vous : Entrée de la station d'épuration de Bleesbruck

Réception des offres :
Conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics, la remise et l'ouverture électronique des offres est obligatoire pour ce marché. Sous peine d'exclusion, les offres doivent être déposées sur le Portail des marchés publics (*www.pmp.lu*), avant les dates et heures fixées pour l'ouverture. Les offres sous forme de papier ne seront pas acceptées.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
17.02.2022

La version intégrale de l'avis n° 2200353 peut être consultée sur *www.marches-publics.lu*

Le bureau du Siden :
Ali Kaes, président;
Claude Thill, 1er vice-président;
Fernand Mergen, 2ième vice-président;
Henri Rinnen, membre;
Romain Schroeder, membre

---

d'Lëtzebuerger **Land** **Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983.** Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029,N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant** Stephan Kinsch (48 57 57-1; land@land.lu), **Rédacteur en chef** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), **Rédaction** France Clarinval (48 57 57-26; fclarinval@land.lu), Luc Laboulle (48 57 57-28; llaboulle@land.lu), Stéphanie Majerus (48 57 57 35; smajerus@land.lu), Pierre Sorlut (48 57 57-20; psorlut@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu), **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger (48 57 57-34; pgreiveldinger@land.lu), **Photos** Sven Becker (48 57 57-36; sbecker@land.lu), **Administration et publicité** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg Courrier Boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Twitter** @Letzland **Facebook** d'Lëtzebuerger Land **Instagram** letzebuerger_land **Impression offset** Mediahuis Luxembourg S.A. **Prix par numéro** 4,50 € **Abonnement annuel** 160,00 € **Abonnement étudiant/e** 85,00 € **Comptes en banque** CCPLLULL: IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLLULL: IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGLLLULL: IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELULL: IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLLULL: IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXLULL: IBAN LU59 0080 0484 9600 1003 **www.land.lu**

INFLUENCEURS VS CRITIQUES

Le grand déplacement

Lucien Kayser

On prédit que dans quelques années tout va être tokénisé, le monde entièrement indexé sur le numérique, faut-il s'en réjouir ?

Ouriel Morgensztern

***Le Baiser* de Klimt est proposé à la vente en extraits numériques**

Les lecteurs du *Land* ont été bien servis ces dernières semaines, plus rien ne devrait leur être étranger des NFT (non fungible tokens) ou des influenceurs. Je les mets dans le même sac, ils appartiennent au même monde, fait de bitcoins, de réseaux sociaux, et j'en passe et j'en oublie, ce n'est pas ma tasse de thé. Plus de secret donc sur le marketing d'influence, et pour les jetons, les lecteurs auront appris que nos amis Brognon et Rollin ont proposé (avec du succès) des œuvres numériques, trouvé des collectionneurs. Dans un numéro récent du *Monde*, Neïl Beloufa, artiste investi dans les NFT, est allé loin, pour énoncer de nouvelles relations galeries-artistes, ça se passerait alors sur la blockchain, qu'un esprit naïf soupçonne à tort ou à raison peu regardante sur le blanchiment d'argent ou l'évasion fiscale.

Un autre système de marché, sans plus, est-on peut-être tenté de dire. Et personne ne niera que l'art, dès qu'il fut sorti des cavernes, entrant dans les palais comme dans les cathédrales, a toujours eu partie liée à l'argent, aux affaires. Avec tous les risques de tromperie, de supercherie possibles, exemple pas si lointain, et chose avouée est à demi pardonnée, comme il n'y a pas eu de mal véritable pour personne, le crâne serti de diamants de Damien Hirst, produit pour 18 millions d'euros, prétendument vendu pour 75 millions, alors qu'il n'a à aucun moment quitté le coffre-fort de l'artiste menteur.

L'œuvre s'appelait, s'appelle toujours *For the Love of God*, alors qu'il ne s'agissait que d'une affaire, d'une opération de marketing. Où la valeur (réelle) compte peu, il entre en jeu, bien coûtant, la narration faite autour. Et dès lors les influenceuses (nombreuses) et les influenceurs prennent de plus en plus la place des critiques que les journaux ont du mal à payer (vous souriez, ça vaut aussi pour la critique gastronomique). Ces célébrités souvent, ou leaders d'opinion, tant qu'ils en restent dans le lifestyle, on s'en ficherait. Dans l'art, c'est autre chose, même que lui non plus n'en a jamais été dépourvu, artistes en premier, enseignants, directeurs de musées, commissaires, critiques justement. Mais la dénomination des derniers est signifiante : fixer des valeurs, autres que le fric. De sorte qu'il faut toujours suivre longtemps un critique pour connaître son canon esthétique, et après juger par soi-même.

Aujourd'hui, avec le boom des réseaux sociaux, des blogs, il en va autrement, dans l'accélération du monde où nous vivons, avec une approche de la communication qui fait la part belle aux agences dont la plus connue en France se vante du plus grand réseau professionnel mondial sur *LinkedIn*. De la stratégie de communication et d'influence, voire de publicité plus que d'autre chose. Avec, au bout, des textes qui sont simplement repris, de journal en journal, de région en région. On objectera que très souvent ils s'en tiennent à une simple information, sans jugement ; le pis de tout cela, tout finit par être mis sur un pied d'égalité, la place qui revient à l'un et à l'autre ne fait plus de différence. Qu'on ne vienne pas argumenter démocratiquement, il n'est pas vrai, en art, que tout se vaut (malgré les divergences qu'il peut y avoir : je reconnais une valeur, et pourtant ce n'est pas ce que j'aime ou vers quoi je tends).

On a fêté la Saint-Valentin lundi dernier, et comme pour toutes les fêtes, quelles qu'elles soient, le commerce veut bien en profiter. Ainsi tel musée, eh oui, le Belvédère de Vienne, car en plus il est demandé aux musées de plus en plus de pourvoir au maximum eux-mêmes à leurs besoins financiers. Alors les responsables se sont jetés sur leur tableau le plus célèbre, un Klimt, *Le Baiser*, que tout le monde connaît, et en plus c'est bon pour la fête des amoureux. Bien sûr qu'ils n'allaient pas le vendre, quant aux puzzles de leur boutique, pardon *shop*, eux, à quelques dizaines d'euros, ne rapportent pas assez, et c'est hors de mode. Ils ont pixelisé et tokénisé l'icône, en dix mille unités, pas moins, à 1 850 euros. Cela pourrait rapporter gros, bien plus que ce que les Offices, à Florence, ont gagné, maigres 150 000 euros, avec un autre clone digital. Seulement, mardi dernier, il y a eu un tirage au sort : avec beaucoup de chance, vous eûtes les lèvres de la femme à offrir, autrement, il fallut se contenter d'un petit carré plus banal, il est vrai de décoration splendide.

> *Les influenceuses et influenceurs prennent de plus en plus la place des critiques que les journaux ont du mal à payer*

Permettez, en conclusion, un moment de nostalgie. Il nous ramène en 1959. Yves Klein, celui du bleu IKB, vous savez, eut l'idée, largement en avance sur notre monde virtuel dans sa mystique symbolique, d'une vente de « sensibilité picturale immatérielle », matérialisée quand même par des chèques, des reçus imprimés remis à l'acquéreur d'un volume ou d'une zone. On ne payait pas une somme d'argent, mais quelques grammes d'or ; la structure des reçus portait de la peinture dorée, en plus de l'encre rose renvoyant au sang de l'artiste qui signifiait de la sorte s'engager pleinement dans cet acte. Avouez, ça avait une toute autre gueule, c'était il y a plus de soixante ans. ●

BERLINALE / FILMS MADE IN LUXEMBOURG

Um des Überlebens Willen

Martin Theobald

Dreifilm

Cioma Schönhaus (Louis Hofmann) und sein Freund Det (Jonathan Berlin) gehen zum Tanz

Der Satz fällt beiläufig. In die düstere, beinahe unheimliche Szenerie gesprochen. Dazu ein strahlendes, jugendliches, blauäugiges Lächeln. Seine Eltern seien „auf Transport nach Osten" geschickt worden. Ein Kriminalpolizist steht im Raum. Er will die Liste der Wertsachen abgleichen, die die Mutter bei der jüdischen Gemeinde abgegeben hat. Sie sollen in den nächsten Tagen beschlagnahmt und abtransportiert werden. Der Sohn lächelt. Er macht nicht auf Heldentum, sondern spricht die unheilvollen Worte. Sie meinen nichts anderes als: Seine Familie ist ins Konzentrationslager deportiert worden.

Samson Cioma Schönhaus, gespielt von Louis Hofmann, bleibt allein zurück im Salon einer großbürgerlichen Berliner Wohnung. Sommer 1942. Er ist noch keine zwanzig Jahre alt, weiß noch nicht, dass er seine Familie nie wiedersehen wird, hat keine Vorstellung davon, dass das Deutsche Reich „judenfrei" gemacht werden soll, dass auch er seine Heimat – und mehr noch seine Jugend verlieren wird. Es ist eine eben jener beiläufigen Szenen im Film *Der Passfälscher* von Maggie Perens, die ihre Wucht im Nachhall entfalten, die das Monströse und Böse zu einer beiläufigen Banalität werden lassen. Der Film erzählt ein Jahr aus dem wahren Leben eines jungen Mannes, der unter dem Wahn und Druck aus Verfolgung und Vernichtung seinen jugendlichen Charme, auch oft seinen Übermut und Leichtsinn nutzt, um einfach nur überleben zu wollen, um jung sein zu dürfen.

> *Das Werk trägt zur richtigen Einordnung dessen bei, was es tatsächlich heißt, in einer Diktatur zu leben*

Schönhaus ist in diesem Sommer noch als kriegswichtiger Beschäftiger in einer Berliner Waffenfabrik angestellt, was ihn zunächst noch vor der Deportation mit seinen Eltern bewahrte. Spätestens der Besuch des akribischen Kriminalpolizisten machen ihm bewusst, dass die Tage der trügerischen Stille und der sorglosen Jugend gezählt sind. Dennoch möchte er in seinem Übermut diese genießen. Dazu muss er sein Schicksal mehr als ein Mal hinausfordern. Schönhaus nimmt sich mehr heraus, als er eigentlich darf. Obwohl untergetaucht, bleibt er nicht unsichtbar, sondern begibt sich unter Menschen, geht in Restaurants, zum Tanz. Dies sei Mimikry, sagt er im Film, eine Form der Nachahmung etwa visueller Signale, die dazu führt, dass dem Nachahmer und Fälscher Vorteile durch die Täuschung des Signalempfängers entstehen. Schönhaus gibt sich also deutscher und arischer als es die Deutschen im Dritten Reich von ihm erwarten. Dazu braucht es nicht nur einen neuen Haarschnitt und Namen, sondern auch Chuzpe, Mut und Übermut, die ihn zum Musterdeutschen werden lässt. Inklusive des Habitus der Obrigkeitshörigkeit, mit dem er seinen Kopf in brenzligen Situation retten kann. Er stößt im Jahr 1943 zum Helferkreis von Franz Kaufmann und der Bekennenden Kirche, denn er kann etwas, womit er anderen hilft und Menschen rettet: Ausweise und Dokumente perfekt nachzeichnen, Stempel basteln, Druckschriften ersetzen. Kurzum: Pässe fälschen – für im Untergrund lebende Juden. Sein Können verhilft letztendlich auch ihm selbst zur Flucht in die Schweiz.

Man mag glauben, dass man eine solche Geschichte bereits tausendmal gesehen hat. Erinnerungen werden an die deutsch-österreichische Koproduktion *Die Fälscher* aus dem Jahr 2007 wach, die die Geschichte von Adolf Burger erzählt, der im Konzentrationslager im Auftrag der Nazis Geld fälschen musste. Der Titel des Perens-Films mag diese Assoziation beflügeln. Doch *Der Passfälscher* unterscheidet sich deutlich und ist nicht die beliebigste Wiederholung eines auserzählten Themas in moderner Filmerzählung. Es ist wesentlich mehr. Es ist vor allen Dingen ein Film zur rechten Zeit. Im wahrsten Sinne des Wortes. Einerseits gegen das Vergessen, denn die letzten Zeitzeugen der Shoa sterben und hinterlassen eine Lücke im Narrativ, um weiterzutragen und lebendig zu halten, was in der Schönfärberei und Verharmlosung der Erinnerung und Umdeutung zu verblassen droht. Andererseits trägt das Werk zur richtigen Einordnung dessen bei, was es tatsächlich heißt, in einer Diktatur zu leben, was es bedeutet, wenn die Meinungsfreiheit abgeschafft ist, wenn Denunziation, Verhaftung und Ermordung alltäglich sind. Es ist der große Verdienst von Regisseurin Perens, dass sie dabei nicht auf Knallchargen in braunen Naziuniformen setzt oder Massenszenen mit gerecktem rechten Arm inszeniert, sondern das Grauen des Dritten Reichs in den Nebenfiguren sichtbar macht, die die Rollennamen Frau Peters oder Herr Dietrich – gespielt von André Jung – tragen. Begegnungen im Tanzlokal, in einem Restaurant, die impertinente Vorwitz von Frau Peters reichen aus, deutlich zu machen, wie weit eine Diktatur das moralische und ethische Grundgerüst einer Gesellschaft zerstören kann.

Sei es beim Essen. In den knappen Restaurantszenen hat Schauspieler Luc Feit Auftritte mit einer äußerst intensiven Präsenz. Er nutzt diese, um in seiner Rolle – Kellner Albert – den ganzen Zwiespalt von Menschlichkeit und Unmenschlichkeit zu offenbaren. Dabei ist er in den Kameraeinstellungen oftmals kopflos und dennoch durch die Persönlichkeit fassbar und begreifbar, gibt sein äußerst präzises Spiel mehr Einblicke in die Menschlichkeit in totalitären Diktaturen. Mit der simplen Frage nach Lebensmittelkarten läutet er eine der wichtigsten Szenen des Films ein, der die Unbeschwertheit und das Hoffnungsvolle des Films in das pure Gegenteil verkehrt. Marc Limpach gibt den Anwalts Franz Kaufmann, der zwischen den Gegenpolen laviert und sich als überheblich unangreifbar hält, bis er auffliegt. Die historische Person wurde 1944 im KZ Sachsenhausen ermordet. Samson Cioma Schönhaus hingegen gelang die Flucht. Er starb 2015 in der Schweiz.

Der Film ist eine deutsch-luxemburgische Koproduktion. Auf Seiten des Großherzogtums zeichnete die Produktionsfirma Amour Fou von Bady Minck verantwortlich. Finanzielle Unterstützung gab es vom Film Fund Luxembourg. Gedreht wurde von Januar bis März letzten Jahres unter anderem bei Arcelor Mittal in Schifflingen, den Kasematten der Hauptstadt und im Minettpark von Fond de Gras. Der Film feierte am vergangenen Sonntag seine Premiere in der Sektion „Gala" der diesjährigen Berlinale. ●

Der Passfälscher. Deutschland, Luxemburg: 2022.
Mit Louis Hofmann, Jonathan Berlin, Luna Wedler,
André Jung, Marc Limpach, Luc Feit. 116 Minuten. Vorführung
im Rahmen des Luxembourg Film Festival, 4. März

Le costume sous toutes ses coutures

Salomé Jeko

Le travail des matières plait à Caroline Koener

Sven Becker

À 15 ans, entourée d'une joyeuse bande de futurs grands noms du cinéma comme Jeff Desom ou Vicky Krieps, Caroline Koener dessine sans le savoir les prémices de sa carrière. « On tournait ensemble des films amateurs qu'on diffusait sur la plateforme Filmreakter. Je m'occupais des costumes parce que j'adorais les imaginer et que je rêvais d'en faire mon métier ». Créer des vêtements grandioses, leur donner vie à coup de ciseaux, d'aiguilles et de fils : l'adolescente voue une véritable passion à la couture que pourtant personne ne pratique dans son entourage. « Ça a étonné ma famille, je ne sais pas moi-même d'où ça m'est venu, mais j'ai appris bien plus tard qu'une de mes grands-mères, que je n'ai pas connue, était très douée ». Aussi, cette manuelle assumée, inscrite en filière artistique au lycée, envisage de poursuivre ses études dans une école qui lui permettra de perfectionner son art, qu'elle veut fantasque et onirique. « Je ne suis pas une *fashion victim*, j'aime la mode, regarde les magazines, mais je ne voulais pas créer des habits et fonctionner de manière commerciale. J'avais envie de coudre des costumes artistiques, qui sortent de l'ordinaire ». Sans tutoriel ni YouTube, la Dudelangeoise se lance dans la confection d'un corset et d'une jupe crinoline, deux pièces qui lui serviront à postuler auprès de plusieurs écoles de couture. « C'était amusant, je n'avais aucune connaissance, je ne savais pas du tout comment m'y prendre, alors j'ai utilisé des tuyaux dans lesquels je faisais passer des fils en métal pour obtenir la forme désirée. Mais ça a marché », se remémore Caroline, tout sourire à l'évocation de ce souvenir.

Un peu par hasard, et sûrement pour suivre ses amis cinéphiles intéressés par des cursus anglophones, la jeune couturière s'inscrit dans une école de couture en Angleterre, à Bournemouth. « J'ai entamé un bachelor 'Costume Design for Screen & Stage' et j'ai adoré mes études. J'ai appris des choses à la fois sur le design, le marketing, le patronage, la création et la manipulation de textiles… C'était très complet. J'ai poursuivi avec un master plus théorique et c'est là que j'ai fait mes premières créations importantes, notamment pour une pièce de théâtre ». Rester en Angleterre, partir ailleurs ou revenir au Luxembourg ? Au terme de ses études, la Franco-Italienne hésite. Les propositions de jobs ne manquent pas, mais ne correspondent pas tout à fait à son envie première, celle d'être costume designer, autrement dit de dessiner et de créer des costumes. « J'avais envie de bouger, de prendre des risques, mais je ne savais pas trop où aller. Et finalement, en revenant au Luxembourg, j'ai rapidement eu des commandes en design. J'ai eu la chance de travailler très rapidement sur des projets pour lesquels j'aurais dû attendre longtemps ailleurs ». Parmi eux, un spectacle de danse d'Hélène Van den Kerchove pour lequel elle signe quarante costumes, la pièce de théâtre *Pink Slip Party* mise en scène par Claude Mangen ou encore un premier film, *La Symétrie du papillon*. « Habiller des personnages, c'est un travail créatif qui touche aussi à la sociologie et à la psychologie. Il faut se mettre dans la tête du metteur en scène, se plonger dans l'univers de la pièce ou du film, comprendre le protagoniste, sa vie, son caractère… C'est une partie très intéressante de mon travail, d'autant que j'ai toujours aimé l'histoire et la littérature. Je cherche souvent à comprendre qui sont les gens, quelle est leur origine, pourquoi ils sont ce qu'ils sont ».

Suivant la commande – et le budget – Caroline est ainsi amenée à créer des *moodboards* pour définir les costumes que porteront les comédiens. Parfois elle les dessine et leur donne vie, parfois elle écume les friperies et les magasins de vêtements pour dénicher les pièces qui feront la différence. « Quand je travaille sur un film d'époque, je sais exactement suivant le rang social du personnage, quel tissu aller chercher. Il y a des codes à respecter. S'il s'agit d'un film contemporain, c'est beaucoup plus subtil. Il faut comprendre la silhouette de l'acteur pour ensuite créer quelqu'un d'autre ». Ses grandes fiertés ? Les costumes réalisés pour le film *Mary Shelley*, en 2016. « J'ai fait ceux des personnages principaux, dessiné les patrons, teint les textiles, tout cela entourée d'un atelier de couturières, c'était super. Pour les figurants, j'ai pu visiter les énormes stocks de l'industrie cinématographique, les *Fundus* comme on les appelle, qui regorgent de costumes. Ça aussi c'était incroyable ». Même son de cloche pour *Le Tout Nouveau Testament*. « Ça a été très amusant à faire, avec une ambiance un peu fofolle, beaucoup de flashbacks dans l'histoire et donc des costumes marrants à imaginer ».

Aujourd'hui, la costume designer tend à lever le pied. « Dès 2018, j'ai eu envie d'arrêter ce rythme de dingue. J'avais envie de me replonger dans les matières, de me concentrer sur les tissus et de retrouver mon atelier ». Un espace de 90 mètres carrés, installé sous les combles de sa maison à Dalheim. À coup de cours et d'ateliers donnés à des jeunes, Caroline Koener retrouve l'essence de son métier et de sa passion. « C'est un peu difficile de sortir de l'engrenage, je travaille encore sur une pièce et sur le prochain long métrage d'Andy Bausch, mais cela me réjouit. À Dudelange, j'ai fait la rencontre de Mich Feinen avec lequel j'ai monté le projet *Huddelafastz* qui est une réinterprétation du bleu de travail dans le but de sensibiliser aux principes de durabilité, d'écologie et de production locale. C'est important le durable, il y a tellement de gaspillage dans le cinéma », confie celle qui s'avoue aujourd'hui curieuse de savoir de quel fil sera cousu son destin. ●

Stil

L'ENDROIT

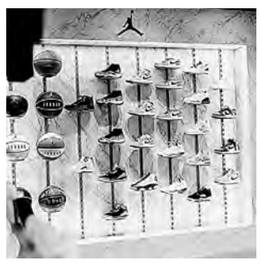
Café Saga

Ce n'est pas pour faire un clin d'œil à une quelconque série ou épopée que ce nouvel établissement de Belval a pris le nom de Saga, mais « parce que ça veut dire conte de fées en suédois et que ça faisait plaisir à ma fille », explique Ture Hedberg. Celui qui a été aux manettes du Konrad Bar en ville jusqu'en 2017 vient d'ouvrir, avec sa femme Annina, ce bistro à l'ombre des hauts-fourneaux (photo : fc). Le cadre joue parfaitement de l'aspect brut et industriel avec du béton, du bois, du verre. On se pâme sur la vue à couper le souffle sur le vestige sidérurgique et sur un énorme lustre rococo qui tranche dans le décor. « Il y a beaucoup de restos à Belval, mais pas vraiment de bar où simplement se poser avec un verre », justifie le boss. L'endroit est donc ouvert en continu à partir de midi, avec des propositions de vins, bières, jus et cocktails simples et sans chichis. Il propose un menu pour déjeuner, « des classiques français ou luxembourgeois, réalisés avec des produits frais », détaille le chef Kylian, venu de Normandie « quand les restos étaient fermés en France ». Le soir, ce sont des petits plats à partager, façon tapas internationaux : brochette de scampis, légumes grillés, charcuteries ou ceviche. Il va falloir un peu de temps pour attirer du monde le soir, vu le peu de passage, mais Ture peut compter sur la réputation de ses Quizz nights, les jeudis soirs qui assuraient le remplissage de son ancien bar de la rue du Nord. Autres points forts de l'endroit : un brunch est proposé les samedis et dimanches midis (ce qui est assez rare dans le coin) et la promesse d'une terrasse bien orientée dont on profitera dès que possible. fc

L'ENDROIT

Bouncewear

Après quelques années à Dommeldange, la boutique Bouncewear s'est installée au centre-ville de la capitale, en pleine Grand'Rue, surfant sur le succès des marques de sneakers comme Nike, Jordan, Adidas et autres Converse (photo : Bouncewear). Avec une image et une communication bien



huilées qui met en scène des stars du basket et un environnement urbain très décontracté, la boutique, franchise présente en Belgique et en France propose bien sûr des chaussures de sport, mais aussi tout l'attirail qui les accompagne. Maillots et shorts siglés des noms de la NBA, vestes imperméables, sweat-shirts, chaussettes, casquettes, ballons, sacs… l'amateur de styles sportifs peut s'y habiller des pieds à la tête. L'endroit est aussi connu pour ces lancements de baskets exclusives, files et tirage au sort à l'appui et ses rééditions de classiques qui font fureur. fc

LE PRODUIT

Onigiri

L'attrait pour l'Asie en général et pour le Japon en particulier ne se dément pas, notamment dans le secteur de la restauration. Le onigiri est l'en-cas le plus populaire au Japon. Comparable à nos sandwiches, ce petit snack à base de riz est dégusté le matin, pendant ou après le travail, voire tard dans la nuit. C'est un triangle de riz au centre duquel se trouve une garniture qui donne plus de saveur. Après des années à travailler pour une firme japonaise, et à grignoter des onigiri lors de ses déplacements, Marc Ewert a eu l'idée d'en fabriquer et commercialiser au Luxembourg. Il crée la marque Matan-ne (ce qui veut dire « à bientôt ») et fait venir une machine ad hoc du Japon. Les premiers onigiri made in Luxembourg sont nés. La recette est quelque peu adaptée aux palais occidentaux, avec un riz légèrement assaisonné et des farces plus connues comme le poulet curry ou l'avocat, en plus des traditionnelles au thon ou saumon à la mayonnaise japonaise. L'emballage reflète lui aussi les habitudes nippones qui permet à l'algue nori qui entoure le riz de rester croquant (photo : *matane.lu*). fc

1999 – Luftkrieg unter dem Bruch des Völkerrechts: „Die Nato zerstörte oder beschädigte 60 Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, das Fernsehzentrum, die Strom- und Wasserversorgung, 121 Industriebetriebe. 2500 Menschen fanden den Tod." (Berliner Zeitung, 14.06.2021).

2003 - Illegaler Angriffskrieg der Nato-Mitglieder USA und Großbritannien gegen den Irak: „Vor 15 Jahren stürzten US-Soldaten in Bagdad die Statue Saddam Husseins. Heute wissen wir: Dieser Krieg hat Hunderttausende Opfer gekostet, den Mittleren Osten ins Chaos gestürzt – und war auf Lügen gebaut." (Deutsche Welle, 09.04.18).

2011 – Nato-Angriffskrieg gegen Libyen: „Man braucht keine Experten, um den Unterschied zu erkennen. Im Kosovokrieg fungierte die Nato als Luftwaffe der UCK. In Libyen übernahm sie denselben Part für die Anti-Gaddafi-Opposition. Von einem UNO-Mandat gedeckt war keine der beiden Operationen." (taz, 25.10.11).

Jean Asselborn im LW-Interview (14.02.22).